

- **Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück.** Prognose für 2025 und 2026
- **Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025
- **Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit.** Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025
- **Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich**

WIFO ■ MONATSBERICHTE

Mission Statement

Die Mission des WIFO ist es, durch den Brückenbau zwischen akademischer Grundlagenforschung und wirtschaftspolitischer Anwendung zur Lösung sozioökonomischer Herausforderungen beizutragen und sachliche Grundlagen für Entscheidungen in Wirtschaft und Gesellschaft zu schaffen. Die WIFO-Monatsberichte veröffentlichen Forschungsergebnisse des WIFO und Beiträge zur nationalen und internationalen Wirtschaftsentwicklung auf der Grundlage wissenschaftlich fundierter Analysen. Sie tragen damit zur Erfüllung dieser Mission bei.

Die in den Monatsberichten veröffentlichten Beiträge werden von den jeweiligen Autor:innen gezeichnet. Beiträge von WIFO-Ökonom:innen entstehen unter Mitwirkung des Institutsteams; für den Inhalt ist das WIFO verantwortlich. Beiträge externer Autor:innen repräsentieren nicht zwingend die Institutsmeinung.

Beiträge aus diesem Heft werden in die EconLit-Datenbank des "Journal of Economic Literature" aufgenommen.

Editorial Board

Univ.-Prof. Dr. Jesús Crespo Cuaresma, Wirtschaftsuniversität Wien

Univ.-Prof. Dr. Claudia Kemfert, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Univ.-Prof. Philipp Schmidt-Dengler, PhD, Universität Wien

Univ.-Prof. Dr. Jens Südekum, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Univ.-Prof. Dr. Andrea Weber, Central European University

Impressum

Herausgeber: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Medieninhaber (Verleger) und Redaktion:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
1030 Wien, Arsenal, Objekt 20, Telefon +43 1 798 26 01-0,
Fax +43 1 798 93 86, <https://www.wifo.ac.at>

Satz: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Druck: Medienfabrik Graz, Dreihackengasse 20, 8020 Graz

Chefredakteur: apl. Prof. Dr. Hans Pitlik

Lektorat: Mag. Christoph Lorenz, BA •
Redaktion: Tamara Fellinger, Tatjana Weber

Kontakt: redaktion@wifo.ac.at

Preise 2025

Jahrgang (12 Hefte, Printversion): 305 € • Einzelheft (Printversion): 30,50 €

Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz

Medieninhaber (Verleger): Verein "Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung" • **Geschäftsführer:** Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD • **Vereinszweck:** Laufende Analyse der Wirtschaftsentwicklung im In- und Ausland, Untersuchung spezieller ökonomischer Problemstellungen nach dem Grundsatz der Objektivität auf wissenschaftlicher Basis, Veröffentlichung der Ergebnisse

ISSN 0029-9898 • © Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung 2025 • <https://monatsberichte.wifo.ac.at>



98. Jahrgang, Heft 7/2025

347-363 ■ **Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück.** Prognose für 2025 und 2026

Christian Glocker, Stefan Ederer

Nach zwei Jahren Rezession dürfte Österreichs Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 stagnieren. Für 2026 erwartet das WIFO ein BIP-Wachstum von 1,2%. Dann sollten infolge der anziehenden Weltkonjunktur sowohl die Exporte als auch die inländische Nachfrage der österreichischen Wirtschaft wieder etwas Fahrt verleihen.

Austria is Slowly Returning to Growth. Economic Outlook for 2025 and 2026

364 ■ **Konjunkturberichterstattung: Methodische Hinweise und Kurzglossar**

365-372 ■ **Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten.** Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2025 neuerlich eine verhaltene Investitionstätigkeit erwarten, wobei sich allmählich eine Talsohle abzeichnet. Vor allem Sachgütererzeuger meldeten mehrheitlich Kürzungen. Für den Dienstleistungssektor rechnet das WIFO dagegen mit einem leichten Investitionswachstum. Auf Branchenebene ist das Bild gemischt. Innerhalb der Sachgütererzeugung werden vor allem Hersteller von Investitionsgütern und Vorprodukten ihre Investitionen kürzen. In den Dienstleistungen überwiegen in den meisten Branchen die positiven Meldungen. Insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ist Investitionswachstum zu erwarten. Kleine und mittlere Unternehmen werden ihre Investitionen voraussichtlich etwas deutlicher einschränken als Großunternehmen. Die schwache Investitionsdynamik wird durch Rückgänge in den Bereichen Ausrüstungen und Infrastruktur getrieben. Der Rückgang wird durch die immateriellen Anlageinvestitionen etwas gedämpft. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO für 2025 mit einem Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen um 0,7% gegenüber dem Vorjahr.

Investment Momentum will Remain Moderate in 2025. Results of the WIFO Spring 2025 Investment Survey

373-382 ■ **Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit.** Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025

Werner Hölzl, Klaus Friesenbichler, Agens Kügler, Birgit Meyer

Das WIFO befragte im Frühjahr 2025 zum vierten Mal die größten österreichischen Industrieunternehmen zu Wettbewerbsstrategien, Wertschöpfungsketten, Kompetenzaufbau und Standortpolitik. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen fußt neben ihrer Fähigkeit, Produkte an Kundenwünsche anzupassen, auf dem Kundenvertrauen und der Produktqualität. Wettbewerbsnachteile werden mit Blick auf die Digitalisierung, die Effizienz der Produktionsmethoden und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verortet. Die Bereitschaft der befragten Unternehmen, zumindest Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlagern, hat zugenommen. Die derzeit von globalen Risikofaktoren bestimmte wirtschaftspolitische Unsicherheit hemmt Investitionen und begünstigt Produktionsverlagerungen. Infolge der schwachen Industriekonjunktur dürften die Unternehmen ihren technologischen Kompetenzaufbau an das veränderte Umfeld angepasst haben.

Challenges and Determinants of Competitiveness in Times of Global Uncertainty. Results of the WIFO Industry Survey 2025

383-405 ■ **Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich**

Rainer Eppel, Helmut Mahringer

Temporäre Layoffs – das Aussetzen von Beschäftigungsverhältnissen mit späterer Wiedereinstellung durch denselben Arbeitgeber nach einer Phase der Arbeitslosigkeit – betreffen in Österreich nach wie vor über 10% aller Beschäftigungsaufnahmen, trotz rückläufiger Tendenz seit Mitte der 2010er-Jahre. Besonders verbreitet sind sie in Bauwirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung, werden aber branchenübergreifend zur Abfederung saisonbedingter und sonstiger Schwankungen im Personalbedarf eingesetzt. Überdurchschnittlich betroffen sind Männer, Personen im mittleren und höheren Erwerbsalter, Arbeiter:innen, Beschäftigte mit niedrigem oder mittlerem Qualifikationsniveau sowie Personen aus den traditionellen Gastarbeiterländern. Einschließlich der vom AMS übernommenen Sozialversicherungsbeiträge schlagen temporäre Layoffs jährlich mit Kosten von 600 bis 700 Mio. € in der Arbeitslosenversicherung zu Buche. Zudem tragen sie rund 1 Prozentpunkt zur Arbeitslosenquote bei.

When Employment is Put on Hold – Temporary Layoffs in Austria

406 ■ **Errata zu "Zur Güte von Konjunkturprognose in Zeiten außergewöhnlicher Krisen"**

Marcus Scheiblecker

WIFO-Monatsberichte, 2025, 98(6), S. 334: Abbildung 2 wurde korrigiert

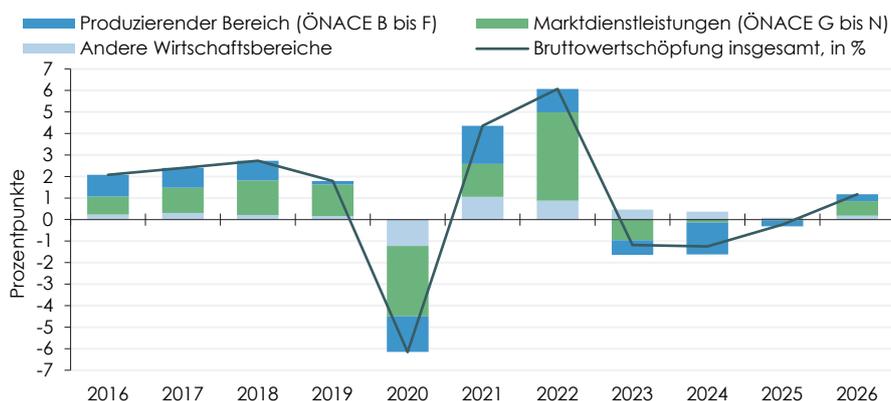
Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück

Prognose für 2025 und 2026

Christian Glocker, Stefan Ederer

- Nach zwei Jahren Rezession (jeweils $-1,0\%$) wird das BIP 2025 stagnieren und 2026 um $1,2\%$ zulegen.
- Die schwache Nachfrage hat im laufenden Jahr eine rückläufige Wertschöpfung im sekundären Sektor und eine Stagnation im Bereich der Marktdienstleistungen zur Folge.
- 2026 dürften – angeregt durch eine stärkere Auslandsnachfrage – sämtliche Wertschöpfungsbereiche zur Erholung der Gesamtwirtschaft beitragen.
- Die Inflation bleibt 2025 trotz der Nachfrageschwäche unverändert hoch und wird sich erst 2026 infolge des unterstellten Rückgangs der Energiepreise abschwächen.
- Die Arbeitslosenquote wird zunächst weiter ansteigen und erst 2026, sobald die Konjunktur wieder anzieht, sinken.
- Die Wirtschaftspolitik ist über den Prognosehorizont tendenziell neutral ausgerichtet. Einer notwendigen fiskalischen Konsolidierung steht eine geldpolitische und makroprudenzielle Lockerung gegenüber.

Wachstumsbeitrag der Wirtschaftsbereiche zur Bruttowertschöpfung, real



"Ein negativer Wachstumsbeitrag des sekundären Sektors prägt 2025 abermals die Konjunktur. 2026 sollten hingegen sämtliche Sektoren zur Erholung beitragen."

Die Wachstumsbeiträge geben an, in welchem Umfang die zwei Komponenten (Produzierender Bereich und Marktdienstleistungen) zum Anstieg der Bruttowertschöpfung beitragen. Die Höhe des Wachstumsbeitrags einer Komponente ergibt sich durch Division der absoluten Veränderung der Komponente gegenüber der Vorperiode durch den Wert der Bruttowertschöpfung in der Vorperiode (Q: WIFO; Statistik Austria; WDS – WIFO-Daten-System, Macrobond. 2025 und 2026: Prognose).

Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück

Prognose für 2025 und 2026

Christian Glocker, Stefan Ederer

Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026

Nach zwei Jahren Rezession dürfte Österreichs Wirtschaftsleistung im Jahr 2025 stagnieren. Für 2026 erwartet das WIFO ein BIP-Wachstum von 1,2%. Dann sollten infolge der anziehenden Weltkonjunktur sowohl die Exporte als auch die inländische Nachfrage der österreichischen Wirtschaft wieder etwas Fahrt verleihen.

JEL-Codes: E32, E66 • **Keywords:** Konjunkturprognose

Die Konjunkturprognose entsteht jeweils in Zusammenarbeit aller Mitarbeiter:innen des WIFO. Zu den Definitionen siehe "Methodische Hinweise und Kurzglossar", in diesem Heft und <https://www.wifo.ac.at/wp-content/uploads/2024/01/WIFO-Konjunkturberichterstattung-Glossar.pdf>.

Wissenschaftliche Assistenz: Astrid Czaloun (astrid.czaloun@wifo.ac.at), Martha Steiner (martha.steiner@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 24. 6. 2025

Kontakt: Christian Glocker (christian.glocker@wifo.ac.at), Stefan Ederer (stefan.ederer@wifo.ac.at)

Austria is Slowly Returning to Growth. Economic Outlook for 2025 and 2026

After two years of recession, Austria's economic output is likely to stagnate in 2025. WIFO expects GDP growth of 1.2 percent in 2026. The upturn in the global economy should then give the Austrian economy some momentum again, driven by both exports and domestic demand.

1. Einleitung

Die österreichische Volkswirtschaft erlebt derzeit die längste Schwächephase der Nachkriegszeit. Der Tiefpunkt der Konjunktur dürfte allerdings durchschritten sein, denn es mehren sich die Anzeichen einer Erholung, wenngleich diese vorerst zaghaft und anfällig für Rückschläge bleibt. Zum einen trüben geopolitische Risiken sowie Unwägbarkeiten hinsichtlich einer Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik das außenwirtschaftliche Umfeld und damit den Ausblick für die Exportwirtschaft – den wichtigsten Impulsgeber der heimischen Konjunktur. Andererseits ist die Inflation im internationalen Vergleich weiterhin hoch. Dies schmälert die preisliche Wettbewerbsfähigkeit und damit die Absatzmöglichkeiten österreichischer Unternehmen. Die notwendige fiskalische Konsolidierung bremst die Konjunktur zusätzlich.

Da somit expansive Impulse aus dem In- und Ausland fehlen, wird Österreichs Wirtschaftsleistung 2025 stagnieren. Infolge der verhaltenen Endnachfrage und der hohen Lagerbestände an Fertigwaren setzt sich die Rezession in der Industrie zunächst fort. Die Unterauslastung der Produktionskapazitäten und der Rückgang der Kapitaleinkommen infolge von Produktionseinbußen hemmen die Investitionen in Ausrüstungen und Bauten und bedingen einen weiteren Beschäftigungsabbau im sekundären Sektor. Dies

befördert weiterhin das Arbeitsplatzverlustrisiko und damit die Unsicherheit der privaten Haushalte, was sich wiederum in Ausgabenzurückhaltung spiegelt. Eine rasche Belebung des privaten Konsums ist trotz des kräftigen Reallohnzuwachses im Vorjahr nicht zu erwarten. Die Lohnpolitik steht daher weiterhin im Spannungsfeld zweier produktionshemmender Faktoren: Neben dem Nachfragemangel, der u. a. aus dem Verlust preislicher Wettbewerbsfähigkeit infolge der hohen nominellen Lohnsteigerungen in den Vorjahren resultiert, hemmt auch der Arbeitskräftemangel die Produktion. Lohnzurückhaltung könnte zwar über eine Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dem Nachfragemangel entgegenwirken, würde jedoch andererseits – infolge negativer Arbeitsangebotseffekte – den Arbeitskräftemangel weiter verschärfen.

Die Industrieproduktion dürfte erst ab 2026 wieder etwas zulegen, sobald sich mit der internationalen Nachfrage das Exportgeschäft belebt. Mit einer stärkeren und nachhaltigen Erholung ist angesichts der zu erwartenden Marktanteilsverluste, die aus dem ungünstigen preislichen Wettbewerbsumfeld folgen, allerdings nicht zu rechnen. Demnach wird die Gesamtwirtschaft auch 2026 unterausgelastet bleiben.

Übersicht 1: Hauptergebnisse der Prognose

	2021	2022	2023	2024	2025	2026	
	Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 4,8	+ 5,3	- 1,0	- 1,0	± 0,0	+ 1,2	
Herstellung von Waren	+ 10,9	+ 6,7	- 1,8	- 5,2	- 1,1	+ 1,5	
Handel	+ 4,5	+ 0,7	- 5,7	- 1,7	- 0,2	+ 1,2	
Private Konsumausgaben ¹⁾ , real	+ 4,8	+ 4,9	- 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,3	
Dauerhafte Konsumgüter ²⁾	+ 6,4	- 4,5	- 5,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	
Bruttoanlageinvestitionen, real	+ 6,0	+ 0,4	- 3,2	- 2,1	- 0,7	+ 1,4	
Ausrüstungen ³⁾	+ 7,7	+ 1,9	+ 2,4	+ 0,5	- 0,8	+ 2,0	
Bauten	+ 4,1	- 1,3	- 9,3	- 5,3	- 0,5	+ 0,6	
Exporte, real	+ 9,5	+ 10,0	- 0,4	- 3,5	- 0,5	+ 1,3	
Warenexporte, fob	+ 12,4	+ 6,0	- 0,4	- 5,4	- 1,1	+ 0,7	
Importe, real	+ 14,1	+ 7,1	- 4,6	- 3,3	+ 0,1	+ 1,3	
Warenimporte, fob	+ 14,8	+ 3,0	- 7,4	- 5,4	- 0,4	+ 1,3	
Bruttoinlandsprodukt, nominell	+ 6,8	+ 10,3	+ 5,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,2	
	Mrd. €	406,23	448,01	473,23	484,22	497,53	513,62
Leistungsbilanzsaldo	in % des BIP	1,7	- 0,9	1,3	2,4	2,2	2,0
Verbraucherpreise		+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,2
BIP-Deflator		+ 1,9	+ 4,8	+ 6,6	+ 3,3	+ 2,8	+ 2,0
Finanzierungssaldo des Staates (laut Maastricht-Definition)	in % des BIP	- 5,7	- 3,4	- 2,6	- 4,6	- 4,1	- 3,9
Unselbständig aktiv Beschäftigte ⁴⁾		+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8
Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition)							
In % der unselbständigen Erwerbspersonen		8,0	6,3	6,4	7,0	7,5	7,3
Realwert des BIP pro Kopf ⁵⁾		+ 3,8	+ 1,1	- 1,9	- 0,6	- 0,1	+ 0,8
Armutsgefährdungsquote ⁶⁾	in %	14,8	14,9	14,3	14,1	14,4	14,1
Einkommensquintilsverhältnis ⁷⁾	Verhältniszahl	4,3	4,3	4,3	4,4	4,4	4,4
Treibhausgasemissionen ⁸⁾		+ 4,5	- 5,8	- 6,6	- 3,0	- 0,9	- 2,5
	Mio. t CO ₂ -Äquivalent	78,07	73,52	68,70	66,61	65,99	64,34

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice Österreich, Dachverband der Sozialversicherungsträger, OeNB, Statistik Austria, Umweltbundesamt. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ WIFO-Berechnung anhand der Anteile der dauerhaften Konsumgüter nach dem Inlandskonzept. – ³⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme und sonstiger Anlagen. – ⁴⁾ Ohne Personen in aufrechten Dienstverhältnissen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ⁵⁾ Nominelles BIP deflationiert mit dem impliziten Preisindex der inländischen Verwendung. – ⁶⁾ Anteil der Personen in privaten Haushalten mit einem verfügbaren Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle (60% des nationalen verfügbaren Median-äquivalenzeinkommens. Ab 2024: Prognose. – ⁷⁾ S80/S20: Verhältnis des gesamten verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Bevölkerung in privaten Haushalten im obersten Einkommensquintil zu dem der Bevölkerung im untersten Einkommensquintil. Ab 2024: Prognose. – ⁸⁾ Ab 2024: Prognose.

Die im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen verteuerten sich 2024 um 3,3% (gemäß BIP-Deflator). Für das laufende Jahr erwartet das WIFO einen Preisanstieg von 2,8%, für 2026 von 2,0%. Sofern ein erneuter Preisschock bei importierter Energie wie im Jahr 2022 ausbleibt, dürften die Verbraucherpreise einem ähnlichen Verlauf folgen (2025 +2,9%, 2026 +2,2% nach +2,9% in 2024). Die hartnäckig lebhaft Inflation im Dienstleistungssektor, die auf den nach wie vor hohen Kostendruck und auf die weite Verbreitung inflationsindexierter Preisadjustierungen zurückzuführen ist, erschwert eine rasche Rückführung der Teuerung.

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich trotz der Schwäche der Realwirtschaft robust. Für 2025 wird wie im Vorjahr ein Zuwachs der unselbständig aktiven Beschäftigung von 0,2% erwartet, für 2026 ein Anstieg von 0,8%. Diese Entwicklung wird im laufenden Jahr ausschließlich vom Dienstleistungssektor getragen, im sekundären Sektor sinkt die Beschäftigung. Aufgrund der starken Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes wird die Arbeitslosigkeit 2025 weiter zunehmen und erst im Folgejahr aufgrund der günstigeren Entwicklung im sekundären Sektor sinken. Die Arbeitslosenquote (nach nationaler Definition) wird von 7,0% im Jahr 2024 auf 7,5% ansteigen und 2026 wieder auf 7,3% zurückgehen.

2. Die Ausgangslage

Im Jahr 2024 war die Konjunktur weiterhin von den Folgen des Angebotsschocks in den Vorjahren geprägt, der sich in Form hoher Energie- und Arbeitskosten manifestierte. Die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung schrumpfte bei gleichzeitig hohem Preisauf-

trieb infolge des Kostendrucks. Der deutliche Rückgang der Exportnachfrage wirkte sich negativ auf die Industriewertschöpfung aus. Die Rezession wurde durch die straffe Geldpolitik zusätzlich verschärft – die Neukreditvergaben für Wohnbauprojekte legten

kaum zu, nachdem sie im Jahr 2023 um 55% gesunken waren. Als Konsequenz daraus setzte sich der Rückgang der Bauinvestitionen und der Wertschöpfung im Bauwesen fort. Letzteres verschärfte infolge der Wertschöpfungsverflechtungen die Industrierezession. Die daraus resultierende Unterauslastung der Industrie drückte die Ausrüstungsinvestitionen. Die deutliche Schrumpfung der Kapitaleinkommen, die auf die schwache Umsatzentwicklung vieler Betriebe zurückzuführen war, verstärkte den Investitionsrückgang zusätzlich und führte daneben zu vielen Insolvenzen. Vom kräftigen Anstieg der Lohneinkommen ging aufgrund der hohen Unsicherheit der privaten Haushalte und des daraus resultierenden Vorsichtssparens keine Konsumbelebung aus. Die Sparquote stieg 2024 an und der Finanzierungssaldo der privaten Haushalte war mit über 30 Mrd. € außergewöhnlich hoch. Dieser Überschuss führte, trotz eines höheren Finanzierungsdefizits der nichtfinanziellen Unternehmen und des öffentlichen Sektors, zu

einem Anstieg des Leistungsbilanzüberschusses.

Der anhaltende Preisauftrieb im Jahr 2024 spiegelt deutlich den hohen Kostendruck wider, dem die Unternehmen infolge des Angebotsschocks gegenüberstanden. So stieg der BIP-Deflator, der die Preisentwicklung für im Inland produzierte Güter und Dienstleistungen misst, mit +3,3% erneut kräftig, jedoch schwächer als im Jahr 2023 (+6,6%). Der Anstieg wurde größtenteils von den privaten und öffentlichen Konsumpreisen getragen (+4,3%), während die Investitionspreise langsamer zunahm (+3,0%).

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich trotz der Schwäche der Realwirtschaft robust. Die Erwerbstätigkeit nahm insgesamt um 0,4% zu (laut VGR), doch ergab sich dieser Anstieg vor allem aus Zuwächsen in öffentlichkeitsnahen Bereichen. Im sekundären Sektor und in zahlreichen Marktdienstleistungen schrumpfte der Personalstand dagegen teils empfindlich.

3. Die Rahmenbedingungen der Prognose

Die vorliegende Prognose stützt sich in den Annahmen über die Ausrichtung der Wirtschaftspolitik sowie über die Entwicklung der Weltwirtschaft, der Wechselkurse, der Rohstoffpreise und der Zinssätze auf den Informationsstand von Mitte Juni 2025. Der Prognosezeitraum reicht vom II. Quartal 2025 bis zum IV. Quartal 2026.

3.1 Rahmenbedingungen der internationalen Konjunktur

Derzeit sind die internationalen Rahmenbedingungen unklar. Zuzuschreiben ist dies insbesondere der Neuausrichtung der Handelspolitik der USA. Seit ihrem Amtsantritt führte die dortige Regierung eine Reihe von Zöllen ein, die in der Folge jedoch Großteils wieder ausgesetzt wurden. Der Handelskonflikt mit China eskalierte im April, bevor sich die beiden Länder Anfang Mai auf eine vorübergehende Aussetzung der Zölle einigten. Ende Mai erhöhten die USA den Druck auf die EU, indem sie die Einführung von Zöllen in Höhe von 50% androhten. Die tatsächliche Ausgestaltung der Zölle im Prognosezeitraum – die betroffenen Länder oder Produkte sowie die Dauer, mögliche Ausnahmen und Gegenmaßnahmen – ist derzeit kaum absehbar.

Die Bandbreite möglicher Entwicklungen reicht von einer Rückkehr zum Status quo vor Anhebung der Zölle auf der einen Seite, bis zu einer neuerlichen Eskalation des Handelskrieges, etwa mit China oder der EU, auf der anderen. Um dieser Unsicherheit gerecht zu

werden, wurden ein optimistisches und ein pessimistisches Zollszenario formuliert und die Auswirkungen der jeweiligen Zollsätze auf die Wirtschaftsleistung simuliert (siehe Kasten "Zu den internationalen Auswirkungen unterschiedlicher Zollszenarien"). Das Basisszenario der vorliegenden Prognose geht davon aus, dass die Ende Mai 2025 geltenden Zollsätze bis Jahresende 2026 aufrecht bleiben. Die Zölle der USA auf Importe aus der EU betragen daher annahmegemäß 10%, mit Ausnahme von Stahl, Aluminium und Kfz (50% bzw. 25%) sowie einigen anderen Produkten wie Arzneimitteln und Mikroprozessoren. Für Österreich impliziert das Basisszenario einen Anstieg der effektiven Zölle um rund 11,4 Prozentpunkte¹⁾.

Die Unsicherheit bezüglich der Neuausrichtung der Zollpolitik dürfte die Konjunktur in den USA im Frühjahr gebremst haben. Während sich die Stimmung der Industrieunternehmen bis Mai aufhellte, ging das Verbrauchervertrauen im April deutlich zurück und die Sparquote stieg neuerlich an. Da die Haushalte in den USA wegen der Zölle mit einer höheren Inflation rechnen, dürfte die Dynamik der Konsumausgaben im Frühjahr erhalten geblieben sein. Deutlich gestiegen ist in den USA im April die wirtschaftspolitische Unsicherheit. Die Unternehmen dürften daher auch in den nächsten Monaten zurückhaltend investieren, bis Klarheit über die Zollpolitik herrscht. Dazu kamen im Frühjahr wohl neuerliche Vorzieheffekte, weil Unterneh-

ligen Produktgruppen an den österreichischen Gesamtexporten in die USA einfließen. Der Durchschnittswert berücksichtigt dabei die Zollanhebung vom 4. Juni 2025 für Stahl und Aluminium (auf 50%).

Die künftige Ausgestaltung der Zollpolitik der USA ist derzeit unklar.

¹⁾ Dieser Wert wurde als gewichteter Durchschnitt der Zollerhöhungen in verschiedenen Produktgruppen berechnet, wobei sowohl die Höhe der einzelnen produktspezifischen Zölle als auch der Anteil der jewei-

men die Zollpause bis zum Sommer nutzten, um ihre Lager zu füllen. Die Messung der Wirtschaftsleistung der USA dürfte daher im II. Quartal 2025 verzerrt sein.

Die Zölle werden allmählich auf die Inflation durchschlagen, sobald sich die Lager leeren und neue Importe mit höheren Kosten verbunden sind; sie dürften den Preisauftrieb aber nur vorübergehend beschleunigen. Die Rohölpreise hatten im Frühjahr deutlich

nachgegeben, erreichten aber nach dem Angriff Israels auf den Iran Mitte Juni wieder ein ähnliches Niveau wie zu Jahresbeginn. 2026 wird die Inflation aufgrund der erwarteten Konjunkturabschwächung in den USA wieder nachlassen. Dementsprechend wird die dortige Zentralbank die Leitzinsen ab dem Jahresende 2025 weiter senken. In eine Rezession dürften die USA trotz der prognostizierten Konjunkturabschwächung nicht schlittern.

Übersicht 2: Internationale Konjunktur

	Gewicht 2023 in %		2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Waren-	Welt-BIP ²⁾	BIP real, Veränderung gegen das Vorjahr in %					
	exporte ¹⁾							
EU 27	68,4	14,6	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,4
Euro-Raum	52,4	10,3	+ 6,3	+ 3,5	+ 0,4	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,1
Deutschland	29,1	3,2	+ 3,7	+ 1,4	- 0,3	- 0,2	+ 0,3	+ 1,5
Italien	6,1	1,9	+ 8,9	+ 4,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,5	+ 0,5
Frankreich	3,6	2,3	+ 6,9	+ 2,7	+ 1,4	+ 1,2	+ 0,5	+ 0,7
Spanien	1,6	1,4	+ 6,7	+ 6,2	+ 2,7	+ 3,2	+ 2,5	+ 1,7
MOEL 5 ³⁾	15,0	2,2	+ 6,4	+ 4,1	+ 0,3	+ 2,1	+ 2,5	+ 2,7
Polen	3,7	1,0	+ 6,9	+ 5,3	+ 0,2	+ 2,9	+ 3,3	+ 3,1
Ungarn	3,6	0,2	+ 7,2	+ 4,3	- 0,8	+ 0,5	+ 0,9	+ 2,5
Tschechien	3,6	0,3	+ 4,0	+ 2,8	- 0,1	+ 1,1	+ 2,4	+ 2,1
USA	7,3	14,9	+ 6,1	+ 2,5	+ 2,9	+ 2,8	+ 1,4	+ 1,7
Schweiz	5,2	0,4	+ 5,6	+ 3,0	+ 0,7	+ 1,3	+ 0,8	+ 1,0
Vereinigtes Königreich	2,7	2,2	+ 8,6	+ 4,8	+ 0,4	+ 1,1	+ 1,2	+ 0,9
China	2,5	19,1	+ 8,4	+ 3,0	+ 5,2	+ 5,0	+ 4,2	+ 3,9
Insgesamt								
Kaufkraftgewichtet ⁴⁾		51	+ 7,1	+ 3,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 2,4	+ 2,4
Exportgewichtet ⁵⁾	86		+ 5,2	+ 2,6	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,0	+ 1,4
Marktwachstum Österreich ⁶⁾			+11,0	+ 5,7	- 3,2	+ 0,4	+ 1,5	+ 1,0

Annahmen zur Prognose

Rohölpreis							
Brent, \$ je Barrel		70,8	98,9	82,2	79,8	66	64
Erdgaspreis							
Dutch TTF, € je MWh		45,9	121,5	40,6	34,3	40	35
Strompreis Österreich							
Base, € je MWh		107,2	261,6	102,2	82,1	100	93
Peak, € je MWh		116,8	275,5	103,9	81,4	101	101
Wechselkurs							
Dollar je Euro		1,184	1,054	1,082	1,082	1,11	1,16
Internationale Zinssätze							
EZB-Hauptrefinanzierungssatz ⁷⁾ , in %		0,0	0,6	3,8	4,2	2,4	2,2
Sekundärmarktrendite Deutschland, in %		- 0,4	1,1	2,4	2,3	2,6	2,6

Q: WIFO, Bureau of Economic Analysis, European Energy Exchange, Eurostat, EZB, HWWI, IWF, OECD, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Österreichische Warenexporte. – ²⁾ Kaufkraftgewichtet. – ³⁾ Tschechien, Ungarn, Polen, Slowenien, Slowakei. – ⁴⁾ EU 27, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt zu Kaufkraftparitäten 2023. – ⁵⁾ EU-Länder, USA, Schweiz, Vereinigtes Königreich, China; gewichtet mit den österreichischen Warenexportanteilen 2023. – ⁶⁾ Veränderungsrate real der Warenimporte der Partnerländer, gewichtet mit österreichischen Exportanteilen. – ⁷⁾ Fixzinssatz.

Im Euro-Raum hinterließ die Unsicherheit zur Neuausrichtung der Zollpolitik bislang wenig Spuren. Die Stimmung der Unternehmen und der privaten Haushalte verbesserte sich im Frühjahr sogar wieder etwas. Die Konjunktur ist durch die Androhung von Zöllen in der Höhe von 50% dennoch beträchtlichen Risiken ausgesetzt. Die Investitionsbereitschaft der Unternehmen dürfte gedämpft bleiben, bis sich die Lage geklärt hat. Die niedrige

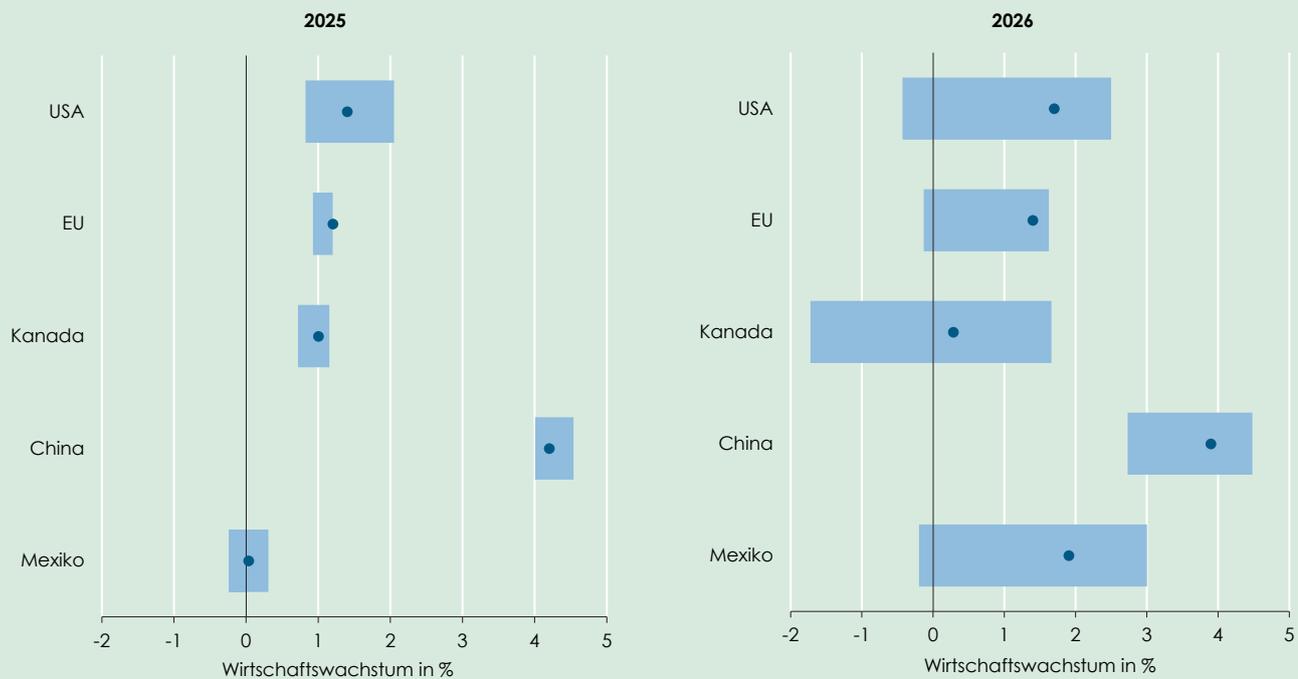
Inflation und die gesunkenen Zinsen stützen im Prognosezeitraum die Konjunktur. Wenn gleich die hohe Unsicherheit die privaten Haushalte zur Vorsicht anhält, dürfte die – im langjährigen Vergleich überdurchschnittlich hohe – Sparquote im Prognosezeitraum zurückgehen, was den Konsum anregen wird. In Deutschland sollten 2026 auch die im Koalitionsvertrag beschlossenen Maßnahmen die Konjunktur stützen.

Zu den internationalen Auswirkungen unterschiedlicher Zollszenarien

Um der ungewissen Ausgestaltung der Zollpolitik der USA gerecht werden zu können, wurde – zusätzlich zu dem der Prognose zugrunde gelegten Basisszenario – die Bandbreite möglicher Entwicklungen abgeschätzt. Dazu wurden ein optimistisches und ein pessimistisches Zollszenario formuliert und die makroökonomischen Effekte mit Hilfe des Global Economic Model (GEM) von Oxford Economics simuliert¹⁾.

Im optimistischen Szenario sinken die Zollsätze ab dem Sommer 2025 wieder auf ihr Niveau vom Jahresende 2024 vor Beginn der ersten Runde der Zollanhebungen. Im pessimistischen Szenario wurde dagegen angenommen, dass die Verhandlungen der nächsten Wochen und Monate ergebnislos bleiben und die Zölle im Sommer wieder auf das Niveau von April 2025 angehoben werden. Im pessimistischen Szenario heben die USA auch die Zölle auf Importe aus der EU auf die angedrohten 50% an. Die beiden Szenarien bilden die Bandbreite möglicher Entwicklungen ab und erlauben so eine Abschätzung der Prognoseunsicherheit in Abhängigkeit von der weiteren Ausgestaltung der Zollpolitik.

Abbildung 1: **Bandbreite der Prognose gemäß verschiedenen Zollszenarien**



Q: Oxford Economics, WIFO-Berechnungen. Punkte zeigen das Basisszenario; die farbigen Balken stellen die Bandbreite der Prognose zwischen optimistischem und pessimistischem Szenario dar.

Das GEM ist ein Weltmodell, das sowohl die internationalen Handelsverflechtungen als auch makroökonomische Zusammenhänge innerhalb von Ländern mittels struktureller Gleichungen abbildet. Eine Anhebung der Zollsätze erhöht zunächst die Inflation im Inland und dämpft die realen Einkommen, wodurch die Konsumnachfrage sinkt. Dies zieht eine schwächere Entwicklung der Gesamtwirtschaft nach sich, die in der Folge die anderen Nachfrageaggregate, insbesondere die Importe aus anderen Ländern, dämpft, was sich wiederum auf den Welthandel, die Geldpolitik der unterschiedlichen Währungsräume und die Wechselkurse auswirkt. Nicht abgebildet sind in den Simulationen die Effekte einer höheren oder niedrigeren Unsicherheit infolge der Zollpolitik. Die unterstellten Zollsätze gelten in beiden Szenarien ab dem III. Quartal 2025 bis zum Ende des Prognosezeitraumes.

Die Bandbreiten des Wirtschaftswachstums in Abhängigkeit von der Zollpolitik sind erheblich (Abbildung 1). Im Fall der USA differiert das BIP-Wachstum im Jahr 2026 zwischen optimistischem und pessimistischem Szenario um fast 3 Prozentpunkte. Im pessimistischen Fall würde den USA sogar eine Rezession drohen. Die anderen Länder sind je nach den Handelsverflechtungen mit den USA und der Höhe der Zollsätze höchst unterschiedlich betroffen. Die stärksten Unterschiede zwischen den Szenarien zeigen sich für Kanada und Mexiko. In der EU überwiegen die Abwärtsrisiken durch die im pessimistischen Fall unterstellten Zollsätze in Höhe von 50%.

¹⁾ Vgl. Wollmershäuser, T., Ederer, S., Fourné, F., Lehmann, R., Link, S., Schaching, M., Wibault, T., Wolf, G., & Zarges, L. (2025). Ifo Konjunkturprognose Sommer 2025. Erholung rückt näher – Wirtschaftspolitische Unsicherheiten weiter hoch. Ifo Institut München.

Abbildung 2: Indikatoren der Wirtschaftsentwicklung und der Wirtschaftspolitik

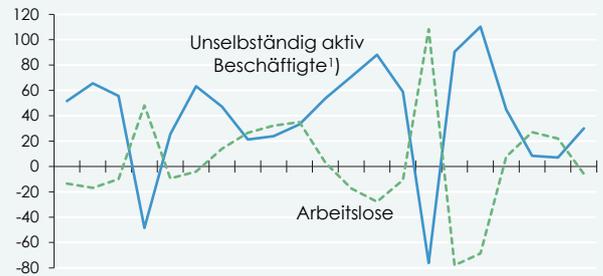
Wirtschaftswachstum

In %



Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000



Produktion und Investitionen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



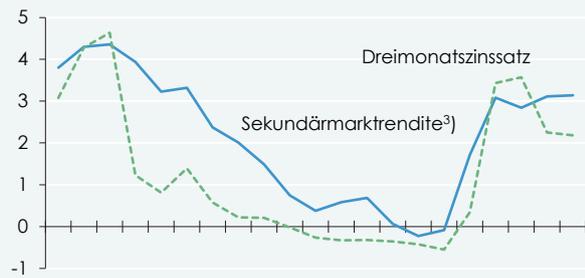
Konsum und Einkommen

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



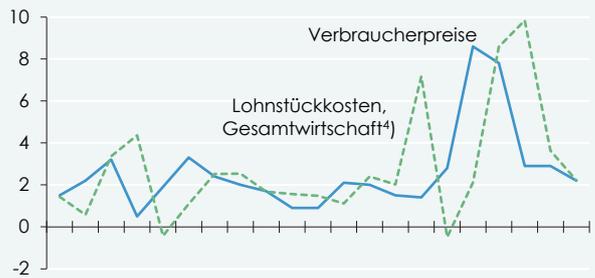
Kurz- und langfristige Zinssätze

In %



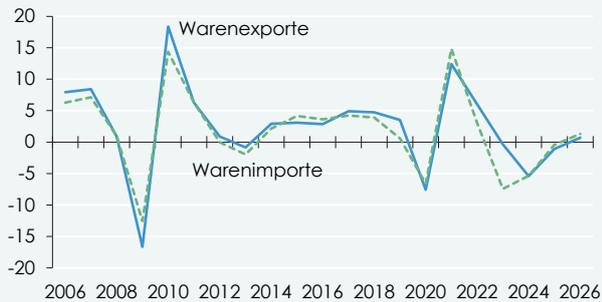
Preise und Lohnstückkosten

Veränderung gegen das Vorjahr in %



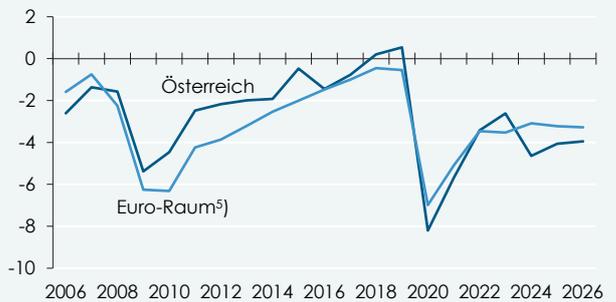
Außenhandel (laut Statistik Austria)

Veränderung gegen das Vorjahr in %, real



Finanzierungssaldo des Staates

In % des BIP



Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Europäische Kommission, Eurostat, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2024 bis 2026: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrehtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten, ohne in der Beschäftigungsstatistik erfasste Arbeitslose in Schulung. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark). – ⁴⁾ Einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁵⁾ Prognose: Europäische Kommission.

3.2 Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die vorliegende Prognose berücksichtigt alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die bereits verabschiedet oder hinreichend spezifiziert wurden und deren Umsetzung somit als wahrscheinlich eingestuft wird. Neben den bereits erwähnten Annahmen zur Zollpolitik der USA geht das WIFO davon aus, dass die EU nicht auf Vergeltungszölle setzen wird.

3.2.1 Geldpolitik

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat ihre Geldpolitik seit dem Sommer 2024 gelockert. Die drei wichtigsten Leitzinssätze wurden in mehreren Schritten gesenkt, zuletzt um jeweils 25 Basispunkte im März, April und Juni 2025. Parallel dazu verkürzt die EZB weiterhin ihre Bilanz.

Nach der Zinssenkung im Juni 2025 erwartet das WIFO vorerst keine weiteren Lockerungsschritte. Mittelfristig dürfte der Hauptrefinanzierungssatz bei 2,5% liegen.

3.2.2 Makroprudenzielle Politik

Die Kredit-BIP-Lücke lag im IV. Quartal 2024 mit rund –14 Prozentpunkten weiter deutlich unter der kritischen Schwelle von 2 Prozentpunkten. Das Finanzmarktstabilitätsgremium (FMSG) empfahl daher in der Sitzung vom Juni 2025, den antizyklischen Kapitalpuffer bei 0% der risikogewichteten Aktiva zu belassen.

Eine entscheidende Neuerung ist das Auslaufen der Kreditinstitute-Immobilienfinanzierungsmaßnahmen-Verordnung (KIM-VO) zum 30. Juni 2025. Die KIM-VO sollte die Finanzmarktstabilität in Österreich erhöhen und richtete sich an Hypothekarkreditneh-

mer (Beleihungsquote, Schuldendienstquote, maximale Kreditlaufzeit usw.). Durch das Auslaufen der Verordnung werden die Kreditvergabe flexibilisiert und höhere Kreditbeträge ermöglicht. Dies dürfte das bereits lebhaftige Wachstum der Hypothekarkreditneuvergabe (April 2025 +72% gegenüber dem Vorjahr) in einem Umfeld niedriger Risikogewichte (gemäß FMSG vor allem bei Gewerbeimmobilienkrediten) zusätzlich befeuern und somit die Wirkung der geldpolitischen Lockerung verstärken. Das Umfeld ist derzeit durch eine im historischen Vergleich hohe Verschuldungsquote der Unternehmen gekennzeichnet. All dies befördert den Aufbau von Risiken unterhalb einer scheinbar ruhigen Oberfläche, die von einer moderaten Expansion des Kreditbestandes insgesamt sowie einer beginnenden Erholung der Gesamtwirtschaft und insbesondere der Bauwirtschaft geprägt ist.

3.2.3 Fiskalpolitik

Das strukturelle Defizit bleibt im Prognosezeitraum hoch und das gesamtstaatliche Defizit über dem Maastricht-Grenzwert. Ein EU-Verfahren wegen eines übermäßigen Defizites ist derzeit wahrscheinlich. Im Bundesdoppelbudget 2025/26 wurde daher ein umfassendes, ausgaben- und einnahmenseitiges Konsolidierungspaket beschlossen. Zusätzlich wurden gezielte Maßnahmen zur sozialen Abfederung der Sparmaßnahmen und zur Unterstützung des Arbeitsmarktes eingeführt.

Die budgetären Effekte der Maßnahmen werden vom WIFO und dem Bundesministerium für Finanzen unterschiedlich bewertet. Die WIFO-Prognose berücksichtigt keine Konsolidierungsbeiträge von Ländern und Gemeinden, da die entsprechenden Maßnahmen noch nicht bekannt sind.

Übersicht 3: Fiskal- und geldpolitische Kennzahlen

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	In % des BIP					
Fiskalpolitik						
Finanzierungssaldo des Staates ¹⁾	– 5,7	– 3,4	– 2,6	– 4,6	– 4,1	– 3,9
Primärsaldo des Staates	– 4,6	– 2,5	– 1,4	– 3,1	– 2,4	– 2,2
Staatseinnahmen	50,3	49,7	50,1	51,4	52,0	52,0
Staatsausgaben	56,0	53,1	52,7	56,0	56,0	55,9
Schuldenstand des Staates ¹⁾	82,4	78,4	78,5	81,4	83,4	85,0
	In %					
Geldpolitik						
Dreimonatszinssatz	– 0,5	0,3	3,4	3,6	2,3	2,2
Sekundärmarktrendite ²⁾	– 0,1	1,7	3,1	2,8	3,1	3,1

Q: WIFO, EZB, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Laut Maastricht-Definition. – ²⁾ Bundesanleihen mit einer Laufzeit von 10 Jahren (Benchmark).

Auf der Ausgabenseite stehen 2025 die Abschaffung des Klimabonus (–2 Mrd. €), Kürzungen und Effizienzsteigerungen im Förderwesen (–0,7 Mrd. €) sowie Einsparungen in

den Ministerien (–0,6 Mrd. €) im Fokus. Weitere Beiträge entstehen etwa durch Reformen der Bildungskarrenz und die temporäre Aussetzung der Valorisierung von Familien-

Mit der Zinssenkung Anfang Juni 2025 setzt die EZB den Kurs der geldpolitischen Lockerung fort.

leistungen. Die Anpassung des ÖBB-Rahmenplans dämpft zudem die öffentlichen Investitionen. Insgesamt erwartet das WIFO Einsparungen von 3,8 Mrd. € (2025) bzw. 5,3 Mrd. € (2026). Die Pensionsreform wirkt voraussichtlich erst ab 2027.

Auf der Einnahmenseite sorgen 2025 die befristete Stabilitätsabgabe (0,5 Mrd. €), höhere Krankenversicherungsbeiträge für Pensionist:innen, Sonderausschüttungen sowie die Streichung der Umsatzsteuerbegünstigung für Photovoltaik für Mehreinnahmen.

4. Perspektiven der österreichischen Volkswirtschaft

Die Konjunktur in Österreich wird voraussichtlich nur langsam an Schwung gewinnen. Für das Jahr 2025 ist noch keine nennenswerte Belebung in Sicht. Allerdings gibt es auch keine Anzeichen für eine neuerliche ausgeprägte Rezession. Der nunmehr günstigere Ausblick folgt einerseits aus Datenrevisionen im Bereich der Industrie, durch die sich auch die gesamtwirtschaftliche Wertschöpfung besser darstellt als bisher. Andererseits hat sich die Stimmung in der Sachgütererzeugung spürbar aufgehellt, wodurch die Ausgangslage günstiger ist als vor der WIFO-Prognose vom März 2025.

Gemäß WIFO-Konjunkturtest von Mai 2025 verbesserte sich die Lageeinschätzung im Bereich der Sachgütererzeuger seit Ende 2024 stetig und erreichte zuletzt den höchsten Wert seit Mitte 2023. Parallel dazu hellen sich seit Jahresbeginn 2025 auch die unternehmerischen Erwartungen auf. Wenngleich die Mehrzahl der Sachgütererzeuger weiterhin pessimistisch gestimmt ist, fallen die Einschätzungen im Teilbereich Konsumgüter mittlerweile überdurchschnittlich positiv aus, während sie in der Vorprodukt- und Investitionsgüterindustrie trotz der rezenten Aufhellung noch unterdurchschnittlich sind. Ein ähnliches Bild zeichnet auch der UniCredit Bank Austria EinkaufsManagerIndex. Er liegt mittlerweile nur mehr geringfügig unterhalb der Wachstumsschwelle. Optimistisch stimmt zudem, dass sich der Rückgang der Neuaufträge abermals verlangsamt hat, was den Ausblick für die Produktion verbessert.

Der Aufhellung des Stimmungsbildes in der Sachgütererzeugung seit Jahresbeginn steht eine Verschlechterung im Bereich der Marktdienstleister gegenüber. Hier trübte sich die Stimmung vor allem in der Beherbergung und Gastronomie ein. Auch im Bauwesen ist sie noch unterdurchschnittlich.

Der Nachfragemangel ist weiterhin in allen Sektoren das wichtigste Produktionshemmnis, wenngleich sich seit Jahresbeginn 2025 eine tendenzielle Entspannung zeigt.

Das Verbrauchervertrauen ist immer noch unterdurchschnittlich. Es ging jedoch zuletzt

Diese belaufen sich insgesamt auf 1,6 Mrd. € (2025) bzw. 1,8 Mrd. € (2026).

Offensivmaßnahmen wie erweiterte AMS-Programme und steuerliche Begünstigungen für Mitarbeiterprämien ergänzen das Paket. Das Nettokonsolidierungsvolumen beträgt laut WIFO 4,7 Mrd. € (2025) bzw. 5,6 Mrd. € (2026). Der Finanzierungssaldo verbessert sich jedoch nur moderat von $-4,1\%$ (2025) auf $-3,9\%$ (2026) des BIP, und die Schuldenquote steigt bis 2026 auf 85% an.

die Unsicherheit etwas zurück, zumal das subjektiv wahrgenommene Arbeitsplatzverlustrisiko sank. Dieser Indikator notiert zwar nach wie vor auf einem überdurchschnittlichen Niveau, erreichte jedoch zuletzt den niedrigsten Wert seit einem halben Jahr. Mit der abnehmenden Unsicherheit aufseiten der privaten Haushalte hellt sich der Ausblick für den Konsum etwas auf.

Den neuen makroökonomischen Schock durch die Neuausrichtung der Zollpolitik der USA berücksichtigte das WIFO bereits in seiner Prognose vom März 2025 teilweise. Seither schürte die Unwägbarkeit bezüglich der letztendlichen Ausgestaltung der Zölle Unsicherheit. Unsicherheitsschocks führen in der Regel unmittelbar zu Ausgabenzurückhaltung und dämpfen somit Konsum und Investitionen. Während die Verunsicherung unter amerikanischen Haushalten zuletzt zunahm, war dies bei österreichischen Unternehmen und Haushalten nicht zu beobachten. Die dämpfenden Auswirkungen der handelspolitischen Neuausrichtung beschränken sich somit auf die heimischen Warenexporte in die USA. Gemäß KITE-Modell ergibt sich daraus ein negativer Effekt auf das österreichische BIP von rund 0,3% (siehe Kasten "Zölle der USA und österreichische Exporte: Mengeneffekt und Zollinzidenz").

4.1 Zweiteilung der Konjunktur löst sich auf

Den aktuellen Quartalsdaten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zufolge hat die österreichische Wirtschaft den Tiefpunkt ihrer rezenten Schwächephase bereits durchschritten. Wenngleich die Rezession der Vorjahre verglichen mit der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bzw. der COVID-19-Krise moderater ausfiel, dauerte sie deutlich länger an. Gemäß den Vorlaufindikatoren wird sie sich im laufenden Jahr in der Sachgütererzeugung und dem Baugewerbe in abgeschwächter Form fortsetzen, während sich die Dienstleistungen günstiger entwickeln werden. In Summe ergibt sich daraus eine Stagnation der Gesamtwirtschaft ($\pm 0,0\%$; 2024 $-1,0\%$; Abbildung 2, Übersicht 1).

Die österreichische Wirtschaft hat zwar mittlerweile den Tiefpunkt der konjunkturellen Schwächephase durchschritten, wird sich aber voraussichtlich nur langsam erholen.

Vorlaufindikatoren zeigen eine Stimmungsaufhellung in der Industrie. Die Unsicherheit ist vor allem bei den privaten Haushalten sowie in Teilen der Industrie und im Bauwesen weiterhin hoch, nahm aber zuletzt nicht weiter zu.

Die gegenläufige Wertschöpfungsentwicklung im Bereich der Marktdienstleistungen einerseits und der Industrie und dem Bauwesen andererseits dürfte sich 2026 vollständig auflösen.

Übersicht 4: Entwicklung der Bruttowertschöpfung

Zu Herstellungspreisen

	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4,42	4,52	4,58	4,63	- 2,7	+ 2,4	+ 1,2	+ 1,2
Herstellung von Waren einschließlich Bergbau	72,39	68,77	68,01	69,03	- 2,3	- 5,0	- 1,1	+ 1,5
Energie- und Wasserversorgung, Abfallentsorgung	10,21	9,34	9,06	9,15	+ 8,1	- 8,5	- 3,0	+ 1,0
Bauwirtschaft	16,34	15,64	15,57	15,66	- 7,5	- 4,3	- 0,5	+ 0,6
Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kfz	39,88	39,20	39,12	39,59	- 5,7	- 1,7	- 0,2	+ 1,2
Verkehr	18,69	18,45	18,31	18,58	- 2,5	- 1,3	- 0,8	+ 1,5
Beherbergung und Gastronomie	10,70	10,48	10,28	10,23	+ 5,4	- 2,1	- 1,9	- 0,5
Information und Kommunikation	16,10	16,50	16,62	16,95	+ 3,0	+ 2,5	+ 0,7	+ 2,0
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16,85	17,66	17,78	18,15	- 8,1	+ 4,8	+ 0,7	+ 2,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	31,33	31,47	31,62	31,84	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,7
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ¹⁾	36,20	35,53	35,50	36,24	- 0,7	- 1,8	- 0,1	+ 2,1
Öffentliche Verwaltung ²⁾	59,89	60,95	61,26	61,57	+ 2,2	+ 1,8	+ 0,5	+ 0,5
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	8,92	8,95	8,87	9,09	+ 4,7	+ 0,4	- 1,0	+ 2,5
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche ⁴⁾	340,92	336,66	335,88	339,82	- 1,2	- 1,3	- 0,2	+ 1,2
Bruttoinlandsprodukt	381,39	377,62	377,59	382,10	- 1,0	- 1,0	± 0,0	+ 1,2

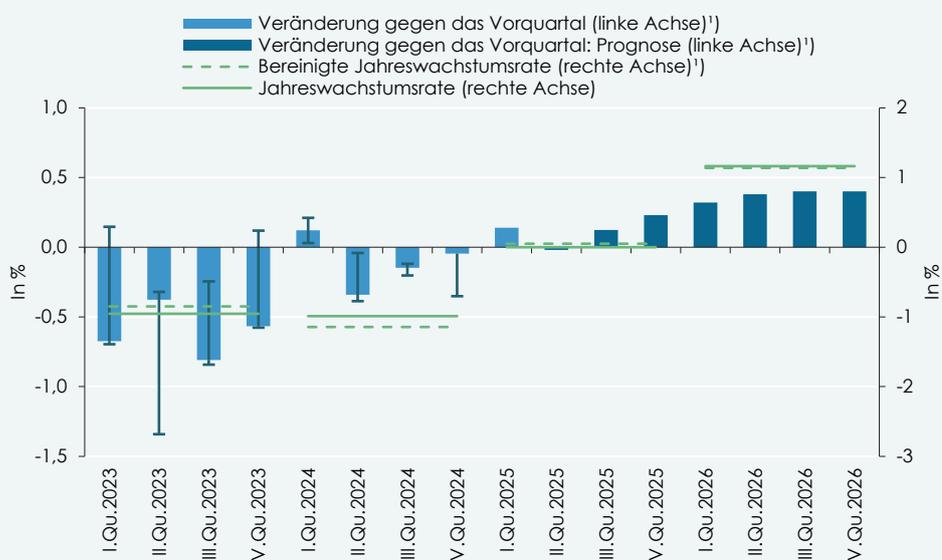
Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen, technischen und sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (ÖNACE 2008, Abschnitte M bis N). – ²⁾ Einschließlich Sozialversicherung, Verteidigung, Erziehung, Unterricht, Gesundheits- und Sozialwesen (ÖNACE 2008, Abschnitte O bis Q). – ³⁾ Einschließlich Kunst, Unterhaltung und Erholung, private Haushalte (ÖNACE 2008, Abschnitte R bis U). – ⁴⁾ Vor Abzug der Gütersubventionen und vor Zurechnung der Gütersteuern.

Die Industrie dürfte im Jahresverlauf zunehmend Trübsal fassen, zumal die Fertigwarenlagerbestände nicht mehr ausreichen werden, um die Neuaufrträge zu bedienen. Neben den anziehenden Warenexporten wird die Industrie auch von der zunehmenden Dynamik im Bauwesen profitieren. Die Wertschöpfungsbeiträge der einzelnen Sektoren werden damit allmählich nicht mehr gegenläufig ausfallen. Dies mündet in eine zyklisch

bedingte Erholung der Gesamtwirtschaft, die sich vor allem 2026 verstärken sollte, sobald wieder sämtliche Wertschöpfungsbe- reiche positive Wachstumsbeiträge leisten oder die Expansion zumindest nicht dämpfen. Die vierteljährlichen Zuwachsraten des BIP sollten sich somit 2026 erhöhen, was im Gesamtjahr ein Wachstum von 1,2% erlaubt.

Abbildung 3: Konjunkturmodell Österreich

BIP, real



Q: WIFO. – ¹⁾ Saison- und arbeitstagbereinigt gemäß Eurostat. Die Fehlerindikatoren zeigen die Bandbreite der bisherigen Revisionen der realisierten Werte.

Übersicht 5: Technische Zerlegung der Wachstumsprognose des realen BIP

		2023	2024	2025	2026
Wachstumsüberhang ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,7	- 0,9	- 0,2	+ 0,2
Jahresverlaufsrate ²⁾	in %	- 2,4	- 0,4	+ 0,5	+ 1,5
Jahreswachstumsrate	in %	- 1,0	- 1,0	± 0,0	+ 1,2
Bereinigte Jahreswachstumsrate ³⁾	in %	- 0,8	- 1,1	+ 0,0	+ 1,1
Kalendereffekt ⁴⁾	Prozentpunkte	- 0,1	+ 0,1	- 0,1	+ 0,0

Q: WIFO. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Effekt der unterjährigen Dynamik im Vorjahr auf das Wachstum des Folgejahres. Jahreswachstumsrate, wenn das BIP des aktuellen Jahres auf dem Niveau des IV. Quartals des Vorjahres bleibt, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ²⁾ Beschreibt die Konjunkturdynamik innerhalb eines Jahres. Vorjahresveränderung im IV. Quartal, saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. – ³⁾ Saison- und arbeitsstagsbereinigt gemäß Eurostat. Vergleichswert zur Konjunkturprognose der OeNB. – ⁴⁾ Effekt der Zahl der Arbeitstage und des Schalttages. Die Summe aus bereinigter Jahreswachstumsrate und Kalendereffekt kann vom Wert der unbereinigten Jahreswachstumsrate abweichen, da diese auch Saison- und irreguläre Effekte enthält.

Das zugrunde liegende Quartalsmuster impliziert, dass die seit dem Sommer 2022 beobachtete Schwächephase auch im laufenden Jahr noch anhält, jedoch schrittweise endet, womit sie rund dreieinhalb Jahre gedauert hätte. Während 2024 eine negative Jahresverlaufsrate in Verbindung mit einem negativen statistischen Übertrag aus dem Vorjahr zu einem deutlichen BIP-Rückgang führte, resultiert die Stagnation im Jahr 2025 im Wesentlichen aus einer leicht positiven Jahresverlaufsrate bei einem gleichzeitig geringen Wachstumsunterhang aus dem Vorjahr. 2026 werden eine hohe Jahresverlaufsrate und ein Wachstumsüberhang aus dem

Jahr 2025 eine positive Jahreswachstumsrate ermöglichen (Übersicht 1).

Zumal das für 2025 erwartete BIP-Wachstum deutlich unter dem Potenzialwachstum von rund 0,8% liegt, dürfte sich die bereits negative Produktionslücke noch weiter öffnen und erst 2026 verkleinern. Zwar wird das Wachstum 2026 über dem Potenzialwachstum liegen, die Produktionslücke (Output Gap) wird sich jedoch über den Prognosehorizont nicht schließen. Die Unterauslastung der Produktionsfaktoren hält somit an und sollte weiterhin die Inflation dämpfen.

Übersicht 6: Revision der Wachstumsprognose

BIP, real

		2025	2026
WIFO-Konjunkturprognose März 2025	in %	- 0,3	+ 1,2
Datenrevision ¹⁾	Prozentpunkte	+ 0,3	± 0,0
Prognosefehler für das I. Quartal 2025 ²⁾	Prozentpunkte	+ 0,2	- 0,0
Prognoserevision	Prozentpunkte	- 0,1	- 0,1
WIFO-Konjunkturprognose Juni 2025	in %	± 0,0	+ 1,2

Q: WIFO. – ¹⁾ Revision der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) durch Statistik Austria gegenüber jenem Stand, der zur Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom März 2025 herangezogen wurde. – ²⁾ Zum Zeitpunkt der Erstellung der WIFO-Konjunkturprognose vom März 2025 lagen für dieses Quartal noch keine Werte laut Statistik Austria vor.

4.2 Auslandsnachfrage zieht an

Die Auslandsnachfrage nach österreichischen Waren und Dienstleistungen sinkt trotz der erwarteten Erholung der internationalen Konjunktur voraussichtlich auch 2025. Dem Rückgang der Warenexporte steht eine Expansion der Dienstleistungsexporte gegenüber, die den Gesamtexport etwas stabilisiert. Die Effekte der höheren Einfuhrzölle der USA dämpfen den Warenexport um geschätzt 0,9% (siehe Kasten "Zölle der USA und österreichische Exporte: Mengeneffekt und Zollinzidenz"). Zudem übersetzen sich die positiven internationalen Konjunkturimpulse derzeit – im Gegensatz zu früheren Jahren – nicht in gleichwertige Impulse im Bereich der

Warenexporte, da heimische Waren auf den Auslandsmärkten an preislicher Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt haben. Gemäß den Ergebnissen einer Befragung der Wirtschaftskammer werden als Grund für die Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit am häufigsten die Arbeitskosten genannt; 94% der Unternehmen aus der Sparte Industrie nennen diesen Faktor. Nicht zuletzt hemmt eine unvorteilhafte Exportstruktur eine stärkere Ausweitung der Ausfuhren: Der Großteil der österreichischen Warenexporte entfällt auf Länder mit geringen Expansionsraten; aufstrebende Länder (z. B. BRICS-Länder), die ein deutlich höheres Marktwachstum aufweisen, werden hingegen nur unzureichend bedient.

Zölle der USA und österreichische Exporte: Mengeneffekt und Zollinzidenz

Die jüngsten Zollerhöhungen der USA auf ausgewählte Importgüter werfen die Frage nach ihren Effekten auf die Warenexporte Österreichs in die USA und der Verteilung der finanziellen Belastung auf. Die vorliegende Analyse versucht eine Quantifizierung, und bleibt dabei so einfach wie möglich (*Ockham'sches Sparsamkeitsprinzip*). Das analytische Fundament bildet ein klassisches Angebot-Nachfrage-Modell (A-N-Modell):

Nachfrage (amerikanische Importeure): $q = \alpha + \beta p$, $\beta < 0$

Angebot (österreichische Exporteure): $q = \gamma + \delta p$, $\delta > 0$

wobei q die Menge und p den Preis (im Gleichgewicht) bezeichnen. Die Zollerhöhung bewirkt einerseits einen höheren Preis für die Importeure, wodurch die Nachfrage sinkt, und andererseits einen niedrigeren Preis für die Exporteure, wodurch das Angebot abnimmt. Um das Ausmaß der gleichgewichtigen Mengenreduktion zu bestimmen, müssen zunächst die Modellparameter (α , β , γ und δ) festgelegt werden. Dann erfolgt die Simulation der Zollerhöhung.

- **Bestimmung der Modellparameter:** Die Parameter werden auf Basis der gleichgewichtigen (d. h. auf dem Markt gehandelten) Mengen (\bar{q}) und Preise (\bar{p}) sowie einer Schätzung der Preiselastizität der Nachfrage ($\eta_N < 0$) und des Angebotes ($\eta_A > 0$) bestimmt. Unter Verwendung von Monatsdaten zu den österreichischen Warenexporten in die USA im Jahr 2024, wurde \bar{q} als Monatssumme der realen Exporte (in Tonnen) und \bar{p} als Durchschnittspreis im selben Zeitraum (Stückwert, Unit-Value) festgelegt. Unter Zuhilfenahme der Preiselastizitäten (η_N und η_A ; Erläuterung am Ende des Kastens) können die Modellparameter wie folgt bestimmt werden: $\beta = \eta_N \bar{q} / \bar{p}$, $\alpha = \bar{q} - \beta \bar{p}$, $\delta = \eta_A \bar{q} / \bar{p}$, $\gamma = \bar{q} - \delta \bar{p}$.
- **Simulation der Zollerhöhung:** Die Bestimmung des Mengeneffektes der Zollerhöhung erfolgt auf Basis eines impliziten Zolltarifs (τ) von 11,4 Prozentpunkten. Gegeben die neuen Preise für die Importeure $p_N = p(1 + \tau)$ sowie für die Exporteure $p_A = p(1 - \tau)$, ergibt sich eine Reduktion der Gleichgewichtsmenge um rund 11%, d. h. Österreichs Warenexporte in die USA sinken infolge der Zollerhöhung um **11%** im Vergleich zum Jahr 2024. Unter Berücksichtigung des Anteils der USA an den gesamten Warenexporten Österreichs (8,5%), sowie des Anteils der Warenexporte insgesamt am BIP (39%), hat die Zollerhöhung einen Rückgang der gesamten Warenexporte um **0,9%** sowie des BIP um **0,3%** zur Folge.
- **Zollinzidenz:** Das Modell erlaubt es, die Verteilung der Zolllast zwischen österreichischen Exporteuren und Importeuren in den USA zu quantifizieren. Demgemäß lukriert der Fiskus der USA durch die Zollerhöhung zusätzliche Einnahmen von **1,6 Mrd. €**. Davon tragen die österreichischen Exporteure rund **61%** ($= |\eta_N| / (\eta_A - \eta_N)$; **1 Mrd. €**) und die amerikanischen Abnehmer **39%** ($= \eta_A / (\eta_A - \eta_N)$; **600 Mio. €**). Dieser Befund spiegelt die unterschiedliche Preiselastizität wider: Da österreichische Exporteure preisunelastischer agieren als die Importeure in den USA, tragen sie einen größeren Teil der Zollbelastung.

Übersicht 7 fasst die Ergebnisse zusammen. In Summe ergibt sich ein negativer Gesamteffekt von 0,5% des BIP (Basis 2024), der im Vergleich mit den Nachbarländern Österreichs gering ausfällt.

Übersicht 7: Auswirkungen der Zollanhebungen durch die USA auf die Warenexporte und das BIP

	Angebot-Nachfrage-Modell	Österreich KITE-Modell ¹⁾	Input-Output-Modell ²⁾	Deutschland ³⁾ Angebot-Nachfrage-Modell	Schweiz ⁴⁾ Angebot-Nachfrage-Modell
Zollanhebung					
Prozentpunkte	11,4	10,0	10,9	11,8	10,0
Warenexport in die USA					
Veränderung gegenüber 2024 in %	- 10,7			- 11,6	- 3,9
Warenexport gesamt					
Veränderung gegenüber 2024 in %	- 0,9	- 0,8		- 1,2	- 0,6
BIP-Rückgang					
In %	0,32	0,33	0,31	0,44	0,34
Mrd. € bzw. CHF	1,5	1,6	1,5	19,1	2,8
Zolleinnahmen der USA					
Mrd. € bzw. CHF	1,6			16,6	6,2
Zolllast für das Exportland					
In % der Zollkosten insgesamt	60,8			56,6	52,7
Mrd. € bzw. CHF	1,0			9,4	3,3
Gesamtkosten für das Exportland					
In % des BIP	0,5			0,7	0,7
Mrd. € bzw. CHF	2,5			28,5	6,1

Q: WIFO, OeNB. – ¹⁾ Mahlkow, H. (2025). Neue Zölle der USA belasten Exporte und Wirtschaft in Europa deutlich. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/news/neue-zoelle-der-usa-belasten-exporte-und-wirtschaft-in-europa-deutlich/> (abgerufen am 15. Juni 2025). – ²⁾ Schneider, M., & Sellner, R. (2025). Importzölle der USA: Welche Wirtschaftsbereiche Österreichs sind besonders davon betroffen?. OeNB. <https://www.oenb.at/Presse/oenb-blog/2025/2025-05-06-us-importzoelle-welche-wirtschaftsbereiche-oesterreichs-sind-besonders-davon-betroffen.html> (abgerufen am 15. Juni 2025). – ³⁾ Die Schätzungen der Preiselastizität der Nachfrage und des Angebotes belaufen sich auf -1,15 und 0,88. – ⁴⁾ Die Schätzungen der Preiselastizität der Nachfrage und des Angebotes belaufen sich auf -0,41 und 0,39.

Annex zur Bestimmung der Preiselastizitäten: Sei $\eta_N = \frac{dq}{dp} \cdot \frac{p}{q} = \frac{d \ln(q)}{d \ln(p)} \rightarrow \eta_N d \ln(p) = d \ln(q)$, so ergibt sich nach Integration: $\eta_N \ln(p) = \ln(q)$, sowie ein äquivalenter Ausdruck für die Preiselastizität des Angebotes ($\eta_A \ln(p) = \ln(q)$). Zur Schätzung der beiden Preiselastizitäten wurden beide Ausdrücke in ein multivariates Gleichungssystem verpackt:

$$Ax_t = B(L) x_t + u_t, \text{ mit } A = \begin{bmatrix} 1 & -\eta_N \\ -1/\eta_A & 1 \end{bmatrix}$$

wobei $x_t = [\ln(q_t) \quad \ln(p_t)]'$ den Vektor an endogenen Variablen darstellt, $B(L) = \sum_{i=1}^m B_i L^i$ ist ein Verzögerungspolynom und u_t ein (struktureller) Fehlerterm. Für q_t wurde das (monatliche) Warenexportvolumen Österreichs in die USA (in Tonnen) und für p_t der entsprechende Deflator (Stückwerte) herangezogen. Das Modell wurde mit Bayesianischen Methoden geschätzt und die Elastizitäten gemäß Glocker und Piribauer (2025)¹⁾ mittels Vorzeichenrestriktionen auf die Zeilen der A -Matrix bestimmt. Die geschätzten Medianwerte belaufen sich auf $\eta_N < -1,21$ und $\eta_A > 0,79$.

¹⁾ Glocker, C., & Piribauer, P. (2025). Consumer preferences and inflation diffusion. *Macroeconomic Dynamics*, 29, 1-23. <https://doi.org/10.1017/S1365100525000070>.

Übersicht 8: Entwicklung der Nachfrage

Real (berechnet auf Basis von Vorjahrespreisen)

	2023	2024	2025	2026	2023	2024	2025	2026
	Mrd. € (Referenzjahr 2015)				Veränderung gegen das Vorjahr in %			
Konsumausgaben insgesamt	267,36	269,14	269,90	272,62	+ 0,0	+ 0,7	+ 0,3	+ 1,0
Private Haushalte ¹⁾	190,19	190,86	191,63	194,12	- 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,3
Staat	77,17	78,29	78,29	78,52	+ 1,2	+ 1,4	± 0,0	+ 0,3
Bruttoinvestitionen	90,43	85,87	85,40	86,86	- 13,0	- 5,0	- 0,5	+ 1,7
Bruttoanlageinvestitionen	90,50	88,58	88,00	89,23	- 3,2	- 2,1	- 0,7	+ 1,4
Ausrüstungen ²⁾	31,52	31,29	30,82	30,98	+ 4,4	- 0,7	- 1,5	+ 0,5
Bauten	37,16	35,20	35,03	35,24	- 9,3	- 5,3	- 0,5	+ 0,6
Sonstige Anlagen ³⁾	22,40	22,90	22,95	23,86	- 0,3	+ 2,2	+ 0,2	+ 4,0
Inländische Verwendung	359,46	356,35	357,50	361,83	- 3,5	- 0,9	+ 0,3	+ 1,2
Exporte	231,72	223,70	222,56	225,37	- 0,4	- 3,5	- 0,5	+ 1,3
Reiseverkehr	16,01	16,40	16,48	16,78	+ 13,9	+ 2,4	+ 0,5	+ 1,8
Minus Importe	210,61	203,57	203,68	206,32	- 4,6	- 3,3	+ 0,1	+ 1,3
Reiseverkehr	10,24	10,95	11,22	11,27	+ 14,8	+ 6,9	+ 2,5	+ 0,5
Bruttoinlandsprodukt	381,39	377,62	377,59	382,10	- 1,0	- 1,0	± 0,0	+ 1,2
Nominell	473,23	484,22	497,53	513,62	+ 5,6	+ 2,3	+ 2,7	+ 3,2

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Einschließlich militärischer Waffensysteme. – ³⁾ Überwiegend geistiges Eigentum (Forschung und Entwicklung, Computerprogramme, Urheberrechte).

Nach -3,5% im Vorjahr erwartet das WIFO für 2025 einen Rückgang der Exporte um 0,5%. Für das Folgejahr wird ein Anstieg von 1,3% prognostiziert, da 2026 neben den Dienstleistungsexporten auch die Warenexporte expandieren werden.

Die Importe dürften 2025 stagnieren, getrieben durch eine schwache Expansion des Konsums bei gleichzeitig rückläufigen Investitionen und Exporten. In Kombination mit dem Exportrückgang ergibt sich somit rein rechnerisch ein negativer Beitrag des Außenhandels zum BIP (-0,3 Prozentpunkte). 2026 dürfte der Beitrag infolge der Erholung der Exporte neutral sein.

Der erwartete Pfad der Warenexporte bestimmt auch die Wertschöpfungsentwicklung in der Industrie. Frühere Vermutungen einer Entkoppelung dieser beiden Größen²⁾

wurden durch eine Reihe von Datenrevisionen entkräftet. Mit den Warenexporten wird demnach 2026 auch die Wertschöpfung der Industrie wieder anziehen.

4.3 Inlandsnachfrage fasst nur langsam Tritt

Unter den Komponenten der Inlandsnachfrage sticht auch 2025 die deutliche Abnahme der Investitionen hervor. Rückgänge bei den Ausrüstungs- und Bauinvestitionen (vor allem im Tiefbau) sind eine Folge der fiskalpolitischen Konsolidierung, der anhaltenden Rezession in der Industrie sowie des Rückgangs der Kapitaleinkommen, auf den die Geschäftslageindikatoren des WIFO-Konjunkturtests hindeuten. Gemäß WKÖ-Wirtschaftsbarometer vom Juni 2025 planen nur 23% der Unternehmen Neuinvestitionen in den nächsten 12 Monaten.

²⁾ Siehe den Kasten "Zur Entkoppelung der Industriewertschöpfung von den Warenexporten" in Glocker, C., & Ederer, S. (2024). *Hohe Verunsicherung hält*

Österreichs Wirtschaft in der Stagnation. Prognose für 2024 und 2025. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/52905241>.

Die Baukonjunktur bleibt zweigeteilt: Einer Erholung im Hochbau steht ein Rückgang im Tiefbau infolge der fiskalischen Konsolidierung gegenüber.

Demgegenüber dürften die Investitionen in immaterielle Anlagegüter auch 2025 weiter expandieren. Die Baukonjunktur insgesamt verläuft über den gesamten Prognosehorizont schwach und ist von einer Zweiteilung geprägt: Während die Tiefbauproduktion infolge der fiskalischen Konsolidierung rückläufig ist, zeigt sich im Hochbau als Folge der geldpolitischen und makroprudenziellen Lockerung eine Erholung.

Der private Konsum dürfte 2025 lediglich moderat zulegen, 2026 jedoch kräftiger expandieren. Der prognostizierte Verlauf berücksichtigt einerseits die Auswirkungen der Budgetkonsolidierung in den Jahren 2025/26 auf die privaten Haushalte, die die verfügbaren Haushaltseinkommen und somit den Ausgabenspielraum schmälern. Andererseits steht er im Spannungsfeld zweier Implikationen der Euler-Gleichung. Gemäß dem in dieser Prognose unterstellten Anstieg des realen Zinssatzes (2025: 0,2%, 2026: 0,9%) wäre mit einer Abschwächung der Konsumdynamik zu rechnen.

Dieser Effekt wird jedoch von einer zweiten Implikation überlagert, nämlich dem Einfluss der Unsicherheit³⁾. Sie bleibt trotz des jüngsten Rückgangs auf hohem Niveau und führt weiterhin zu einer verstärkten Bildung von Ersparnissen aus Vorsichtsmotiven. Mit einer Verbesserung des Verbrauchervertrauens und daher einer höheren Ausgabenbereitschaft ist erst 2026 zu rechnen, sobald sich die Konjunkturerholung positiv auf den Arbeitsmarkt auswirkt. Nicht zuletzt deutet auch das derzeit hohe akkumulierte Geldvermögen auf eine günstigere Entwicklung im Jahr 2026 hin: Einerseits stiegen die Bankeinlagen österreichischer Haushalte bisweilen deutlich (April 2025 +5,4% gegenüber dem Vorjahr). Andererseits erzielten sie mit über 30 Mrd. € (2024) den bisher höchsten Finanzierungsüberschuss. Die Abnahme der Unsicherheit dürfte die Bereitschaft erhöhen, das vorhandene Geldvermögen in den Konsum zu stecken – eine Entwicklung, die voraussichtlich erst 2026 zum Tragen kommen wird.

Übersicht 9: Konsum, Einkommen und Preise

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %, real					
Private Konsumausgaben ¹⁾	+ 4,8	+ 4,9	- 0,5	+ 0,4	+ 0,4	+ 1,3
Dauerhafte Konsumgüter	+ 6,4	- 4,5	- 5,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5
Nichtdauerhafte Konsumgüter und Dienstleistungen	+ 4,6	+ 6,0	+ 0,1	+ 0,3	+ 0,3	+ 1,3
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	+ 2,1	+ 1,7	- 0,5	+ 3,5	- 0,7	+ 0,7
	In % des verfügbaren Einkommens					
Sparquote der privaten Haushalte						
Einschließlich Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	11,4	8,8	8,7	11,7	10,8	10,2
Ohne Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	10,9	8,2	8,1	11,1	10,1	9,6
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Forderungen an inländische Nichtbanken (Jahresendstände)	+ 6,6	+ 5,0	+ 0,7	+ 0,7	+ 1,2	+ 1,8
	Verbraucherpreise					
National	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,8	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,2
Harmonisiert	+ 2,8	+ 8,6	+ 7,7	+ 2,9	+ 2,9	+ 2,2
Kerninflation ²⁾	+ 2,3	+ 5,1	+ 7,3	+ 3,9	+ 2,9	+ 2,2

Q: WIFO, OeNB, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. – ²⁾ Ohne Energie, Lebensmittel, Alkohol und Tabak.

4.4 Abermals überdurchschnittliche Reallohnzuwächse erwartet

Die Abschwächung der Inflation setzte sich 2024 weiter fort, dürfte sich nun jedoch verlangsamen. Dies ergibt sich zum einen aus den Vorlaufindikatoren des WIFO-Konjunkturtests zu den erwarteten Preisanpassungen: So rechnen insbesondere im Konsumgüter- und Dienstleistungsbereich immer mehr

Unternehmen mit einer Erhöhung der Verkaufspreise in den kommenden Monaten. Spiegelbildlich sind auch die Inflationserwartungen der privaten Haushalte wieder hoch. Zum anderen deuten auch die Produzentenpreise bei Konsumgütern auf ein Ende der Inflationsabschwächung hin. Preisrückgänge sind derzeit nur noch im Energiesektor sowie bei Vorprodukten zu verzeichnen

³⁾ Analytisch lässt sich dieser Effekt durch eine Taylor-Approximation zweiten Grades der Euler-Gleichung

mit dem erwarteten Konsum als Entwicklungsstelle darstellen.

und wirken dem allgemeinen Inflationsdruck entgegen.

Die Inflation der im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen – gemessen am BIP-Deflator – wird sich daher in beiden Prognosejahren nur geringfügig abschwächen. Nach dem Preisanstieg von 3,3% im Jahr 2024 erwartet das WIFO Zuwachsraten von 2,8% bzw. 2,0%. Das Nachlassen des Preis-

auftriebs ist im Wesentlichen auf die deutliche Verteuerung der Importpreise zurückzuführen. Auch wenn diese für sich genommen den BIP-Deflator dämpfen, erhöhen sie unmittelbar den Inflationsdruck in den jeweiligen Nachfragekomponenten. So ist 2025 für den privaten Konsum im Vergleich zum Vorjahr keine weitere Inflationsabschwächung zu erwarten (+2,9%, laut VPI).

Die Praxis, die Nominallohnerhöhungen an den Preissteigerungen der Vorperiode auszurichten, wird weiterhin zu deutlichen Reallohnwachsen führen.

Übersicht 10: Löhne, Wettbewerbsfähigkeit

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Löhne und Gehälter pro Kopf¹⁾						
Nominell, brutto	+ 2,7	+ 4,9	+ 6,9	+ 8,3	+ 3,3	+ 2,7
Real ²⁾						
Brutto	- 0,1	- 3,4	- 0,9	+ 5,3	+ 0,4	+ 0,5
Netto	- 0,8	- 2,7	- 0,5	+ 5,4	+ 0,3	+ 0,2
Löhne und Gehälter je geleistete Arbeitsstunde³⁾						
Real ²⁾ , netto	- 4,0	- 2,4	- 0,5	+ 7,0	+ 0,5	- 0,1
In %						
Lohnquote, bereinigt ⁴⁾	62,4	62,1	63,5	67,6	68,6	68,7
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Lohnstückkosten⁵⁾, nominell						
Gesamtwirtschaft	- 0,5	+ 2,1	+ 8,6	+ 9,8	+ 3,6	+ 2,2
Herstellung von Waren	- 6,5	- 0,4	+ 9,7	+ 12,0	+ 5,0	+ 1,1
Effektiver Wechselkursindex Industriewaren⁶⁾						
Nominell	+ 0,6	- 1,5	+ 1,9	+ 1,1	+ 1,1	+ 0,7
Real	+ 0,2	- 1,8	+ 3,4	+ 0,9	+ 1,2	+ 0,6

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Beschäftigungsverhältnisse laut VGR. – ²⁾ Deflationiert mit dem VPI. – ³⁾ Laut VGR. – ⁴⁾ Arbeitnehmerentgelte in Relation zum BIP zu Faktorkosten, bereinigt um den Anteil der unselbständig Beschäftigten an den Erwerbstätigen (Personen laut VGR). – ⁵⁾ Arbeitskosten in Relation zur Produktivität (Arbeitnehmerentgelte von unselbständig Beschäftigten je geleistete Arbeitsstunde im Verhältnis zum BIP bzw. zur Bruttowertschöpfung von Erwerbstätigen je geleistete Arbeitsstunde) einschließlich Kurzarbeitsbeihilfen. – ⁶⁾ Export- und importgewichtet, real, gemessen am harmonisierten VPI.

Übersicht 11: Produktivität

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in %					
Gesamtwirtschaft						
Bruttoinlandsprodukt, real	+ 4,8	+ 5,3	- 1,0	- 1,0	± 0,0	+ 1,2
Erwerbstätige ¹⁾	+ 2,4	+ 2,7	+ 1,0	+ 0,4	+ 0,0	+ 0,6
Produktion je Erwerbstätigen	+ 2,3	+ 2,5	- 2,0	- 1,3	- 0,1	+ 0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	+ 2,5	- 0,3	- 0,1	- 1,4	+ 0,1	+ 0,4
Stundenproduktivität ³⁾	- 0,2	+ 2,8	- 1,9	+ 0,1	- 0,1	+ 0,2
Herstellung von Waren						
Bruttowertschöpfung, real	+ 10,9	+ 6,7	- 1,8	- 5,2	- 1,1	+ 1,5
Erwerbstätige ¹⁾	+ 0,6	+ 2,3	+ 1,2	- 1,2	- 1,3	+ 0,3
Produktion je Erwerbstätigen	+ 10,2	+ 4,3	- 2,9	- 4,0	+ 0,2	+ 1,2
Arbeitszeit je Erwerbstätigen ²⁾	+ 4,3	- 0,8	- 0,3	+ 0,3	- 0,8	- 0,5
Stundenproduktivität ³⁾	+ 5,6	+ 5,1	- 2,6	- 4,3	+ 1,0	+ 1,7

Q: WIFO, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Unselbständige und Selbständige laut VGR (Beschäftigungsverhältnisse). – ²⁾ Geleistete Arbeitsstunden laut VGR. – ³⁾ Produktion je von Erwerbstätigen geleistete Arbeitsstunden laut VGR.

Mit einem Rückgang des Verbraucherpreisauftriebs auf 2,2% ist erst 2026 zu rechnen. Neben den annahmegemäß rückläufigen

Energiepreisen dürfte aus gesamtwirtschaftlicher Sicht vor allem die negative Produktionslücke, die auf eine erhebliche Unter-

Die Konjunkturschwäche hemmt den Beschäftigungsaufbau. Da das Arbeitskräfteangebot weiter wächst, steigt 2025 die Arbeitslosigkeit.

lastung der Kapazitäten hinweist, zu einer weiteren Abschwächung der Inflation beitragen. Auch ein Basiseffekt, hervorgerufen durch das Auslaufen der Strompreisbremse zu Jahresbeginn 2025, begünstigt eine Verlangsamung der Teuerung im Jahr 2026. Dem steht jedoch eine hohe Inflationspersistenz im Dienstleistungssektor gegenüber. Sie ergibt sich aus dem weiterhin hohen Kostendruck infolge der deutlichen Nominallohnzuwächse und aus der weit verbreiteten Praxis der inflationsindexierten Preisanpassung.

Aufgrund der Praxis der Rollierung, die Nominallohnerhöhungen an den Preissteigerungen der Vorperiode auszurichten, wird der Anstieg der Nominallöhne in beiden Prognosejahren das Wachstum verschiedener Preisindizes übertreffen. Infolgedessen werden auch die Reallöhne erneut wachsen (2025 +0,4%; 2026 +0,5%; nach +5,3% im Jahr 2024, jeweils brutto je Beschäftigten; lang-

fristiger Durchschnitt +0,3%). Problematisch ist allerdings, dass die lange Rollierung zu einer Entkopplung zwischen Produktivitäts- und Lohnentwicklung führt, welche sich negativ auf die Beschäftigung auswirkt. So stehen 2025 einer ungünstigen Produktivitätsentwicklung erneut verhältnismäßig hohe Reallohnsteigerungen gegenüber.

4.5 Weiterer Anstieg der Beschäftigung bei zunehmender Arbeitslosigkeit

Das Arbeitskräfteangebot nimmt im gesamten Prognosezeitraum trotz der schwachen Konjunktur weiter zu. Dafür sind mehrere Faktoren verantwortlich: Der Anstieg der Erwerbsquote älterer Arbeitskräfte, u. a. aufgrund vergangener Pensionsreformen⁴⁾, erhöht das inländische Arbeitskräfteangebot; zugleich ist mit einer weiteren Steigerung des Angebotes ausländischer Arbeitskräfte zu rechnen.

Übersicht 12: Arbeitsmarkt

	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	Veränderung gegen das Vorjahr in 1.000					
Nachfrage nach Arbeitskräften						
Aktiv Erwerbstätige ¹⁾	+ 96,9	+ 116,2	+ 46,3	+ 11,8	+ 10,0	+ 35,0
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 90,4	+ 110,2	+ 44,8	+ 8,4	+ 7,0	+ 30,0
Inländische Arbeitskräfte	+ 28,1	+ 22,9	- 9,0	- 16,7	- 17,0	- 5,0
Ausländische Arbeitskräfte	+ 62,4	+ 87,4	+ 53,8	+ 25,0	+ 24,0	+ 35,0
Selbständige ²⁾	+ 6,5	+ 6,0	+ 1,5	+ 3,4	+ 3,0	+ 5,0
Angebot an Arbeitskräften						
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter						
15 bis 64 Jahre	+ 5,4	+ 48,6	+ 36,9	+ 5,6	- 20,4	- 22,2
Erwerbspersonen ³⁾	+ 19,0	+ 47,6	+ 54,0	+ 38,8	+ 32,0	+ 29,0
Überhang an Arbeitskräften						
Arbeitslose (laut AMS)	- 77,9	- 68,6	+ 7,7	+ 27,1	+ 22,0	- 6,0
Personen in Schulung	+ 13,2	- 0,8	+ 1,0	+ 5,0	+ 1,0	± 0,0
In%						
Arbeitslosenquote						
In % der Erwerbspersonen (laut Eurostat) ⁴⁾	6,2	4,8	5,1	5,2	5,4	5,3
In % der Erwerbspersonen (laut AMS)	7,2	5,6	5,7	6,2	6,7	6,5
In % der unselbständigen Erwerbspersonen (laut AMS)	8,0	6,3	6,4	7,0	7,5	7,3
Veränderung gegen das Vorjahr in %						
Erwerbspersonen ³⁾	+ 0,4	+ 1,0	+ 1,2	+ 0,8	+ 0,7	+ 0,6
Unselbständig aktiv Beschäftigte ¹⁾	+ 2,5	+ 3,0	+ 1,2	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,8
Arbeitslose (laut AMS)	- 19,0	- 20,7	+ 2,9	+ 10,0	+ 7,4	- 1,9
Stand in 1.000	331,7	263,1	270,8	297,9	319,9	313,9

Q: WIFO, Arbeitsmarktservice, Dachverband der Sozialversicherungsträger, Eurostat, Statistik Austria. 2025 und 2026: Prognose. – ¹⁾ Ohne Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. – ²⁾ Laut WIFO, einschließlich freier Berufe und Mithelfender. – ³⁾ Aktiv Erwerbstätige plus Arbeitslose. – ⁴⁾ Labour Force Survey.

2025 wird die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten insgesamt um 0,2% höher sein als im Vorjahr, 2026 wird der Anstieg mit

+0,8% etwas stärker ausfallen (2024 +0,2%). Der Beschäftigungszuwachs wird 2025 nicht mehr ausreichen, um angesichts der Auswei-

⁴⁾ Die Beschäftigungsquote wird vor allem aufgrund der ab 2024 beginnenden, schrittweisen Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters für Frauen leicht

ansteigen. Ab Jahresanfang 2026 werden das Mindestalter für die Korridor pension angehoben und die Zugangsbedingungen verschärft.

tung des Arbeitskräfteangebotes einen Rückgang der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen. 2024 betrug die Arbeitslosenquote

laut nationaler Berechnung 7,0%. Für 2025 zeichnet sich ein Anstieg auf 7,5% ab, für 2026 werden 7,3% prognostiziert.

5. Das Risikoumfeld

Die hier vorgestellte Projektion beschreibt das aus heutiger Sicht unter den getroffenen Annahmen wahrscheinlichste Szenario für die Wirtschaftsentwicklung. Die tatsächliche Entwicklung kann allerdings aufgrund einer Vielzahl von Faktoren davon abweichen.

Die größten Abwärtsrisiken gehen weiter von geopolitischen Konflikten aus. Der von Israel initiierte Krieg gegen den Iran ließ den Rohölpreis unmittelbar ansteigen, bisher jedoch erst moderat. Nichtsdestotrotz könnte eine mögliche Verschärfung des Konfliktes das weltweite Angebot kurzfristig erheblich schmälern. Dies würde unmittelbar die Preise auf den globalen Energiemärkten treiben und die Inflationsdynamik verstärken.

Auch wirtschaftspolitische Unsicherheiten bergen Abwärtsrisiken. Dies gilt einerseits für die Zollpolitik der USA. Obwohl die neuen Zölle dazu beitragen könnten, das Leistungsbilanzdefizit der USA zu verringern und damit

die Tragfähigkeit der Auslandsschulden zu stärken, erweist sich die Form der Umsetzung als äußerst unvorteilhaft für die internationalen Handelsbeziehungen. Die mangelnde Planbarkeit der Mengen und Preise schürt Unsicherheit und beeinträchtigt bestehende Lieferketten, was unmittelbar negative realwirtschaftliche Folgen haben kann.

Andererseits bringt auch die notwendige fiskalische Konsolidierung in Österreich in Verbindung mit einem möglichen EU-Defizitverfahren ein Konjunkturrisiko mit sich. So könnte es notwendig sein, das Budgetdefizit stärker als bislang geplant zu senken. Zudem könnte ein EU-Defizitverfahren die Reputation Österreichs auf den Finanzmärkten beeinträchtigen, wodurch sich die Refinanzierungskosten für österreichische Staatsanleihen erhöhen und die Schuldentragfähigkeit abnehmen würde.

Methodische Hinweise und Kurzglossar

Die laufende Konjunkturberichterstattung gehört zu den wichtigsten Produkten des WIFO. Um die Lesbarkeit zu erleichtern, werden ausführliche Erläuterungen zu Definitionen und Fachbegriffen nach Möglichkeit nicht im analytischen Teil gebracht, sondern im vorliegenden Glossar zusammengefasst.

Rückfragen: astrid.czaloun@wifo.ac.at, ursula.glauninger@wifo.ac.at, martha.steiner@wifo.ac.at

Periodenvergleiche

Zeitreihenvergleiche gegenüber der Vorperiode, z. B. dem Vorquartal, werden um jahreszeitlich bedingte Effekte bereinigt. Dies schließt auch die Effekte ein, die durch eine unterschiedliche Zahl von Arbeitstagen in der Periode ausgelöst werden (etwa Ostern).

Die Formulierung "veränderte sich gegenüber dem Vorjahr . . ." beschreibt hingegen eine Veränderung gegenüber der gleichen Periode des Vorjahres und bezieht sich auf unbereinigte Zeitreihen.

Die Analyse der saison- und arbeitstägig bereinigten Entwicklung liefert genauere Informationen über den aktuellen Konjunkturverlauf und zeigt Wendepunkte früher an. Die Daten unterliegen allerdings zusätzlichen Revisionen, da die Saisonbereinigung auf statistischen Methoden beruht.

Wachstumsüberhang

Der Wachstumsüberhang bezeichnet den Effekt der Dynamik im unterjährigen Verlauf (in saisonbereinigten Zahlen) des vorangegangenen Jahres (t_0) auf die Veränderungsrate des Folgejahres (t_1). Er ist definiert als die Jahresveränderungsrate des Jahres t_1 , wenn das BIP im Jahr t_1 auf dem Niveau des IV. Quartals des Jahres t_0 (in saisonbereinigten Zahlen) bleibt.

Durchschnittliche Veränderungsrate

Die Zeitangabe bezieht sich auf Anfangs- und Endwert der Berechnungsperiode: Demnach beinhaltet die durchschnittliche Rate 2005/2010 als 1. Veränderungsrate jene von 2005 auf 2006, als letzte jene von 2009 auf 2010.

Reale und nominelle Größen

Die ausgewiesenen Werte sind grundsätzlich real, also um Preiseffekte bereinigt, zu verstehen. Werden Werte nominell ausgewiesen (z. B. Außenhandelsstatistik), so wird dies eigens angeführt.

Inflation, VPI und HVPI

Die Inflationsrate misst die Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr. Der Verbraucherpreisindex (VPI) ist ein Maßstab für die nationale Inflation. Der Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Grundlage für die vergleichbare Messung der Inflation in der EU und für die Bewertung der Preisstabilität innerhalb der Euro-Zone (siehe auch <https://www.statistik.at>).

Die Kerninflation als Indikator der Geldpolitik ist nicht eindeutig definiert. Das WIFO folgt der gängigen Praxis, für die Kerninflation die Inflationsrate ohne die Gütergruppen unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie zu verwenden. So werden über 87% der im österreichischen Warenkorb für den Verbraucherpreisindex (VPI 2020) enthaltenen Güter und Dienstleistungen in die Berechnung der Kerninflation einbezogen.

WIFO-Konjunkturtest und WIFO-Investitionsbefragung

Der WIFO-Konjunkturtest ist eine monatliche Befragung von rund 1.700 österreichischen Unternehmen zur Einschätzung ihrer aktuellen und künftigen wirtschaftlichen Lage. Die WIFO-Investitionsbefragung ist eine halbjährliche Befragung von Unternehmen zu ihrer Investitionstätigkeit im Rahmen des WIFO-Konjunkturtests (<https://www.konjunkturtest.at>). Die Indikatoren sind Salden zwischen dem Anteil der positiven und jenem der negativen Meldungen an der Gesamtzahl der befragten Unternehmen gewichtet nach Beschäftigten.

Arbeitslosenquote

Österreichische Definition: Anteil der zur Arbeitsvermittlung registrierten Personen am Arbeitskräfteangebot der Unselbständigen. Das Arbeitskräfteangebot ist die Summe aus Arbeitslosenbestand und unselbständig Beschäftigten (gemessen in Standardbeschäftigungsverhältnissen). Datenbasis: Registrierungen bei AMS und Dachverband der Sozialversicherungsträger.

Definition gemäß ILO und Eurostat: Als arbeitslos gelten Personen, die nicht erwerbstätig sind und aktiv einen Arbeitsplatz suchen. Als erwerbstätig zählt, wer in der Referenzwoche mindestens 1 Stunde selbständig oder unselbständig gearbeitet hat. Personen, die Kinderbetreuungsgeld beziehen, und Lehrlinge zählen zu den Erwerbstätigen, nicht hingegen Präsenz- und Zivildiener. Die Arbeitslosenquote ist der Anteil der Arbeitslosen an allen Erwerbspersonen (Arbeitslose plus Erwerbstätige). Datenbasis: Umfragedaten von privaten Haushalten (Mikrozensus).

Begriffe im Zusammenhang mit der österreichischen Definition der Arbeitslosenquote

Personen in Schulungen: Personen, die sich zum Stichtag in AMS-Schulungsmaßnahmen befinden. Für die Berechnung der Arbeitslosenquote wird ihre Zahl weder im Nenner noch im Zähler berücksichtigt.

Unselbständig aktiv Beschäftigte: Zu den "unselbständig Beschäftigten" zählen auch Personen in aufrechtem Dienstverhältnis, die Kinderbetreuungsgeld beziehen bzw. Präsenzdienst leisten. Zieht man deren Zahl ab, so erhält man die Zahl der "unselbständig aktiv Beschäftigten".

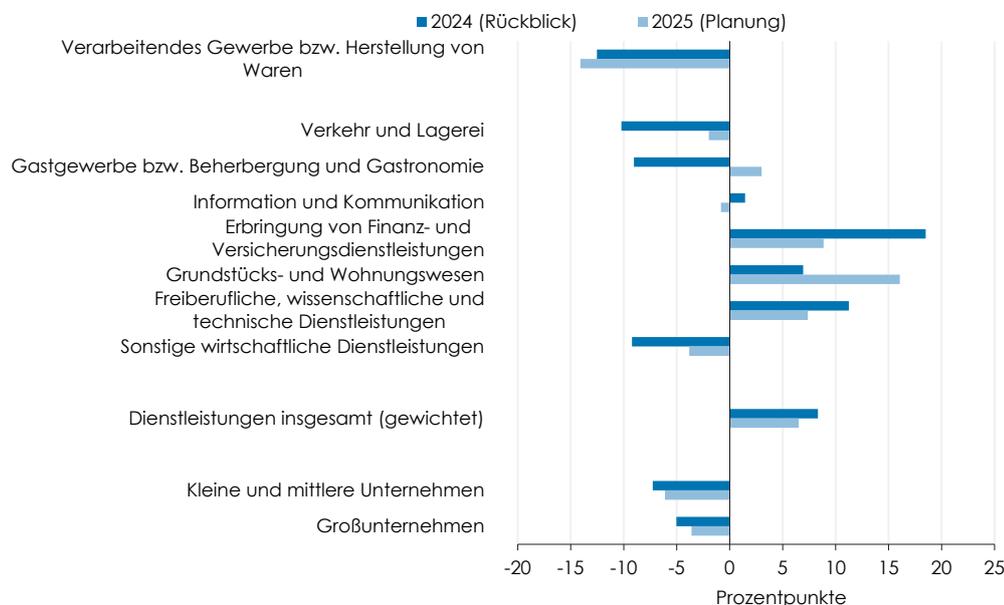
Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

- Im März 2025 befragte das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests gut 2.100 in Österreich tätige Unternehmen zu ihren Investitionsplänen.
- Insbesondere in der Herstellung von Waren dürften die Investitionen 2025 abermals zurückgehen.
- Innerhalb der Sachgütererzeugung planen Hersteller von Vorprodukten und Investitionsgütern, ihre Investitionen einzuschränken. Konsumgüterproduzenten rechnen dagegen mit einem leichten Wachstum.
- Kleine und mittlere Unternehmen (KMU) reduzieren ihre Investitionstätigkeit etwas deutlicher als Großunternehmen.
- Während Investitionen in Ausrüstungen und Gebäude voraussichtlich schrumpfen, dürften die immateriellen Anlageinvestitionen leicht ausgeweitet werden und den Rückgang im Aggregat dämpfen.

Entwicklung der Investitionen



"Die Unternehmensinvestitionen werden 2025 abermals schrumpfen, insbesondere Ausrüstungs- und Infrastrukturinvestitionen der Sachgütererzeugung. Der Rückgang hat sich jedoch verlangsamt und es dürfte die Talsohle erreicht sein."

Die WIFO-Investitionsbefragung weist Salden zwischen den Anteilen der Meldungen einer Ausweitung bzw. Reduktion der Investitionen in Prozentpunkten aus. Diese erlauben eine Abschätzung der Investitionsentwicklung auf Branchenebene (Q: WIFO-Investitionsbefragung).

Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten

Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025

Klaus Friesenbichler, Werner Hölzl

Investitionsdynamik bleibt 2025 verhalten. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025

Die Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung lassen für 2025 neuerlich eine verhaltene Investitionstätigkeit erwarten, wobei sich allmählich eine Talsohle abzeichnet. Vor allem Sachgütererzeuger meldeten mehrheitlich Kürzungen. Für den Dienstleistungssektor rechnet das WIFO dagegen mit einem leichten Investitionswachstum. Auf Branchenebene ist das Bild gemischt. Innerhalb der Sachgütererzeugung werden vor allem Hersteller von Investitionsgütern und Vorprodukten ihre Investitionen kürzen. In den Dienstleistungen überwiegen in den meisten Branchen die positiven Meldungen. Insbesondere im Grundstücks- und Wohnungswesen, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen ist Investitionswachstum zu erwarten. Kleine und mittlere Unternehmen werden ihre Investitionen voraussichtlich etwas deutlicher einschränken als Großunternehmen. Die schwache Investitionsdynamik wird durch Rückgänge in den Bereichen Ausrüstungen und Infrastruktur getrieben. Der Rückgang wird durch die immateriellen Anlageinvestitionen etwas gedämpft. Für Österreichs Gesamtwirtschaft rechnet das WIFO für 2025 mit einem Rückgang der realen Bruttoanlageinvestitionen um 0,7% gegenüber dem Vorjahr.

JEL-Codes: D22, D25, G31 • **Keywords:** Investitionen, Prognose

Begutachtung: Christian Glocker • **Wissenschaftliche Assistenz:** Anna Strauss-Kollin (anna.strauss-kollin@wifo.ac.at), Birgit Agnezy (birgit.agnezy@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 20. 6. 2025

Kontakt: Klaus Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at)

Infolge der langen Rezession und der zahlreichen Unsicherheiten hat die Investitionsbereitschaft österreichischer Unternehmen abgenommen.

Die österreichische Volkswirtschaft befindet sich derzeit in der längsten Schwächephase der Nachkriegszeit. Wenngleich der Tiefpunkt bereits durchschritten sein dürfte, ist eine Erholung bislang nur in Ansätzen beobachtbar und noch nicht gefestigt. Vor allem geopolitische Risiken sowie Unwägbarkeiten hinsichtlich der Neuausrichtung der internationalen Handelspolitik trüben den Ausblick. Vor diesem Hintergrund entwickelt sich auch die heimische Investitionsnachfrage schwach. Die Gewinnerwartungen sind niedrig (Friesenbichler et al., 2024) und die Unternehmen sehen sich in einem von Handelskonflikten und Kriegen geprägten Umfeld mit beträchtlichen Unsicherheiten konfrontiert. Dazu kommen ein anhaltend hoher Kostendruck und ein Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit. Dies beeinträchtigt

die Absatzmöglichkeiten heimischer Unternehmen sowohl im Inland als auch im Ausland, schmälert die erwarteten Gewinne und dämpft somit die Investitionen.

Die nominellen Bruttoausrüstungsinvestitionen betragen 2024 65,2 Mrd. €, wobei 36,6 Mrd. € auf Ausrüstungen und Waffensysteme und 28,6 Mrd. € auf immaterielle Investitionen entfielen. Preisbereinigt sanken die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt um 2,1%, obwohl die Ausrüstungsinvestitionen mit +0,5% leicht expandierten¹⁾. Die Bauinvestitionen fielen dagegen um 5,4%. Für 2025 erwartet das WIFO in seiner aktuellen Konjunkturprognose einen erneuten Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen um 0,7% (real). Das Bild unterscheidet sich kaum nach Investitionskategorien, zumal sowohl

¹⁾ Das Referenzjahr der realen Zeitreihe ist 2015.

die Investitionen in Bauten (-0,5%) als auch die Ausrüstungsinvestitionen (-1,5%) sinken dürften (sonstige Anlagen +0,2%; Ederer & Glocker, 2025; Christen et al., 2025).

Die Österreichische Nationalbank (OeNB) erhebt im Rahmen des Bank Lending Survey regelmäßig die Konjunktur des Kreditgeschäfts. Demnach verringerte sich die Kreditnachfrage der Unternehmen im I. Quartal 2025 erneut in allen in der Umfrage berücksichtigten Kategorien, insbesondere jene nach kurzfristigen Krediten. Der Rückgang ist bereits seit dem IV. Quartal 2022 beobachtbar. Über die letzten zweieinhalb Jahre betrachtet, hat die Nachfrage nach langfristigen Krediten am deutlichsten nachgelassen. In diese Kategorie fallen schwerpunktmäßig Kredite zur Investitionsfinanzierung (Hubmann, 2025).

Die Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2025 (Hözl et al., 2025) zu den Finanzierungsbedingungen ergänzen das Bild. Die Einschätzungen der Unternehmen in Bezug auf die Bereitschaft der Banken zur Kreditvergabe blieben per Saldo negativ, auch wenn sich eine Entspannung andeutet: Die Kredithürde – definiert als Saldo des Anteils der Unternehmen, die die Kreditvergabe der Banken als entgegenkommend bezeichnen (positive Werte), und des Anteils der Unternehmen, welche sie als restriktiv erleben (negative Werte) – verkleinerte sich zwar deutlich gegenüber dem Vorquartal (+7,1 Punkte), blieb aber mit -12,3 Punkten weiter ausgeprägt. Nach Unternehmensgröße zeigen sich Unterschiede: So ist die Kredithürde für kleinere Unternehmen mit unter 50 Beschäftigten höher (-15,1 Punkte) als für mittlere Unternehmen (50 bis 250 Beschäftigte -6,4 Punkte) und große Unternehmen (mehr als 250 Beschäftigte -11,9 Punkte).

Die WIFO-Investitionsbefragung

Seit November 2021 erhebt das WIFO im Rahmen des Konjunkturtests die Investitionsabsichten in Österreich tätiger Unternehmen. Die Stichprobe umfasste zuletzt rund 2.100 Unternehmen aus dem privaten Sektor und berücksichtigt die folgenden NACE-Rev.-2-Abschnitte: Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie, Information und Kommunikation, Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, Grundstücks- und Wohnungswesen, freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen, sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen. Die Repräsentativität der Befragung wird im Anhang ausgewiesen.

Die befragten Unternehmen werden auch nach ihrer Größe klassifiziert, wobei Unternehmen mit zumindest 250 Beschäftigten als Großunternehmen und jene mit weniger als 250 Beschäftigten als kleine und mittlere Unternehmen (KMU) definiert werden.

Mit der WIFO-Investitionsbefragung wird der WIFO-Investitionstest weitergeführt, der von 1963 bis zum Frühjahr 2021 als eigenständige Befragung durchgeführt wurde und seit 1996 Teil des gemeinsamen harmonisierten Programmes für Konjunkturumfragen in der Europäischen Union war, das von der Europäischen Kommission (Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen – GD ECFIN) finanziell unterstützt wird.

1. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung

1.1 Investitionen 2024 rückläufig – weitere Abschwächung erwartet

Die Investitionstätigkeit unterschied sich auch im Jahr 2024 beträchtlich nach Branchen. Der Prozentsaldo zwischen jenen Unternehmen, die angaben, ihre Investitionen 2024 ausgeweitet zu haben, und jenen, die eine Verringerung meldeten, ist in der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen und im Grundstücks- und Wohnungswesen am höchsten. In diesen Branchen überwiegen die Meldungen einer Ausweitung der Investitionen deutlich. Negative Salden für 2024 weisen die Herstellung von Waren, Verkehr und Lagerei, die sonstigen wirt-

schaftlichen Dienstleistungen und das Gastgewerbe (Beherbergung und Gastronomie) auf. Insgesamt meldeten Dienstleister ein Investitionswachstum²⁾.

Für das Jahr 2025 deuten die Einschätzungen der Unternehmen auf eine gemischte Investitionsdynamik hin. Eine besonders ausgeprägte Abschwächung ist in der Herstellung von Waren zu erwarten, während sich der Saldo vor allem im Grundstücks- und Wohnungswesen verbesserte und in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen positiv blieb. Zu Rückgängen dürfte es abermals in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen und in Verkehr und Lagerei kommen.

Großunternehmen ab 250 Beschäftigten planen für 2025 ebenso wie KMU häufiger

Die Investitionsdynamik blieb 2024 rückläufig, vor allem in der Herstellung von Waren.

Auch 2025 dürfte die Investitionstätigkeit erhalten bleiben. Vor allem in der Sachgütererzeugung dürften Unternehmen ihre Investitionen weiter einschränken.

²⁾ Im langfristigen Durchschnitt 2008/2017 machten die Investitionen des verarbeitenden Gewerbes bzw. der Herstellung von Waren laut Leistungs- und Strukturhebung der Statistik Austria 23,3% der gesamten

Investitionen des Unternehmenssektors aus (Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen: 18,7%, Verkehr und Lagerei: 14,9%; Friesenbichler et al., 2021).

Hersteller von Vorprodukten und Investitionsgütern dürften ihre Investitionen im laufenden Jahr deutlich einschränken. Dies ist eine Folge der weiterhin schwachen Industriekonjunktur.

Kürzungen ihrer Investitionen als Ausweitungen; die entsprechenden Salden verbesserten sich im Vergleich zum Jahr 2024 nur leicht um jeweils einen Prozentpunkt (Übersicht 1).

Die schwache Nachfrage dämpft zusammen mit dem ungünstigen Umfeld, das durch Besorgnis über die Wettbewerbsfähigkeit sowie geopolitische Unsicherheit geprägt ist, die Investitionsbereitschaft der österreichischen Sachgütererzeuger. Die Indikatoren des WIFO-Konjunkturtests zur aktuellen Geschäftslage notieren weiterhin auf niedrigem Niveau. Zudem stagnieren die

Kapitaleinkommen, wodurch die Innenfinanzierung in deutlich geringerem Ausmaß als Quelle der Investitionsfinanzierung zur Verfügung steht. Für 2025 geplante Investitionsvorhaben wurden teils gestrichen und häufig verkleinert. Per Saldo sind die Einschränkungen in den Bereichen Vorprodukte und Investitionsgüter besonders ausgeprägt. Bei Produzenten von Konsumgütern ist der Ausblick zweigeteilt: Während der Saldo im Bereich der dauerhaften Konsumgüter (Gebrauchsgüter) deutlich negativ ausfällt, ist er im Bereich Verbrauchsgüter leicht positiv (Übersicht 2).

Übersicht 1: Investitionen

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2024				Saldo	2025			
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken	Saldo		Steigen	Gleich geblieben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte	
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	26	36	38	- 13	23	40	37	- 14	
Verkehr und Lagerei	20	51	30	- 10	29	41	31	- 2	
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	25	40	34	- 9	32	38	29	3	
Information und Kommunikation	23	55	22	1	22	56	22	- 1	
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	32	54	14	18	27	55	18	9	
Grundstücks- und Wohnungswesen	32	44	25	7	32	52	16	16	
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	29	53	18	11	24	60	16	7	
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	15	61	24	- 9	11	75	15	- 4	
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	28	53	19	8	23	61	16	7	
Kleine und mittlere Unternehmen	24	45	31	- 7	23	49	29	- 6	
Großunternehmen	27	42	32	- 5	26	45	29	- 4	

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

Übersicht 2: Investitionen der Sachgütererzeugung

	2024				Saldo	2025			
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken	Saldo		Steigen	Gleich geblieben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte	
Vorprodukte	25	26	49	- 24	22	34	44	- 22	
Investitionsgüter	25	48	27	- 3	22	45	33	- 10	
Kraftfahrzeuge	65	18	17	48	50	0	50	1	
Konsumgüter	30	40	30	1	27	48	25	1	
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	20	43	37	- 16	19	53	28	- 10	
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	32	40	29	3	28	47	25	3	
Nahrungsmittel und Getränke	40	36	24	15	27	44	29	- 3	

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

Regional schwankt die Investitionsbereitschaft erheblich, was sowohl an den Werten für 2025 als auch an der Veränderung der Salden gegenüber dem Vorjahr ablesbar ist. Für 2025 meldeten Unternehmen im Burgenland, Oberösterreich, der Steiermark, Vorarlberg und Niederösterreich mehrheitlich Kürzungen ihrer Investitionen. In Kärnten, Salzburg und Tirol erwarten die Unternehmen

dagegen mehrheitlich Ausweitungen. In Wien halten sich positive und negative Meldungen die Waage. Auch im Vergleich mit dem Vorjahr zeigt sich ein gemischtes Bild. In Kärnten, Tirol, Salzburg und Wien haben sich die Salden gegenüber 2024 verbessert, deutlich verschlechtert dagegen im Burgenland (Übersicht 3).

Unternehmen im Burgenland, der Steiermark, Vorarlberg, Oberösterreich und Niederösterreich dürften 2025 teils deutlich weniger investieren als im Vorjahr.

Übersicht 3: **Investitionen nach Bundesländern**

	2024				2025			
	Gestiegen	Gleich geblieben	Gesunken	Saldo	Steigen	Gleich bleiben	Sinken	Saldo
	In % der Meldungen			Prozentpunkte	In % der Meldungen			Prozentpunkte
Wien	24	50	26	- 2	24	53	24	0
Niederösterreich	25	45	30	- 4	20	54	26	- 6
Burgenland	41	18	41	1	27	12	61	- 33
Steiermark	18	53	29	- 10	23	42	35	- 12
Kärnten	32	26	42	- 10	38	39	24	14
Oberösterreich	24	36	39	- 15	17	50	33	- 16
Salzburg	27	51	22	4	32	46	22	10
Tirol	25	44	32	- 7	33	45	22	11
Vorarlberg	27	45	28	- 2	23	45	32	- 9

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. Die zugrundeliegenden Fragen lauten: "Im Vergleich zum vorletzten Jahr sind unsere Investitionen im Vorjahr . . ." und "Im Vergleich zum Vorjahr werden unsere Investitionen heuer . . .".

Gewichtung

Es wurden zwei verschiedene Gewichtungsansätze gewählt, einer für die Beobachtungen innerhalb der Branchen und ein zweiter für Branchengruppen bzw. Sektoren.

Für einzelne Branchen werden die jeweiligen Beschäftigungsstände der Unternehmen als Gewichte herangezogen. Da Österreichs Wirtschaftsstruktur von wenigen Großunternehmen dominiert wird, werden Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten mit einem Maximalwert von 250 berücksichtigt, d. h. sie erhalten – relativ gesehen – ein geringeres Gewicht als ihnen aufgrund der Beschäftigtenanzahl tatsächlich zustünde.

Um gewichtete Aggregate von Branchengruppen zu erhalten (z. B. für die Klasse der "Konsumgüterproduzenten" oder den "Dienstleistungssektor" insgesamt), werden Gewichte auf sektoraler Ebene anhand der Variable "Gesamtinvestitionen" in den Daten der Leistungs- und Strukturhebung (LSE) der Statistik Austria berechnet. Die LSE ist die wichtigste Quelle für offizielle Investitionsdaten in Österreich. Um mögliche Verzerrungen aufgrund konjunktureller Schwankungen zu minimieren, wurde für die Berechnung der Gewichte – d. h. der Anteile der Branchengruppen an den Gesamtinvestitionen – ein mehrjähriger Durchschnitt für den Zeitraum 2017/2021 herangezogen.

1.2 Investitionen in allen Kategorien rückläufig

Jeweils im Frühjahr werden in der Umfrage ergänzende Informationen zu drei Unterkategorien erhoben, aus denen sich die Gesamtinvestitionen zusammensetzen:

- Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen,
- Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur,
- Investitionen in immaterielle Anlagegüter (z. B. Investitionen in Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente).

Erhoben werden diese Daten sowohl für das jeweils laufende Kalenderjahr zum Zeitpunkt der Erhebung – die aktuelle Befragung wurde im März 2025 durchgeführt – als auch

für das Vorjahr. Die vorgegebenen Antwortmöglichkeiten lauteten "steigen", "gleich bleiben" und "sinken". Um die Darstellung möglichst kompakt zu halten, werden im Folgenden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen, wieder jeweils für das laufende und das vorangegangene Jahr.

Im Bereich Ausrüstungsinvestitionen ist bis auf eine geringfügige Verbesserung in der Sachgütererzeugung keine nennenswerte Erholung erkennbar (Übersicht 4). Neben Sachgütererzeugern planen auch Unternehmen zahlreicher Dienstleistungsbereiche mehrheitlich Kürzungen ihrer Ausrüstungsinvestitionen, etwa in der Beherbergung und Gastronomie, dem Grundstücks- und Wohnungswesen, der Information und Kommunikation, Verkehr und Lagerei, den sonstigen wirt-

Derzeit zeigt sich eine Bodenbildung der schwachen Investitionsdynamik in immaterielle Anlagegüter.

schafflichen Dienstleistungen und den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen.

Neuerliche Ausweitungen ihrer Infrastrukturinvestitionen planen Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie

Unternehmen des Grundstücks- und Wohnungswesens. Im Vorjahresvergleich sind auch in Verkehr und Lagerei und in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen Verbesserungen erkennbar, wenngleich die Salden weiterhin klar negativ sind.

Übersicht 4: Investitionen nach Investitionskategorien

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	2024			2025		
	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾
	Saldo in Prozentpunkten					
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	- 15	- 19	6	- 13	- 19	- 9
Verkehr und Lagerei	- 11	- 22	- 1	- 9	- 13	- 6
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	- 12	- 16	- 2	- 7	- 15	3
Information und Kommunikation	2	- 6	25	- 9	- 9	19
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	- 2	27	25	1	10	13
Grundstücks- und Wohnungswesen	- 23	24	12	- 21	10	- 20
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	5	- 6	27	- 4	- 9	20
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	- 13	- 23	2	- 16	- 11	3
Dienstleistungen insgesamt (gewichtet)	- 8	2	18	- 8	1	4
Kleine und mittlere Unternehmen	- 12	- 15	8	- 11	- 16	- 2
Großunternehmen	- 8	- 12	9	- 10	- 9	2

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – ¹⁾ Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – ²⁾ Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – ³⁾ Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

Übersicht 5: Investitionen der Sachgütererzeugung nach Investitionskategorien

	2024			2025		
	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾
	Saldo in Prozentpunkten					
Vorprodukte	- 22	- 28	- 2	- 24	- 24	- 15
Investitionsgüter	- 8	- 13	3	- 8	- 17	- 11
Kraftfahrzeuge	43	12	- 1	19	3	- 21
Konsumgüter	- 8	- 9	29	7	- 10	11
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter)	- 28	- 3	15	- 6	- 12	- 4
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	- 5	- 10	31	9	- 10	14
Nahrungsmittel und Getränke	8	- 9	34	8	- 12	22

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2024. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – ¹⁾ Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – ²⁾ Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – ³⁾ Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

KMU reduzieren ihre Investitionen im Jahr 2025 über alle Kategorien hinweg, Großunternehmen weiten lediglich immaterielle Investitionen aus.

Bei den immateriellen Anlageinvestitionen ist das Bild bei rückläufigem Gesamttrend uneinheitlich. So steht dem negativen Saldo in der Herstellung von Waren ein positiver in den Dienstleistungen gegenüber. Investitionsausweitungen planen vor allem freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleister, Unternehmen der Information und Kommunikation sowie Erbringer von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen.

In der Zusammenschau ist die Abschwächung der Investitionsdynamik im Jahr 2025 somit von den Ausrüstungs- und Infrastrukturinvestitionen getragen. Die immateriellen

Investitionen dürften den Rückgang dämpfen.

Nach Unternehmensgröße zeigen sich kaum Unterschiede in den Investitionsabsichten. Im Fall der KMU sind die Salden aller drei Investitionskategorien negativ. Großunternehmen wollen 2025 lediglich die Investitionen in immaterielle Anlagegüter ausweiten, allerdings etwas schwächer als im Vorjahr. Gegenüber 2024 verschlechterten sich die Salden vor allem bei den immateriellen Anlageinvestitionen (Übersicht 4).

Innerhalb der Sachgütererzeugung ist der Ausblick uneinheitlich. Der kräftige Investi-

tionsrückgang in der Vorproduktindustrie und bei den Herstellern von Investitionsgütern spiegelt sich in allen drei Investitionskategorien. Produzenten von Konsumgütern planen zwar Kürzungen der Infrastruktur-

investitionen, einschließlich der Investitionen in Gebäude oder Grundstücke, wollen jedoch die Ausrüstungsinvestitionen und die immateriellen Investitionen ausweiten (Übersicht 5).

Übersicht 6: Investitionen nach Bundesländern und Investitionskategorien

	2024			2025		
	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾	Ausrüstungen ¹⁾	Infrastruktur ²⁾	Immaterielle Anlagegüter ³⁾
	Saldo in Prozentpunkten					
Wien	- 6	- 4	16	- 5	- 18	15
Niederösterreich	- 7	- 12	7	- 8	- 10	- 9
Burgenland	- 17	- 30	- 20	- 54	- 29	- 19
Steiermark	- 17	- 16	10	- 16	- 19	- 2
Kärnten	- 17	- 19	5	11	3	20
Oberösterreich	- 16	- 22	2	- 21	- 19	- 13
Salzburg	4	6	13	0	- 8	- 2
Tirol	- 15	- 23	12	- 2	2	8
Vorarlberg	- 3	- 17	12	- 8	- 12	- 5

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. Für eine kompakte Darstellung werden lediglich die Salden aus positiven und negativen Antworten ausgewiesen. – ¹⁾ Investitionen in Maschinen und Ausrüstungen. – ²⁾ Investitionen in Grundstücke, Gebäude, Infrastruktur. – ³⁾ Investitionen in immaterielle Anlagegüter (Forschung und Entwicklung, Software-Lizenzen, Patente u. Ä.).

2. Literaturhinweise

- Christen, E., Friesenbichler, K. S., & Hölzl, W. (2025). Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. *WIFO-Monatsberichte*, 98(5), 269-282. <https://www.wifo.ac.at/publication/426595/>.
- Glocker, C., & Ederer, S. (2025). Österreich kehrt langsam auf den Wachstumspfad zurück. Prognose für 2025 und 2026. *WIFO-Konjunkturprognose*, (2). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/60170823>.
- Friesenbichler, K. S., Bilek-Steindl, S., & Glocker, C. (2021). Österreichs Investitionsperformance im internationalen und sektoralen Vergleich. *Erste Analysen zur COVID-19-Krise*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4673721>.
- Friesenbichler, K., Strauss-Kollin, A., & Robubi, A. (2024). Ertragskraft der österreichischen Sachgütererzeugung 2023 rückläufig. *WIFO-Monatsberichte*, 97(8), 445-456. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/53862166>.
- Hölzl, W., Bierbaumer, J., Klien, M., & Kügler, A. (2025). Vorsichtige Verbesserung der Konjunktüreinschätzungen. Ergebnisse des WIFO-Konjunkturtests vom Mai 2025. *WIFO-Konjunkturtest*, (5). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58624698>.
- Hubmann, G. (2025). Sinkende Zinsen beleben Nachfrage nach Wohnbaukrediten. *OeNB Reports*, (2025/7). <https://www.oenb.at/Publikationen/Volkswirtschaft/reports/2025/oenb-report-2025-7-bls/html-version.html>.

3. Anhang: Repräsentationsgrad der WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025

Übersicht 1: Repräsentationsgrad der Stichprobe

Nach ÖNACE-Abschnitten und Unternehmensgröße

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Verarbeitendes Gewerbe bzw. Herstellung von Waren	505	48.358	661.363	7,3
Verkehr und Lagerei	163	7.263	187.867	3,9
Gastgewerbe bzw. Beherbergung und Gastronomie	361	14.527	191.362	7,6
Information und Kommunikation	134	7.621	101.145	7,5
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	38	3.986	102.985	3,9
Grundstücks- und Wohnungswesen	60	2.915	29.568	9,9
Freiberufliche, wissenschaftliche und technische Dienstleistungen	342	12.784	133.500	9,6
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	148	9.053	224.431	4,0
Kleine und mittlere Unternehmen²⁾	1.964	83.657	840.864	9,9
Großunternehmen²⁾	161	40.250	791.357	5,1

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2022 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

Übersicht 2: Repräsentationsgrad der Stichprobe – Sachgütererzeugung

	Zahl der Meldungen	Beschäftigte		Repräsentationsgrad in %
		Gemeldet	Insgesamt ¹⁾	
Vorprodukte ²⁾	214	21.957	289.956	7,6
Investitionsgüter ²⁾	143	15.799	213.686	7,4
Kraftfahrzeuge	11	1.877	36.648	5,1
Konsumgüter	147	10.577	157.721	6,7
Dauerhafte Konsumgüter (Gebrauchsgüter) ²⁾	52	2.865	32.066	8,9
Nichtdauerhafte Konsumgüter (Verbrauchsgüter)	95	7.712	125.655	6,1
Nahrungsmittel und Getränke	57	5.018	79.984	6,3

Q: WIFO-Investitionsbefragung vom Frühjahr 2025. Um die Stichprobenziehung des WIFO-Konjunkturtests zu spiegeln, werden bei der Berechnung der Beschäftigung insgesamt Unternehmen mit weniger als 10 Beschäftigten nicht berücksichtigt. – ¹⁾ Statistik Austria, Leistungs- und Strukturerhebung 2022 (letzter verfügbarer Stand). – ²⁾ Für jene Positionen, die Statistik Austria aufgrund der gesetzlichen Geheimhaltungspflicht nicht veröffentlicht, wurden Durchschnittswerte angesetzt.

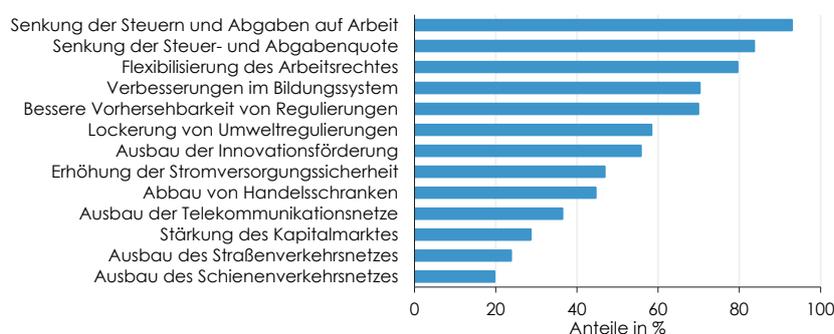
Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit

Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025

Werner Hölzl, Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler, Birgit Meyer

- Die österreichischen Industrieunternehmen stufen sich vor allem hinsichtlich der Anpassung an Kundenwünsche, des Kundenvertrauens und der Produktqualität als international wettbewerbsfähig ein.
- Schwächen verorten sie in Bezug auf die Preise, die Digitalisierung und die Effizienz der Produktionsverfahren.
- Produktionsauslagerungen sind im Vergleich zu den bisherigen Befragungen wahrscheinlicher geworden. Rund 30% der Unternehmen planen, ihre Produktion im Ausland auszubauen.
- Der Kompetenzaufbau für Produktentwicklungen stagniert infolge der schwachen Industriekonjunktur. Zugleich dürfte die Neigung, neue Kernkompetenzen zu entwickeln, infolge der Kostensteigerungen und der hohen Unsicherheit abgenommen haben.
- Die wirtschaftspolitische Unsicherheit, die derzeit vor allem durch globale Risikofaktoren bestimmt wird, beeinflusst die Investitionsbereitschaft, den Kompetenzaufbau und Verlagerungspläne.
- Wichtige wirtschaftspolitische Stellschrauben wären für die befragten Unternehmen die Senkung von Steuern und Abgaben, die Flexibilisierung des Arbeitsrechtes, Verbesserungen im Bildungsbereich sowie eine Erhöhung der regulatorischen Planungssicherheit.

Von den Unternehmen als "sehr wichtig" oder "wichtig" eingeschätzte Veränderungen zur Sicherung des Standortes Österreich



"Rund 30% der Unternehmen planen, in den nächsten fünf Jahren Teile der Produktion ins Ausland zu verlagern. Als Gründe nennen sie vorrangig die geringeren Personal- und Energiekosten."

Auswertung der Antworten auf die Frage "Wie wichtig wären Veränderungen in den folgenden wirtschaftspolitischen Bereichen in Österreich, um die Präsenz Ihres Unternehmens am österreichischen Standort langfristig sicherzustellen?" (Q: WIFO-Industriebefragung).

Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit

Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025

Werner Hölzl, Klaus Friesenbichler, Agnes Kügler, Birgit Meyer

Herausforderungen und Determinanten der Wettbewerbsfähigkeit in Zeiten globaler Unsicherheit. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2025

Das WIFO befragte im Frühjahr 2025 zum vierten Mal die größten österreichischen Industrieunternehmen zu Wettbewerbsstrategien, Wertschöpfungsketten, Kompetenzaufbau und Standortpolitik. Die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Unternehmen fußt neben ihrer Fähigkeit, Produkte an Kundenwünsche anzupassen, auf dem Kundenvertrauen und der Produktqualität. Wettbewerbsnachteile werden mit Blick auf die Digitalisierung, die Effizienz der Produktionsmethoden und die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verortet. Die Bereitschaft der befragten Unternehmen, zumindest Teile ihrer Produktion ins Ausland zu verlagern, hat zugenommen. Die derzeit von globalen Risikofaktoren bestimmte wirtschaftspolitische Unsicherheit hemmt Investitionen und begünstigt Produktionsverlagerungen. Infolge der schwachen Industriekonjunktur dürften die Unternehmen ihren technologischen Kompetenzaufbau an das veränderte Umfeld angepasst haben.

JEL-Codes: D22, L20, L52 • **Keywords:** WIFO-Industriebefragung, Wettbewerbsfähigkeit, Standortpolitik, Unternehmensstrategien, Industrie, Kompetenzaufbau, Österreich

Begutachtung: Michael Peneder • **Wissenschaftliche Assistenz:** Tobias Bergsmann (tobias.bergsmann@wifo.ac.at), Alexandros Charos (alexandros.charos@wifo.ac.at), Nicole Schmidt-Padickakudy (nicole.schmidt-padickakudy@wifo.ac.at), Tim Slickers (tim.slickers@wifo.ac.at) • Abgeschlossen am 16. 7. 2025

Kontakt: Werner Hölzl (werner.hoelzl@wifo.ac.at), Klaus Friesenbichler (klaus.friesenbichler@wifo.ac.at), Agnes Kügler (agnes.kuegler@wifo.ac.at), Birgit Meyer (birgit.meyer@wifo.ac.at)

Challenges and Determinants of Competitiveness in Times of Global Uncertainty. Results of the WIFO Industry Survey 2025

In spring 2025, WIFO surveyed Austria's largest industrial companies for the fourth time on competitive strategies, value chains, skills development and location policy. In addition to their ability to adapt products to customer requirements, the competitiveness of Austrian companies is based on customer trust and product quality. Competitive disadvantages are identified with regard to digitalisation, the efficiency of production methods and price competitiveness. The willingness of the companies surveyed to relocate at least parts of their production abroad has increased. The current economic uncertainty caused by global risk factors is inhibiting investment and favouring the relocation of production. As a result of the weak industrial economy, companies are likely to have adapted their technological expertise to the changed environment.

1. Einleitung

Das WIFO führte von März bis Mai 2025 zum vierten Mal seine Industriebefragung durch¹⁾, welche die Spezialisierungs- und Wertschöpfungsstrategien österreichischer Industrieunternehmen abbilden soll. Der Fokus der Befragung liegt auf etablierten Unternehmen, welche die Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie prägen und zugleich ein wichtiges Moment von Wachstum und Innovation sind (Garcia-Macia et al., 2019).

Während die dritte Befragungswelle im Jahr 2022 in die Phase des Aufschwungs nach Überwindung der COVID-19-Krise fiel, die von Lieferengpässen, aber auch einer sehr

dynamischen Industriekonjunktur gekennzeichnet war, bildet die Industriebefragung 2025 eine herausfordernde Zeitspanne ab. Beginnend mit der Energiekrise schrumpfte die heimische Industrieproduktion 2023 und 2024, womit sich auch die Diskussion um die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie neu entzündete. Ursächlich für die Industrierezession waren die Nachfrageflaute, die aus der gedämpften Industriekonjunktur in wichtigen Exportdestinationen folgte, die hohe geopolitische Unsicherheit und die Preisanstiege infolge der Energiekrise. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Sachgütererzeugung wurde durch die – relativ zu den wich-

¹⁾ Die erste Befragung österreichischer Unternehmen zu Wettbewerbsfähigkeit, Standortfaktoren und Markt-

strategien fand von Juni bis September 2016 statt (Hölzl et al., 2016, 2017).

tigsten Handelspartnern – höheren Energiepreise, die lebhaftere Inflation und die damit zusammenhängenden höheren Lohnsteigerungen belastet (vgl. Christen et al., 2025).

Zur vierten WIFO-Industriebefragung wurden insgesamt 1.055 österreichische Industrieunternehmen eingeladen. Davon haben 293 an der Befragung teilgenommen und 279 den Fragebogen nahezu vollständig beantwortet (Rücklaufquote: 26,4%). Die Unternehmen in der Stichprobe sind in den verschiedenen Branchen der Sachgütererzeugung angesiedelt: Die meisten Unternehmen sind im Maschinenbau (15,7%), in der Herstellung von Metallerzeugnissen (10,2%) und

der Herstellung von Nahrungs- und Futtermitteln (10,2%) tätig²⁾. Rund 26,8% der Unternehmen sind nach Selbsteinschätzung Hersteller von Investitionsgütern. Die zweitgrößte Gruppe stellen Hersteller und Zulieferer von Komponenten (20,2%), die drittgrößte Hersteller von Konsumgütern (18,0%). Etwa 55% der befragten Unternehmen haben in Österreich weniger als 250 Beschäftigte, 25% beschäftigen zwischen 250 und 500 Arbeitskräfte und rund 20% mehr als 500. Die Mehrheit der befragten Unternehmen ist Teil einer internationalen (40,6%) oder einer österreichischen Unternehmensgruppe (39,2%); 20,1% der Unternehmen sehen sich nicht als Teil einer Unternehmensgruppe.

2. Anpassung an Kundenwünsche, Produktqualität und Technologiegehalt bleiben zentrale Wettbewerbsvorteile

Weitgehend unverändert zur Industriebefragung 2022 fallen die Selbsteinschätzungen zur strategischen Grundhaltung aus: So geben die meisten der befragten Unternehmen an, eine Nischenstrategie (26,6%) oder Qualitätsführerschaft (30,5%) zu verfolgen. Nur 5,5% haben das Ziel der Preis- und Kostenführerschaft. 16,4% der Unternehmen wollen flexibel auf den Markt reagieren, weitere 20,3% verfolgen breite Differenzierungsstrategien.

Der hohe Stellenwert von Qualität und Spezialisierung zeigt sich bei der Einschätzung der Wettbewerbsvorteile. So erkennen die Unternehmen vor allem in der Anpassung an Kundenwünsche, d. h. dem Customising (64,0%), der Reputation und dem Kundenvertrauen (61,2%), der Qualität ihrer Produkte (59,0%) und der Breite ihres Produktportfolios (54,9%) Vorteile gegenüber den wichtigsten Mitbewerbern. Auch die Tiefe des Produktportfolios (51,8%), der technologische Gehalt der Produkte (48,0%) und die Qualifikation der Belegschaft (41,4%) werden als Wettbewerbsvorteile angeführt. Die Nachteile gegenüber den wichtigsten Mitbewerbern liegen hingegen klar beim Preis (64,6%), der Unternehmensgröße (28,5%) und dem Marketing (25,2%). Zudem hält sich fast jedes fünfte Unternehmen im Bereich Digitalisierung (20,5%) und hinsichtlich der Effizienz der Produktionsverfahren (20,6%) für schlechter positioniert als die Konkurrenz.

Der Vergleich mit früheren Befragungen zeigt die hohe Persistenz dieses Stärken-Schwächen-Profiles: Die bestimmenden Faktoren und die Anteile der Nennungen verändern sich über die vier Wellen der WIFO-Industriebefragung nur geringfügig. Insbesondere die Defizite hinsichtlich der Effizienz von Produktionsverfahren bei vergleichsweise hohen Energiekosten sind in den letzten Jahren zum vordringlichen Problem für

die internationale Wettbewerbsfähigkeit heimischer Unternehmen geworden. Handlungsbedarf besteht auch weiterhin im Bereich der Digitalisierung, worauf bereits durch verschiedene Studien zu ihrem Stand in Österreich (z. B. Hölzl et al., 2019) hingewiesen wurde.

Abbildung 1 stellt den Anteil der befragten Unternehmen, die einen Bedeutungsgewinn bestimmter Wettbewerbsfaktoren in ihrer Branche erwarten (x-Achse), dem Anteil der Unternehmen gegenüber, die angeben, bereits heute einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren Mitbewerbern zu haben (y-Achse). Diese Darstellung ermöglicht es, Chancen und nicht ausgeschöpfte Potenziale von Wettbewerbsfaktoren abzulesen.

Im rechten oberen Quadranten befinden sich jene Faktoren, die überdurchschnittlich viele der befragten Unternehmen als Wettbewerbsvorteile identifizieren und die sie gleichzeitig überdurchschnittlich oft als wichtiger werdend einschätzen. Bedeutende, in der Befragung genannte Strategieelemente, wie Reputation und Kundenzufriedenheit, Customising, der technologische Gehalt der Produkte und die Qualifikation der Belegschaft, sind nach Einschätzung der Unternehmen bereits gut umgesetzt und werden auch in Zukunft die Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen begünstigen.

Der rechte untere Quadrant in Abbildung 1 enthält hingegen jene Faktoren, die aus Sicht der Unternehmen künftig wichtiger werden, bei denen sich aber nur wenige Unternehmen im Vorteil gegenüber ihren Mitbewerbern sehen. So rechnen jeweils rund 80% der befragten Unternehmen mit einem Bedeutungsgewinn der Digitalisierung und der Effizienz von Produktionsverfahren. Der Preis bzw. die Produktionskosten werden für

Die befragten Unternehmen sehen sich beim Preis, der Digitalisierung und der Effizienz von Produktionsverfahren gegenüber ihren Mitbewerbern im Nachteil.

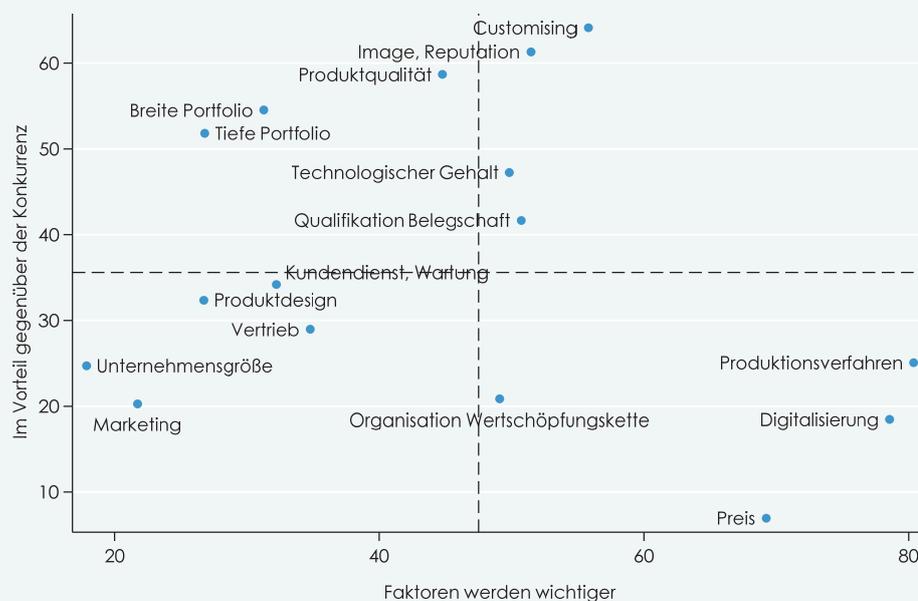
²⁾ Die befragten Unternehmen sind insgesamt in 32 verschiedenen NACE-Abteilungen (Zweistellern) tätig.

rund 69% der befragten Unternehmen künftig eine bedeutendere Rolle als Wettbewerbsfaktor spielen als bisher. Bei allen drei

Faktoren hinken die befragten Unternehmen in ihrer Selbstwahrnehmung deutlich der Konkurrenz hinterher.

Abbildung 1: **Aktuelle Wettbewerbsvorteile und Faktoren mit Einfluss auf die künftige Wettbewerbsfähigkeit**

Anteile an allen Unternehmen in %



Q: WIFO-Industriebefragung. Auswertung der Antworten auf die Fragen 11 ("Wie schätzen Sie Ihr Unternehmen im Vergleich zu seinen wichtigsten Konkurrenten ein?") und 14 ("Welche Faktoren werden in Zukunft für die Wettbewerbsfähigkeit in Ihrer Branche wichtiger bzw. weniger wichtig als heute sein?"). Die strichlierten Linien kennzeichnen die Durchschnittswerte der beiden Fragen über alle Faktoren hinweg.

Für 56,0% der Unternehmen wird das Customising weiter an Bedeutung gewinnen. Rund die Hälfte der Unternehmen betrachten Image und Reputation, die Qualifikation der Belegschaft, den technologischen Gehalt ihrer Produkte und die Organisation der Wertschöpfung als Elemente, die in Zukunft wichtiger werden. Diese Faktoren stufen die Unternehmen mehrheitlich als Quellen von Wettbewerbsvorteilen ein, die erhalten bleiben sollen.

Ein Vergleich mit den Ergebnissen früherer WIFO-Industriebefragungen unterstreicht den Stellenwert der Wettbewerbsfaktoren

Digitalisierung, Produktionseffizienz und Preis für österreichische Unternehmen. So ist der Anteil der Unternehmen, die die künftige Rolle des digitalen Wandels und effizienter Produktionsverfahren als wichtig erachten, weiterhin hoch, während zuletzt wesentlich mehr Unternehmen als bisher auf den Bedeutungsgewinn des Preises als Wettbewerbsfaktor hinwiesen. Hinsichtlich der Wettbewerbsvorteile gegenüber Mitbewerbern gab es seit der ersten Befragungswelle im Jahr 2016 hingegen keine großen Veränderungen (vgl. Kügler et al., 2020; Reinstaller et al., 2022).

3. Produktionsverlagerungen ins Ausland deutlich wahrscheinlicher

Fast alle der im Frühjahr 2025 befragten Unternehmen (94,6%) führen zentrale Produktions- und Fertigungsschritte selbst durch. Die Gründe dafür liegen vorrangig in der Sicherung der Qualität sowie in der Qualifikation und dem Know-how der Mitarbeiter:innen, die 63,5% bzw. 63,2% der Unternehmen als sehr wichtig einschätzen. Die Kontrolle der Wertschöpfungsketten (50,8%) und Kostenvorteile am österreichischen Standort werden von rund jedem zweiten Unternehmen (49,6%) als sehr wichtig eingestuft. Dies deutet darauf hin, dass Österreich den Industrie-

unternehmen trotz der gestiegenen Lohnkosten noch ein Umfeld mit Kostenvorteilen bietet.

Die Überwiegende Mehrheit der Unternehmen führt auch Forschung und Entwicklung bzw. Produktentwicklung selbst durch (84,2%). Auch hierfür ist die Qualifikation der eigenen Arbeitskräfte ein zentraler Grund (sehr wichtig: 68,6%), vor dem Schutz des intellektuellen Eigentums (67,8%), der Möglichkeit der strategischen Einflussnahme auf die Technologieentwicklung (64,9%) sowie

Für die Entscheidung, Produktion sowie Forschung und Entwicklung innerbetrieblich durchzuführen, sind die Qualifikation und das Know-how der Beschäftigten wichtig.

der Untrennbarkeit von Produktentwicklung und Produktion (62,9%). Ähnlich wie bereits in der Industriebefragung 2022 überwiegen bei den Unternehmen strategische Überlegungen. Dies deutet auf eine höhere strategische Bedeutung von Innovationen und neuen Produktentwicklungen in einem angespannten Wettbewerbsumfeld hin. Im Bereich Forschung und Entwicklung spielen Kostenüberlegungen keine bestimmende Rolle.

Wenngleich die Mehrheit der Unternehmen weder die Kontrolle über die Fertigung noch über die Produktentwicklung abgeben will und viele Unternehmen betonen, dass Produktion und Produktentwicklung nur schwer trennbar sind, bedeutet dies nicht, dass alle Unternehmensfunktionen in Österreich angesiedelt sein müssen. Während Forschung und Entwicklung (57%) sowie Design und Produktpassung (55%) mehrheitlich ausschließlich in Österreich durchgeführt werden, zeigt sich bei anderen Funktionen die ausgeprägte internationale Orientierung der heimischen Industrieunternehmen: So gaben 58% an, Verkauf, Marketing und Vertrieb teils in Österreich und teils im Ausland durchzuführen. Bei der Produktion waren es 54%, bei Kundendienst und Wartungsarbeiten 53%. Das strategische Management ist in etwa 11% der befragten Unternehmen ausschließlich im Ausland angesiedelt. Gegenüber der Befragung 2022 sind keine markanten Unterschiede erkennbar.

Deutlich zugenommen hat hingegen die Bereitschaft, Unternehmensfunktionen ins Ausland zu verlagern ("Offshoring"): Der Anteil der Unternehmen, die beabsichtigen, in den kommenden fünf Jahren zumindest eine

Unternehmensfunktion (teilweise) ins Ausland zu verlagern, stieg zwischen 2022 und 2025 von 13% auf rund 35%, während nur rund 5% der Unternehmen eine (Rück-)Verlagerung von Aktivitäten nach Österreich planen. Von Auslagerungsplänen ist besonders die Produktion betroffen. Etwas weniger als ein Drittel der Unternehmen (30,1%) plant eine Produktionsverlagerung ins Ausland. Damit hat sich der Anteil gegenüber den WIFO-Industriebefragungen 2019 und 2022 mehr als verdoppelt. Jeweils rund 10% der Unternehmen gaben zuletzt an, Einkauf sowie Design und Produktpassung zumindest teilweise auslagern zu wollen.

Die Gründe für das Offshoring können vielfältig sein. In der Befragung werden vor allem Kostenmotive als Gründe für Produktionsverlagerungen angeführt: Neben den Personalkosten (87%) spielen auch die Energiekosten (50%) eine wichtige Rolle. Dies bestätigt die Ergebnisse der Sonderbefragung aus dem Jahr 2023 (Hözl et al., 2023), wonach der Energiepreisschock die Verlagerungswahrscheinlichkeit erhöht hatte. Als weitere Gründe für Produktionsverlagerungen nennen jeweils gut ein Drittel der Unternehmen das regulatorische Umfeld in Österreich (37%) und die niedrigeren Steuern und Abgaben im Ausland (36%). Ein weiteres Viertel der Unternehmen führt Umstrukturierungen (25%) als Grund an. Von den Unternehmen, die Produktionsverlagerungen planen, erwägen rund 42% Südostasien (einschließlich China) und 33% Ost- und Südosteuropa als mögliche Standorte. Die USA werden trotz der zollpolitischen Verwerfungen nur von rund 2% der Unternehmen als attraktive Zielregion eingestuft.

4. Trotz hoher Exportneigung bleibt die Internationalisierung in Industrieländern außerhalb der EU herausfordernd

Internationalen Märkten kommt für kleine offene Volkswirtschaften wie Österreich sowohl hinsichtlich des Absatzpotenzials als auch der internationalen Konkurrenz entscheidende Bedeutung zu (Christen et al., 2016). Demgemäß gibt die überwiegende Mehrheit der befragten Unternehmen an, dass ihre drei wichtigsten Mitbewerber im Ausland beheimatet sind. Rund 35% der Unternehmen nannten Österreich als Sitz eines der drei wichtigsten Mitbewerber, rund 40% Westeuropa. Am häufigsten (72%) sind das deutschsprachige Ausland, also Deutschland, Schweiz und Lichtenstein, Unternehmenssitz der wichtigsten Konkurrenten. Es folgen Südostasien (einschließlich China, 27% der Unternehmen), die USA (13%) und andere Länder (10%). Nur rund 18% der Unternehmen verorten einen ihrer drei wichtigsten Konkurrenten in den neuen EU-Mitgliedsländern. Gegenüber der Erhebungswelle von 2022 zeigen sich nur geringe Verschiebungen, allerdings ist ein leichter Bedeu-

tungsgewinn von Mitbewerbern aus Südostasien (einschließlich China) erkennbar.

Die zentrale Rolle internationaler Märkte spiegelt sich auch in den hohen Exportquoten der befragten Unternehmen. Fast ein Drittel (30%) der Unternehmen gibt an, mehr als 90% des Umsatzes im Ausland zu erwirtschaften. Weitere 17% nennen Exportquoten zwischen 76% bis 90%, 31% Exportquoten zwischen 26% bis 75%. Nur 3,2% erzielen ihren Umsatz ausschließlich in Österreich.

Die wichtigsten Hauptmärkte sind das deutschsprachige Ausland (68% der befragten Unternehmen), Österreich (65%), Westeuropa (42%), die USA (26%), Ost- und Südosteuropa (24%) sowie Südostasien (einschließlich China; 21%). Als wichtige Nebenmärkte genannt werden vor allem Ost- und Südosteuropa (60%) sowie Westeuropa (45%). Künftige Bedeutungsgewinne erwarten die befragten Unternehmen insbesondere für Ost- und Südeuropa (36% wichtiger, 13% weniger

Die befragten Industrieunternehmen erwarten, dass die europäischen Exportmärkte in den nächsten Jahren weiter an Bedeutung gewinnen werden.

wichtig) und das deutschsprachige Ausland (31% wichtiger, 12% weniger wichtig; Übersicht 1). Die Einschätzungen zur zukünftigen Bedeutung der USA als Exportmarkt sind vor dem Hintergrund der unsteten Zollpolitik deutlich polarisiert: Während 30% der befragten Unternehmen den USA eine zunehmende Bedeutung zuweisen, denken 33%,

dass die USA als Zielmarkt an Gewicht verlieren werden. Ähnlich polarisiert sind nur die Einschätzungen zu Südostasien (einschließlich China). Bedeutungsverluste werden insbesondere anderen Industrienationen (ohne Europa, China und den USA) und Österreich zugeschrieben.

Übersicht 1: **Einschätzung der zukünftigen Bedeutung von Zielmärkten**

	Geografischer Zielmarkt wird . . .		
	Wichtiger	Gleich wichtig	Weniger wichtig
Österreich	13	65	22
Deutschsprachiges Ausland (Deutschland, Schweiz, Liechtenstein)	31	57	12
Westeuropa (14 EU-Länder, Großbritannien, EFTA)	25	59	15
Ost- und Südosteuropa	36	51	13
USA	30	37	33
Andere Industrieländer (z. B. Japan, Australien)	15	51	34
Südostasien (einschließlich China)	28	40	32

Q: WIFO-Industriebefragung. Auswertung der Antworten auf Frage 9 ("Wie schätzen Sie die Bedeutung der folgenden geografischen Zielmärkte für Ihr Unternehmen in den nächsten fünf Jahren im Vergleich zu jetzt ein?").

5. Rückgang der Risikoneigung im Kompetenzaufbau

Nur noch knapp über zwei Drittel der befragten Unternehmen (70,2%) haben in den vergangenen fünf Jahren neue Kompetenzen aufgebaut, die für eine Veränderung des Produktportfolios notwendig waren. Der Rückgang von etwa 5 Prozentpunkten im Vergleich zur Industriebefragung 2022 und von etwa 8 Prozentpunkten gegenüber der Welle 2019 ist zwar bedenklich, aber konsistent mit der prozyklischen Natur von Produkt- und Prozessinnovationen (vgl. Kügler et al., 2023; Friesenbichler et al., 2020)³).

Jene Unternehmen, die den Kompetenzaufbau in Angriff genommen haben, setzten vorwiegend auf Trainings- und Weiterbildungsmaßnahmen ihrer Stammbeslegschaft (66%), unternehmensinterne Forschung und Entwicklung (58%) und die Zusammenarbeit mit Kund:innen (60%). Der Zukauf von intellektuellem Eigentum über Lizenzen (2%) dient dagegen selten als Mittel zum Kompetenzaufbau. Nur jedes zehnte Unternehmen (10%) hat dafür Forscher:innen angeworben.

In den Befragungswellen 2016 und 2019 hatten die befragten Unternehmen noch eine eindeutige Tendenz gezeigt, ihre Kernkompetenzen verbreitern zu wollen. Während 2019 noch rund 76% angegeben hatten, neue Kompetenzen zur Stärkung ihrer technologischen Kernkompetenzen aufbauen zu wollen, fiel dieser Anteil 2022 um knapp 10 Prozentpunkte auf 64,2% und verharrte 2025 mit 63,5% auf ähnlichem Niveau. Im Jahr 2022 verfolgte allerdings noch beinahe die Hälfte der Unternehmen das Ziel, gänzlich neue Kernkompetenzen zu entwickeln

(47,3%), die als zukunftssträftig betrachtet werden. Dieser Anteil sank 2025 auf 41,6%. Mit dem Abschwung der Industriekonjunktur dürfte demnach nicht nur die Entwicklung neuer Technologien und Produkte, sondern auch die Risikoneigung in der Produktentwicklung zurückgegangen sein.

Unternehmen, die in den fünf Jahren vor der Erhebung vorwiegend auf die Vertiefung ihrer angestammten Kernkompetenzen hinarbeiteten (oberste Zeile in Abbildung 2), planen für die kommenden fünf Jahre weniger häufig als noch 2022, ihre Kernkompetenzen in vollkommen neuen Technologiefeldern zu verbreitern (25,7% nach 33,3% im Jahr 2022) oder neue Technologiefelder zur Verbreiterung der Kernkompetenzen aufzubauen (34,3% nach 45,8%). Das deutet darauf hin, dass diese Unternehmen auch in Zukunft keine größeren Risiken beim Kompetenzaufbau auf sich nehmen wollen.

Bei den Unternehmen, die in den vergangenen fünf Jahren eher auf die Verbreiterung ihrer Kompetenz setzten (mittlere Zeile in Abbildung 2), hat hingegen das Ambitionsniveau zugenommen: Statt 60% (2022) wollen nun mehr 43,3% (2025) diese Strategie beibehalten, während der Anteil der Unternehmen, die stattdessen neue Kernkompetenzen aufbauen wollen, von 32,7% auf 41,5% zulegte.

Von den Unternehmen, die bereits in den vergangenen fünf Jahren bestrebt gewesen waren, neue Kernkompetenzen aufzubauen (letzte Zeile in Abbildung 2), hat dagegen

³ Wie Hofmann und Kügler (2025) dokumentieren, stieg der Anteil der Unternehmen, die neue Produkte einführen, 2024 zwar an, blieb aber unter dem Ni-

veau vor Ausbruch der multiplen Krisen. Zudem planten die Unternehmen, ihre Ausgaben für Produktneueinführung zu reduzieren.

Infolge der Nachfrageschwäche und der hohen Unsicherheit haben die Unternehmen ihre Anstrengungen zum Kompetenzaufbau leicht verringert. Auch die Neigung, neue Kernkompetenzen zu entwickeln, hat abgenommen.

jedes fünfte Unternehmen (22,5%) sein Ambitionsniveau verringert und versucht nun eher, seine angestammten Kernkompetenzen zu verbreitern. Der Anteil der Unternehmen, die ihre ambitionierte Strategie des Aufbaus neuer technologischer Kompetenzen weiter fortsetzen wollen, sank von 75,3% (2022) auf 64,8% (2025). Die Unternehmen dürften ihre Risikoneigung bei der Entwicklung technologischer Kompetenzen somit an das unsichere Umfeld angepasst haben.

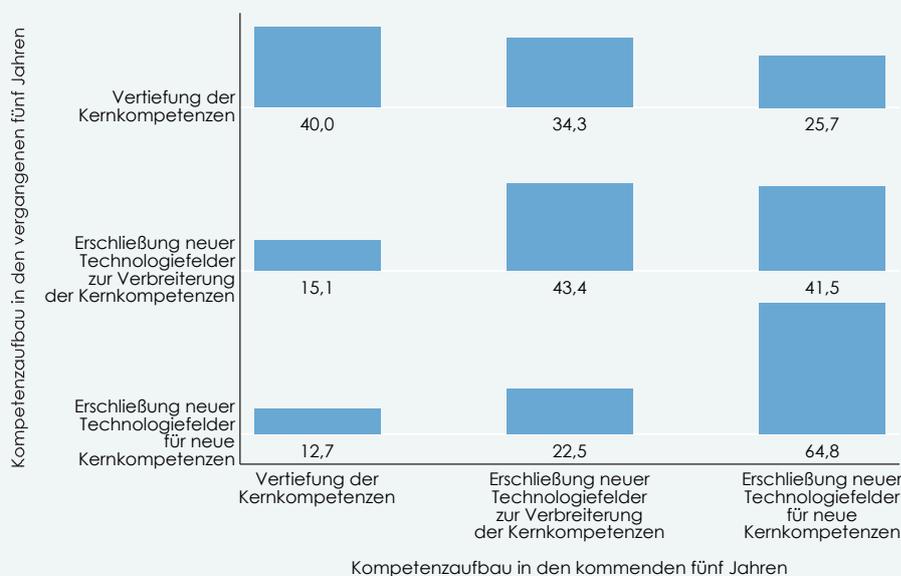
Standortpolitik ist ein entscheidender Bestimmungsgrund von Unternehmensstrategien. Als wichtigstes Element einer Standortpolitik, die den Kompetenzaufbau unterstützt, beur-

teilen die befragten Unternehmen die Verbesserung der Verfügbarkeit von Humankapital. Für 71,5% wäre eine höhere Verfügbarkeit von nichtakademischen Fachkräften aus dem In- und Ausland zentral für den Kompetenzaufbau. 49,2% der Unternehmen wünschen sich Qualitätsverbesserungen in der Lehrlingsausbildung, rund 39,5% eine Verbesserung von innovationsfördernden Regulierungen und Normen und 37,5% eine höhere Verfügbarkeit akademischer Fachkräfte aus dem In- und Ausland. Für 26,2% würde eine Steigerung der Qualität der Ausbildung an Fachhochschulen den Kompetenzaufbau im Unternehmen unterstützen.

Die befragten Unternehmen sehen bei der Verfügbarkeit von Fachkräften und in der Lehrlingsausbildung weiterhin Verbesserungspotenzial.

Abbildung 2: **Verbreiterung technologischer Kompetenzen**

Anteile an allen Unternehmen in %



Q: WIFO-Industriebefragung. Auswertungen der Antworten auf die Fragen 22 ("Welche Schwerpunktsetzung im Kompetenzaufbau hat Ihr Unternehmen in den letzten fünf Jahren verfolgt?") und 24 ("Welche Schwerpunktsetzung im Kompetenzaufbau wird Ihr Unternehmen in den nächsten fünf Jahren verfolgen?").

6. Handelskonflikte bestimmen die wirtschaftspolitische Unsicherheit

In der aktuellen Welle wurden die Unternehmen zum dritten Mal zur Abschätzbarkeit und Relevanz von verschiedenen nationalen und globalen wirtschaftspolitischen Risikofaktoren befragt. Schwer abschätzbare Risikofaktoren gehen mit einer hohen Unsicherheit einher, die zwar nicht direkt beobachtbar ist, aber die Planbarkeit von Investitionen und Beschäftigung beeinträchtigt.

Abbildung 3 zeigt zusammenfassend die Einschätzungen der Unternehmen zur Unsicherheit und Relevanz von wirtschaftspolitischen Risikofaktoren. Auf der vertikalen Achse sind die Einschätzungen zur Unsicherheit eingetragen, wobei höhere Werte einer geringeren Abschätzbarkeit des Risikofaktors entsprechen, und auf der horizontalen Achse die Einschätzungen zur Relevanz des Risiko-

faktors für das eigene Unternehmen. In der aktuellen Befragung wurden aufgrund der Zollpolitik der USA die Entwicklung der Weltwirtschaft und die internationale Handelspolitik am unsichersten eingeschätzt (Unsicherheitsscore jeweils 0,63), noch vor den Energiepreisen (0,45). Hinsichtlich der Relevanz stehen ebenfalls internationale Risikofaktoren, welche die Exportleistung auf wichtigen Absatzmärkten bestimmen, an der Spitze: die Entwicklung des EU-Binnenmarktes (Relevanzscore 0,78) und die Entwicklung der Weltwirtschaft (0,75). Die internationale Handelspolitik und die Energiepreise (jeweils 0,71) werden ebenfalls als sehr wichtig eingeschätzt, genauso wie die Steuerpolitik und die Umweltregulierungen (jeweils 0,67). Diese Ergebnisse zeigen, dass die für die exportorientierte österreichische Industrie

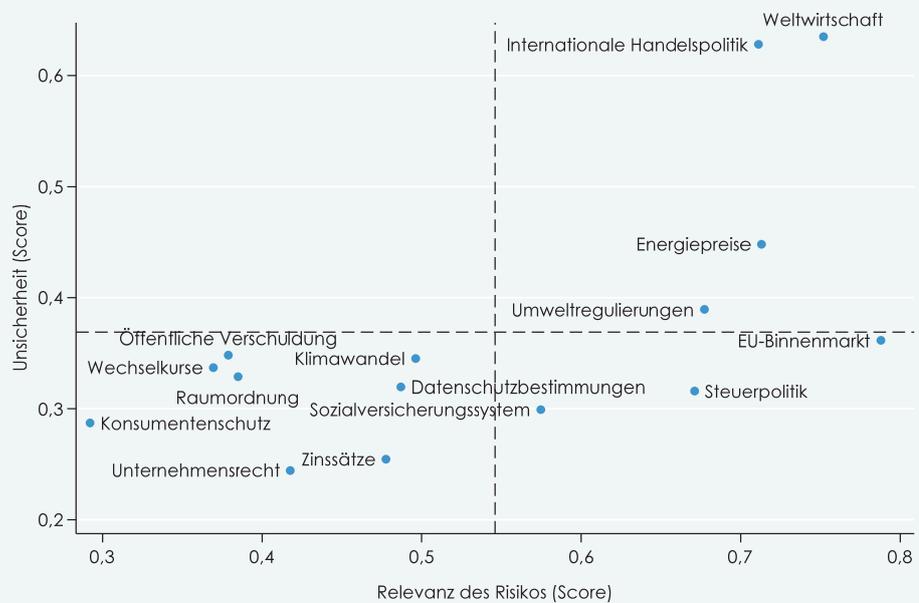
Angesichts der erratischen Zollpolitik der USA stufen die befragten Unternehmen globale Risikofaktoren wie die "Entwicklung der Weltwirtschaft" und die "internationale Handelspolitik" als schwer abschätzbar und zugleich hoch relevant ein.

relevante Wirtschaftspolitik eine ausgeprägte internationale und vor allem europäische Dimension aufweist.

Die wirtschaftspolitische Unsicherheit beeinflusst Unternehmensentscheidungen. So dämpft sie die Ausrüstungsinvestitionen – 41% der befragten österreichischen Unternehmen meldeten eine Reduktion und 17% eine Steigerung –, die Beschäftigung von gering qualifizierten Arbeitskräften (Reduktion 35%, Steigerung 12%), die Unternehmensexpansion (31% versus 20%) und in einem geringeren Ausmaß auch die Ausgaben für Forschung und Entwicklung (20% ver-

sus 15%). Begünstigt werden durch wirtschaftspolitische Unsicherheit hingegen Offshoring- oder Reshoring-Aktivitäten (44% versus 6%), Outsourcing (36% versus 6% Reduktion), Digitalisierungsprojekte (37% versus 12%) und die Beschäftigung hochqualifizierter Fachkräfte (28% versus 13%). In der Sonderbefragung im Rahmen der WIFO-Industriebefragung von 2020 (Friesenbichler et al., 2021) zeigten sich ähnliche Ergebnisse, mit dem wichtigen Unterschied, dass 2025 die Meldungen zu Offshoring, Reshoring und Outsourcing deutlich häufiger ausfielen. Dies ist konsistent mit der gestiegenen Bereitschaft zu Produktionsverlagerungen.

Abbildung 3: **Abschätzbarkeit und Relevanz wirtschaftspolitischer Risikofaktoren**



Q: WIFO-Industriebefragung. Auswertung der Antworten auf die Frage "Wie hoch ist die Unsicherheit in Ihrem Unternehmen bezüglich der Entwicklung folgender wirtschaftspolitischer Risikofaktoren und wie schätzen Sie deren Auswirkung auf Ihr Unternehmen ein?" Die Werte basieren auf gewichteten Mittelwerten mit Gewichten von 1 (geringe Abschätzbarkeit bzw. hohe Relevanz), 0,5 (mittlere Abschätzbarkeit bzw. Relevanz) und 0 (gute Abschätzbarkeit bzw. geringe oder keine Relevanz). Sie können zwischen 0 (sehr gute Abschätzbarkeit bzw. sehr geringe Relevanz) und 1 (sehr geringe Abschätzbarkeit bzw. sehr hohe Relevanz) schwanken und geben Aufschluss über die Tendenz der Antworten. Die horizontalen und vertikalen Linien entsprechen den Mittelwerten der Scores in den Dimensionen Unsicherheit und Relevanz.

7. Wirtschaftspolitische Hebel für die Wettbewerbsfähigkeit

Standortpolitik vereint viele Aspekte in sich, die sich von der Wissenschafts- und Innovationspolitik über die Arbeitsmarkt- und Bildungspolitik bis hin zu allgemeinen und spezifischen Regulierungen erstrecken (Peneder et al., 2025). Doch wie zufrieden sind österreichische Unternehmen mit den angebotenen staatlichen Leistungen?

Rund 36% sind mit den staatlichen Leistungen im Bereich von Import und Export zufrieden, rund 34% mit den Leistungen rund um Forschungsförderung, 28% mit den Betriebsanlageverfahren, und rund 25% mit Leistungen im Bereich der Arbeitssicherheit und Arbeitsplatzregulierungen. Vergleicht man

diese Ergebnisse mit jenen aus dem Jahr 2022, so zeigt sich eine Verschlechterung über alle Bereiche hinweg. Im Bereich Import und Export hat die Zufriedenheit um 7 Prozentpunkte abgenommen, im Bereich der Betriebsanlagengenehmigungen sogar um rund 11 Prozentpunkte.

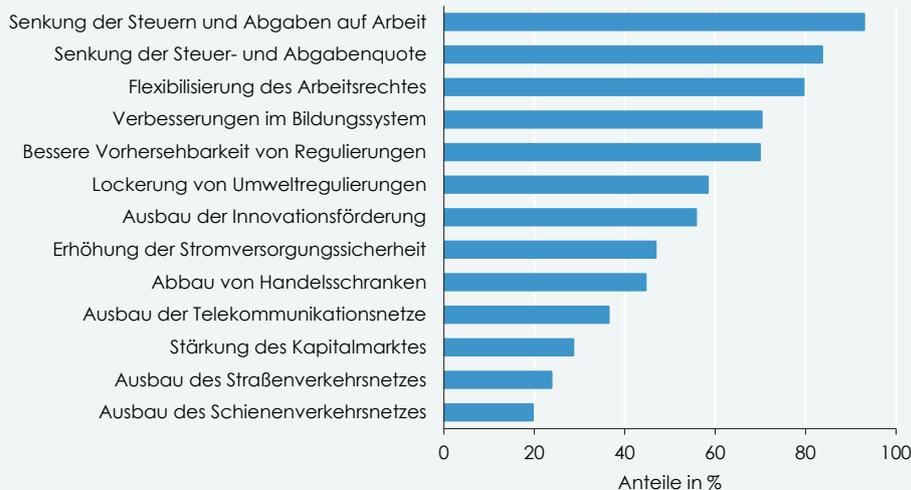
Am häufigsten unzufrieden sind die befragten Unternehmen mit Leistungen im Zusammenhang mit der Steuereinhebung und Prüfung (rund 37%) und Leistungen im Bereich der beschäftigungspolitischen Maßnahmen, wie etwa der Vermittlung und Beratung des Arbeitsmarktservice Österreich (AMS) oder Zuschüssen bei der Einstellung von Langzeit-

arbeitslosen (35%). Häufig genannt werden zudem Betriebsanlagengenehmigungen sowie Arbeitssicherheit und Arbeitsplatzregulierung (jeweils 32%). Jedes fünfte befragte Unternehmen (20%) ist zudem unzufrieden oder

sehr unzufrieden mit öffentlichen Vergaben. Im Vergleich zur Industriebefragung 2022 hat die Unzufriedenheit über fast alle abgefragten Kategorien leicht zugenommen.

Abbildung 4: **Von den Unternehmen als "sehr wichtig" oder "wichtig" eingeschätzte Veränderungen zur Sicherung des Standortes Österreich**

Anteile an allen Unternehmen in %



Q: WIFO-Industriebefragung. Auswertung der Antworten auf die Frage 27 ("Wie wichtig wären Veränderungen in den folgenden wirtschaftspolitischen Bereichen in Österreich, um die Präsenz Ihres Unternehmens am österreichischen Standort langfristig sicherzustellen?").

Auf die abschließende Frage, in welchen wirtschaftspolitischen Bereichen Veränderungen wünschenswert wären, um den österreichischen Standort des Unternehmens langfristig abzusichern, nannten 93% der Unternehmen die Senkung der Steuern und Abgaben auf Arbeit, 84% eine generelle Senkung der Steuer- und Abgabenquote und 80% die Flexibilisierung des Arbeitsrechtes. Jeweils 70% nannten Verbesserungen im Bildungsbereich und wünschten sich eine bessere Vorhersehbarkeit von Regulierungen, um die Planungssicherheit zu erhöhen.

Große Bedeutung haben gemäß den Befragungsergebnissen auch die Lockerung von Umweltregulierungen (58%) und der Ausbau der Innovationsförderung (56%). Etwas weniger als die Hälfte der Unternehmen messen der Sicherheit der Stromversorgung (47%) und dem Abbau von Handelsbeschränkungen (45%) eine hohe Bedeutung bei. 36% nannten den Ausbau der Telekommunikationsnetze, 29% die Stärkung des Kapitalmarktes und gut ein Fünftel den Ausbau der Verkehrsnetze (Straße: 24%, Schiene: 20%).

Die Unternehmen stufen die Senkung der Steuern und Abgaben auf Arbeit und der Abgabenlast im Allgemeinen als wichtigste wirtschaftspolitische Ansatzpunkte zur langfristigen Sicherung des Wirtschaftsstandortes ein.

8. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Die diesjährige WIFO-Industriebefragung bestätigt trotz des derzeit schwierigen Umfeldes das Bild wettbewerbsfähiger, international auf Nischen- und Qualitätsmärkten tätiger österreichischer Industrieunternehmen, wengleich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zunehmend als Schwachstelle des Standortes gesehen wird. Das deutschsprachige Ausland und Westeuropa dienen der österreichischen Industrie als Hauptabsatzmärkte.

Ihre Wettbewerbsvorteile erkennen die befragten Industrieunternehmen vor allem in den Bereichen Customising, Kundenvertrauen, Produktqualität und technologischer Gehalt der Produkte. Im Nachteil gegen-

über der Konkurrenz sehen sie sich insbesondere beim Preis. Aufholbedarf besteht aber auch im Marketing und weiterhin in der Digitalisierung. Letztere wird zudem, neben effizienteren Produktionsverfahren und dem Preis, als immer wichtiger werdender Wettbewerbsfaktor eingeschätzt.

Die hohe Bedeutung von Innovation und Produktentwicklung spiegelt sich im hohen Anteil österreichischer Unternehmen, die sowohl die zentralen Fertigungsschritte als auch Forschung und Entwicklung innerbetrieblich durchführen. Vor allem die Qualifikation und das Know-how der eigenen Arbeitskräfte sind hierfür ausschlaggebend. Die schwierige Wettbewerbsposition auf

internationalen Märkten und die hohe Unsicherheit scheinen allerdings sowohl das Ausmaß des Kompetenzaufbaus als auch die Risikoneigung gedämpft zu haben.

Punkten kann der Standort Österreich im Bereich der Forschung. Während andere Unternehmensfunktionen wie die Produktion oder der Finanzbereich mehrheitlich auf inländische und ausländische Standorte verteilt sind, führt jedes zweite befragte Unternehmen Forschung und Entwicklung sowie Design und Produktanpassung ausschließlich in Österreich durch. Diesem Bild entspricht die Tendenz, forschungs- und entwicklungsnahe Aktivitäten am Hauptquartier zu halten, aber auch die Beobachtung, dass Unternehmen ihre gut qualifizierte Belegschaft als wichtigen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Mitbewerbern ansehen. Allerdings zeigt sich der Verlust an preislicher Wettbewerbsfähigkeit an den Plänen zur Produktionsverlagerung: Während Forschung und Entwicklung kaum betroffen sein dürften, bekundeten 30% der befragten Unternehmen die Absicht, in den nächsten fünf Jahren Produktionsaktivitäten

ins Ausland – vor allem nach Ost- und Südosteuropa und Südostasien – zu verlagern. Als Gründe führten sie vorrangig Lohn- und Energiekosten an. Auch die derzeit hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit, die vor allem durch die Risikofaktoren "internationale Handelspolitik" und "Entwicklung der Weltwirtschaft" bestimmt wird, erhöht die Wahrscheinlichkeit von Verlagerungen.

Für die exportorientierte österreichische Industrie ist die europäische Wirtschaftspolitik (Binnenmarkt, Handelspolitik) sehr relevant. Beim Kompetenzaufbau sehen die Unternehmen vor allem im Bereich der Facharbeitskräfte wirtschaftspolitischen Handlungsbedarf. Ihre wichtigsten Anliegen an die Wirtschaftspolitik zur langfristigen Sicherung des Standortes sind eine Senkung der Steuern und Abgaben auf Arbeit, eine generelle Verringerung der Steuer- und Abgabenquote, eine Flexibilisierung des Arbeitsrechtes, Verbesserungen im Bildungssystem sowie eine höhere Planungssicherheit bei Regulierungen.

9. Literaturhinweise

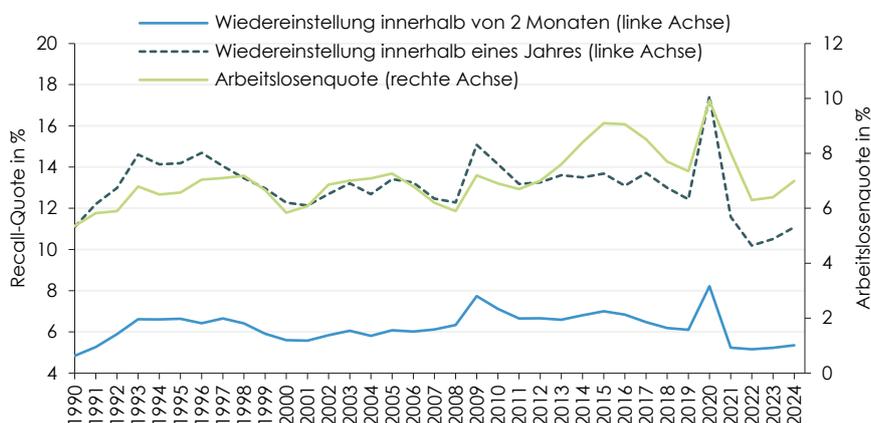
- Christen, E., Bilek-Steindl, S., Glocker, C., & Oberhofer, H. (2016). *Austria 2025 – Austria's Competitiveness and Export Potentials in Selected Markets*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4119541>.
- Christen, E., Friesenbichler, K., & Hölzl, W. (2025). Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024. *WIFO-Monatsberichte*, 98(5), 269-282. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/58736474>.
- Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., Kügler, A., & Reinstaller, A. (2021). Unternehmerische Unsicherheit und wirtschaftspolitische Risikofaktoren in der COVID-19-Krise. Ergebnisse des Updates der WIFO-Industriebefragung vom Sommer 2020. *WIFO-Monatsberichte*, 94(6), 461-470. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/12873698>.
- Friesenbichler, K. S., Janger, J., Kügler, A., & Reinstaller, A. (2020). *Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Forschungs- und Innovationsaktivität*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4150114>.
- Garcia-Macia, D., Hsieh, C., & Klenow, P. J. (2019). How destructive is innovation? *Econometrica*, 87(5), 1507-1541.
- Hofmann, K., & Kügler, A. (2025). Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen. *WIFO-Monatsberichte*, 98(3), 137-150. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57774736>.
- Hölzl, W., Bärenthaler-Sieber, S., Bock-Schappelwein, J., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Reinstaller, A., Reschenhofer, P., Dachs, B., & Risak, M. (2019). *Digitalisation in Austria. State of Play and Reform Needs*. WIFO, Austrian Institute of Technology. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4144425>.
- Hölzl, W., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Peneder, M., & Reinstaller, A. (2017). Österreich 2025 – Wettbewerbsfähigkeit, Standortfaktoren, Markt- und Produktstrategien österreichischer Unternehmen und die Positionierung in der internationalen Wertschöpfungskette. *WIFO-Monatsberichte*, 90(3), 219-228. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4121662>.
- Hölzl, W., Friesenbichler, K. S., Kügler, A., Peneder, M., Reinstaller, A., & Schwarz, G. (2016). *Österreich 2025 – Industrie 2025. Wettbewerbsfähigkeit, Standortfaktoren, Markt- und Produktstrategien und die Positionierung österreichischer Unternehmen in der internationalen Wertschöpfungskette*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4119707>.
- Hölzl, W., Kaniovski, S., Meinhart, B., Sinabell, F., & Streicher, G. (2023). *Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie bei weiterhin hohen Energiepreisen*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/35969360>.
- Kügler, A., Friesenbichler, K. S., Hölzl, W., & Reinstaller, A. (2020). Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2019. *WIFO-Monatsberichte*, 93(3), 207-215. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4148841>.
- Kügler, A., Friesenbichler, K., & Janger, J. (2023). *Innovationen und Investitionen österreichischer Unternehmen in der Krise*. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/31547592>.
- Peneder, M., Bittschi, B., Burton, A., Köppl, A., Uri, T. (2025). *Wirtschaftsstandort Österreich: Wettbewerbsfähigkeit und nachhaltige Entwicklung*. Springer-Gabler.
- Reinstaller, A., Friesenbichler, K., Hölzl, W., & Kügler, A. (2022). Herausforderungen und Bestimmungsfaktoren der Wettbewerbsfähigkeit österreichischer Industrieunternehmen. Ergebnisse der WIFO-Industriebefragung 2022. *WIFO-Monatsberichte*, 95(7), 467-476. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/20507611>.

Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

Rainer Eppel, Helmut Mahringer

- Temporäre Layoffs mit zwischenzeitlicher Arbeitslosigkeit betreffen in Österreich mehr als 10% aller Beschäftigungsaufnahmen.
- Ein Viertel der einstellenden Betriebe und ein Achtel der neu eingestellten Personen durchlaufen dieses Muster von vorübergehender Beschäftigungsunterbrechung und Wiedereinstellung.
- Am verbreitetsten sind temporäre Layoffs in Bauwirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung, werden aber branchenübergreifend als Personalstrategie genutzt, um saisonbedingte und sonstige Schwankungen im Arbeitskräftebedarf auszugleichen.
- Überdurchschnittlich betroffen sind Männer, Personen im mittleren oder höheren Erwerbsalter, Arbeiter:innen, niedrig oder mittel qualifizierte Beschäftigte sowie Arbeitskräfte aus den traditionellen Gastarbeiterländern.
- Temporäre Layoffs sind für rund 1 Prozentpunkt der Arbeitslosenquote verantwortlich und schlagen in der Arbeitslosenversicherung – einschließlich der vom AMS geleisteten Sozialversicherungsbeiträge – jährlich mit Kosten von 600 bis 700 Mio. € zu Buche.

Recall-Quote und Arbeitslosenquote



"Obwohl temporäre Layoffs wesentlich zur Arbeitslosigkeit beitragen, sind sie bisher ein blinder Fleck im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs."

Trotz rückläufiger Tendenz seit Mitte der 2010er-Jahre sind nach wie vor mehr als 10% aller Beschäftigungsaufnahmen Wiedereinstellungen beim selben Arbeitgeber nach einer Unterbrechung des Dienstverhältnisses von weniger als einem Jahr (Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr).

Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

Rainer Eppel, Helmut Mahringer

Wenn Beschäftigung pausiert – Temporäre Layoffs in Österreich

Temporäre Layoffs – das Aussetzen von Beschäftigungsverhältnissen mit späterer Wiedereinstellung durch denselben Arbeitgeber nach einer Phase der Arbeitslosigkeit – betreffen in Österreich nach wie vor über 10% aller Beschäftigungsaufnahmen, trotz rückläufiger Tendenz seit Mitte der 2010er-Jahre. Besonders verbreitet sind sie in Bauwirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung, werden aber branchenübergreifend zur Abfederung saisonbedingter und sonstiger Schwankungen im Personalbedarf eingesetzt. Überdurchschnittlich betroffen sind Männer, Personen im mittleren und höheren Erwerbssalter, Arbeiter:innen, Beschäftigte mit niedrigem oder mittlerem Qualifikationsniveau sowie Personen aus den traditionellen Gastarbeiterländern. Einschließlich der vom AMS übernommenen Sozialversicherungsbeiträge schlagen temporäre Layoffs jährlich mit Kosten von 600 bis 700 Mio. € in der Arbeitslosenversicherung zu Buche. Zudem tragen sie rund 1 Prozentpunkt zur Arbeitslosenquote bei.

JEL-Codes: D22, J63, J64, J65 • **Keywords:** Temporäre Layoffs, Recalls, Arbeitslosigkeit, Arbeitslosenversicherung, Beschäftigungsfuktuation, Personalstrategien

Begutachtung: Thomas Horvath • **Wissenschaftliche Assistenz:** Lydia Grandner (lydia.grandner@wifo.ac.at), Stefan Weingärtner (stefan.weingaertner@wifo.ac.at) • **Data Science:** Georg Böhs • Abgeschlossen am 13. 6. 2025

Kontakt: Rainer Eppel (rainer.eppel@wifo.ac.at), Helmut Mahringer (helmut.mahringer@wifo.ac.at)

When Employment is Put on Hold – Temporary Layoffs in Austria

Temporary layoffs – the suspension of employment relationships with subsequent reemployment by the same employer after a period of unemployment – still affect over 10 percent of all new jobs in Austria, despite a downward trend since the mid-2010s. They are particularly common in the construction industry, tourism and temporary agency work, but are used across all sectors to cushion seasonal and other fluctuations in labour demand. Men, persons of middle and older working age, blue-collar workers, low- or medium-skilled workers as well as persons from the traditional guest worker countries are disproportionately affected. Temporary layoffs cost the unemployment insurance system between 600 and 700 million € annually, including social security contributions paid by the Public Employment Service Austria (PES), and contribute around 1 percentage point to the unemployment rate.

Temporäre Layoffs sind weit verbreitet, finden jedoch im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs bislang kaum Beachtung.

1. Temporäre Layoffs als betriebliche Anpassungsstrategie

Unternehmen greifen auf verschiedene Instrumente zurück, um flexibel und kostengünstig auf Schwankungen ihres Personalbedarfs zu reagieren. Dazu zählen flexible Arbeitszeitmodelle, Kurzarbeit, leistungsorientierte Entlohnung, befristete Arbeitsverträge, Leiharbeit sowie Personalabbau durch Kündigungen oder die Auslagerung von Tätigkeiten. Eine im öffentlichen und wissenschaftlichen Diskurs bislang wenig beachtete personalpolitische Strategie sind temporäre Layoffs, d. h. die vorübergehende Beschäftigungsbeendigung ("Layoff") mit anschließender Wiedereinstellung durch denselben Arbeitgeber ("Recall").

Zur Überbrückung kurzfristiger Nachfragerückgänge beenden Betriebe in Phasen geringer Auslastung vorübergehend und oft einvernehmlich Arbeitsverhältnisse, und stellen die betroffenen Arbeitskräfte später bei besserer Auftragslage erneut ein. Anders als bei einer Karenzierung wird das Arbeitsverhältnis dabei formell gelöst und später neu begründet. Häufig wird bei der Beendigung

eine Wiedereinstellung zugesagt oder eine explizite Wiedereinstellungsvereinbarung getroffen.

Für Unternehmen liegt der Vorteil dieser Praxis in der Reduktion von Personalkosten während Phasen schwacher Nachfrage, während die Nachteile einer endgültigen Trennung, etwa der Verlust firmenspezifischen Humankapitals oder der Aufwand für die Suche und Einarbeitung neuer Beschäftigter, vermieden werden. Steigt der Personalbedarf wieder an, können die Betriebe vielmehr auf bewährte und eingearbeitete Arbeitskräfte zurückgreifen – sofern diese nicht inzwischen eine andere Beschäftigung aufgenommen haben (vgl. Liebig & Hense, 2007).

Für die betroffenen Beschäftigten können temporäre Layoffs hingegen einschneidende Konsequenzen haben. Sie verlieren – wenn auch nur vorübergehend – ihr Erwerbseinkommen und haben keine Sicherheit, tatsächlich wieder eingestellt zu wer-

den. Wie Analysen des WIFO zeigen (Eppel et al., 2017), sind die Betroffenen längerfristig deutlich seltener beschäftigt und häufiger arbeitslos als vergleichbare, durchgehend beschäftigte Arbeitskräfte. Die negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungsintegration beschränken sich dabei nicht auf den ursprünglichen Arbeitsplatz.

Da viele Betroffene während der Unterbrechung als arbeitslos vorgemerkt sind und Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung beziehen, sind temporäre Layoffs mit beträchtlichen Kosten für die sozialen Sicherungssysteme verbunden. Das Aussetzen von Beschäftigungsverhältnissen führt somit zu einer Externalisierung unternehmerischer Risiken und einer teilweisen Verlagerung der Personalkosten auf die Allgemeinheit der Beitragszahler:innen.

Hinzu kommt eine unerwünschte Quersubventionierung: In der derzeitigen Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung mit pauschalen Arbeitgeberbeiträgen subventio-

nieren Unternehmen, die ihre Arbeitskräfte stabil beschäftigen, indirekt jene Betriebe, die regelmäßig auf temporäre Unterbrechungen und spätere Wiedereinstellungen setzen (Fath & Fuest, 2005).

Internationale Studien dokumentieren die quantitative Bedeutung temporärer Layoffs in mehreren europäischen Ländern und in Nordamerika (u. a. Böheim, 2006; Nivorozhkin, 2008; Nekoei & Weber, 2015; Fujita & Moscarini, 2017). In Österreich untersuchten zuletzt Eppel et al. (2018a, 2018b) umfassend die Rolle dieser betrieblichen Flexibilisierungsstrategie¹⁾. Die vorliegende WIFO-Studie im Auftrag der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich baut auf diesen Arbeiten auf und analysiert Umfang, Struktur und Entwicklung der temporären Layoffs sowie der betroffenen Betriebe und Beschäftigten im Zeitverlauf – einschließlich der daraus resultierenden Belastungen für die sozialen Sicherungssysteme.

Dieser Beitrag zeichnet ein aktuelles Bild zur Bedeutung, Entwicklung und Struktur temporärer Layoffs in Österreich. Untersucht werden u. a. die Verbreitung in den Betrieben, die Betroffenheit der Arbeitskräfte und die Kosten für die Arbeitslosenversicherung.

2. Empirisches Untersuchungsdesign

2.1 Datengrundlage

Die Identifikation und die Analyse temporärer Layoffs erfordern detaillierte Informationen zum Erwerbsverlauf von Arbeitskräften und zu den Betrieben, die diese beschäftigen (vgl. Liebig & Hense, 2007). Grundlage der Untersuchung sind sogenannte Linked-Employer-Employee-Daten, also verknüpfte Beschäftigten- und Betriebsdaten im Längsschnitt.

Diese Datenbasis speist sich primär aus den anonymisierten Individualdaten der Versicherungsdatei des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger, die alle sozialversicherungsrechtlich relevanten Erwerbsepisoden seit 1972 auf einer täglichen Basis umfasst. Enthalten sind u. a. die Beitragsgrundlagen zur Sozialversicherung (bis zur Höchstbeitragsgrundlage), personenbezogene Merkmale wie Alter und Geschlecht sowie Informationen zu den jeweiligen Arbeitgeberbetrieben. Die betrieblichen Merkmale – etwa die Branche, die Beschäftigtenzahl oder die Geschlechts-, Alters- und Lohnstruktur auf Betriebsebene – sind entweder direkt in den Rohdaten enthalten oder werden daraus abgeleitet. Ergänzend werden für die Analyse anonymisierte Individualdaten des Arbeitsmarktservice Österreich herangezogen, insbesondere die Vormerkdaten arbeitsloser Personen.

2.2 Identifikation temporärer Layoffs

Ausgangspunkt der Analyse sind alle Neuaufnahmen unselbständiger, voll sozialver-

sicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in Österreich im Zeitraum von 1990 bis 2024 (ausgenommen Werkverträge), die mindestens einen Tag dauerten. Für jede erfasste Beschäftigungsaufnahme wird retrospektiv geprüft, ob es sich um eine Wiedereinstellung beim früheren Arbeitgeber (Recall) oder um eine Einstellung bei einem neuen Arbeitgeber handelt. In der Hauptvariante der Analyse gilt ein Beschäftigungsverhältnis als Recall, wenn es innerhalb eines Jahres (365 Tage) nach einer Episode der Arbeitslosigkeit erneut beim selben Arbeitgeber aufgenommen wird. Dies bedeutet: Das ursprüngliche Dienstverhältnis wurde beendet, die betroffene Person war zumindest zeitweise arbeitslos, und sie wurde nach einer Unterbrechung von weniger als einem Jahr wieder eingestellt.

Da temporäre Layoffs in Österreich nicht nur zur Abfederung saisonbedingter, sondern auch sonstiger Schwankungen des Personalbedarfs eingesetzt werden (Eppel et al., 2015a, 2015b, 2015c, 2018a, 2018b), wird ergänzend eine zweite, engere Definition angewandt. Hierbei gilt eine Wiedereinstellung innerhalb von zwei Monaten (62 Tagen) als Recall. Diese Frist ist typischerweise kürzer als die üblichen Saisonpausen – etwa in Bauwesen, Landwirtschaft oder Tourismus – und erlaubt es, gezielt nicht saisonbedingte Personalstrategien zu identifizieren.

Nicht alle betroffenen Personen sind in der Zeit zwischen Beendigung und Wiedereinstellung als arbeitslos vorgemerkt. Einige sind in dieser Phase erwerbsinaktiv oder in selfe-

Die Analyse temporärer Layoffs basiert auf einer Verknüpfung von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich.

¹⁾ Für frühere Analysen siehe Eppel et al. (2015a, 2015b, 2015c).

nen Fällen vorübergehend bei einem anderen Arbeitgeber beschäftigt. Der Fokus der vorliegenden Analyse liegt jedoch auf jenen Fällen, in denen die Erwerbsunterbrechung mit mindestens einem Tag registrierter Arbeitslosigkeit in Österreich verbunden war, da nur diese Fälle aus Sicht der Arbeitslosenversicherung relevant sind. Die registrierte Arbeitslosigkeit umfasst dabei in einer breiten Definition alle AMS-Vormerkstatus, etwa auch Zeiten in AMS-Schulungen. Wiedereinstellungen ohne dazwischenliegende Arbeitslosigkeitsepisoden werden nicht als Recall gewertet²⁾.

Zur Beschreibung der betroffenen Betriebe und Beschäftigten werden sowohl personenbezogene Merkmale als auch betriebliche

Kennzahlen zum jeweiligen Beschäftigungsverhältnis erfasst. Zusätzlich wird die Dauer der Unterbrechung zwischen Beschäftigungsende und Wiedereinstellung bestimmt und analysiert, in welchen Erwerbszuständen sich die Arbeitskräfte während dieser Zeit befanden.

Um den Beitrag temporärer Layoffs zur registrierten Arbeitslosigkeit abzuschätzen und die daraus entstehenden Kosten für das soziale Sicherungssystem zu quantifizieren, werden für jedes Kalenderjahr die Summe der Layoff-Arbeitslosigkeitstage sowie die währenddessen bezogenen Arbeitslosenversicherungsleistungen erhoben und ausgewertet.

3. Relevanz temporärer Layoffs in Österreich

3.1 Recall-Quote: Anteil der Recalls an den Beschäftigungsaufnahmen

Die hohe Dynamik auf dem österreichischen Arbeitsmarkt zeigt sich in der Vielzahl von Eintritten in bzw. Austritten aus der Beschäftigung. Ein wesentlicher Teil dieses Umschlags ist auf die Beendigung und anschließende Wiederaufnahme von Arbeitsverhältnissen nach kurzer Arbeitslosigkeit zurückzuführen. Die Bedeutung dieser temporären Layoffs lässt sich anhand des Anteils solcher Recalls an allen Beschäftigungsaufnahmen eines Kalenderjahres – der sogenannten Recall-Quote – messen. Im Jahr 2024 lag sie unter Berücksichtigung aller Wiedereinstellungen innerhalb eines Jahres bei 11,1%. Betrachtet man nur sehr kurze Unterbrechungen von bis zu zwei Monaten, belief sich der Anteil auf rund 5,3% (Übersicht 1, Abbildung 1).

Die Recall-Quote zeigt einen klar antizyklischen Verlauf: In Zeiten schwacher Konjunktur steigt sie typischerweise an, während sie im Aufschwung wieder sinkt. Besonders ausgeprägt war dieser Zusammenhang in den Krisenjahren 2009 und 2020. Damit reagiert die Recall-Quote ähnlich wie die Arbeitslosenquote auf Konjunkturschwankungen. Zwischen 1990 und 2024 bestand eine hohe und signifikante Korrelation zwischen beiden Quoten³⁾.

Die Konjunkturreaktivität der Recall-Quote hat zwei Ursachen: Zum einen sinkt in Krisenzeiten die Zahl neuer Beschäftigungsaufnahmen. Zum anderen greifen Betriebe verstärkt auf temporäre Layoffs zurück, um auf Nachfragerückgänge zu reagieren. Bei hoher Ar-

beitslosigkeit sind sie häufiger unterausgelastet. Zudem ist dann das Risiko geringer, dass die Arbeitskräfte während der Unterbrechung eine andere Beschäftigung aufnehmen und deshalb für eine Wiedereinstellung nicht mehr zur Verfügung stehen (vgl. Liebig & Hense, 2007). Neben der Konjunktur können auch rechtlich-institutionelle Faktoren das Recall-Geschehen beeinflussen.

Im Jahr 2017 zeigte sich ein deutlicher Bruch in den Meldungen von Beschäftigungsaufnahmen an die Sozialversicherung. Dieser geht auf eine veränderte Meldepraxis für sehr kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse zurück. Die Gesamtzahl der gemeldeten Beschäftigungsaufnahmen sank um rund 17%, bei Beschäftigungen mit einer Dauer von höchstens zwei Wochen sogar um etwa zwei Drittel. In der Folge verringerte sich auch die Zahl sehr kurzfristiger Recalls um rund zwei Drittel. Die Zahl der Recalls insgesamt schrumpfte um etwa 40.000 bzw. 14%.

Zurückführen lässt sich der Rückgang vermutlich auf rechtliche Änderungen. Insbesondere der Wegfall der täglichen Geringfügigkeitsgrenze könnte das Meldeverhalten beeinflusst haben: Seit 1. Jänner 2017 wird ein voll sozialversicherungspflichtiges Dienstverhältnis nur noch dann begründet, wenn das monatliche Entgelt 425,70 € übersteigt. Zuvor war bereits das Überschreiten der täglichen Vierdienstgrenze von rund 32 € meldepflichtig gewesen. Seit der Änderung werden daher deutlich weniger sehr kurze oder wiederkehrende Beschäftigungen wie z. B. tageweise Aushilfstätigkeiten an die Sozialversicherung gemeldet.

Temporäre Layoffs haben in Österreich seit Jahrzehnten eine beachtliche Bedeutung. Im Jahr 2024 entfielen 11,1% aller Beschäftigungsaufnahmen auf Wiedereinstellungen beim selben Arbeitgeber nach einer Unterbrechung von weniger als einem Jahr.

Temporäre Layoffs werden in Krisenphasen häufiger eingesetzt.

Die Zahl der Recalls nach einer sehr kurzen Erwerbsunterbrechung ging 2017 deutlich zurück, da weniger kurzfristige Beschäftigungsverhältnisse gemeldet wurden.

²⁾ Beschäftigungsneuaufnahmen von Grenzgänger:innen (bzw. Grenzpendler:innen), die während der Unterbrechung im Land ihres Wohnsitzortes als arbeitslos gemeldet sind und dort ihren in Österreich erworbenen Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen, werden in der Analyse nicht als Recalls

erfasst, da die vorliegenden AMS-Daten ausschließlich Informationen zu Vormerkungen und Leistungsbezügen innerhalb Österreichs enthalten.

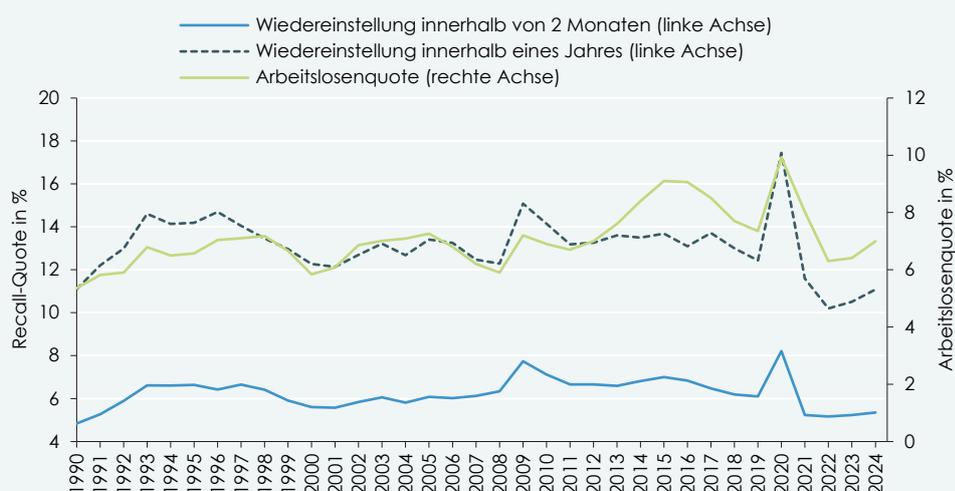
³⁾ Der Korrelationskoeffizient beträgt 0,52 bei einem Signifikanzniveau von unter 1%.

Übersicht 1: Recall-Quote – Anteil der Recalls an den Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr

	Beschäftigungsaufnahmen		Recalls		
	Absolut	Innerhalb von 2 Monaten	Anteile in %	Innerhalb eines Jahres	Anteile in %
1990	1.782.523	86.335	4,8	197.818	11,1
1995	1.751.045	116.225	6,6	248.359	14,2
2000	1.906.753	106.770	5,6	233.994	12,3
2005	1.943.971	118.170	6,1	260.680	13,4
2010	2.025.657	144.249	7,1	286.448	14,1
2015	2.136.708	149.576	7,0	292.391	13,7
2019	1.860.625	113.540	6,1	231.393	12,4
2020	1.629.921	133.962	8,2	284.344	17,4
2021	1.797.742	94.088	5,2	208.272	11,6
2022	1.943.377	100.319	5,2	198.201	10,2
2023	1.909.465	99.828	5,2	200.654	10,5
2024	1.816.561	97.181	5,3	201.259	11,1

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich.

Abbildung 1: Recall-Quote und Arbeitslosenquote



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr.

Neben der offensichtlichen Niveauveränderung bei den sehr kurzen Recalls deutet auch der längerfristige Verlauf der Recall-Quote – also des Anteils der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen eines Kalenderjahres – auf einen Strukturbruch ab der Mitte der 2010er-Jahre hin. Seither ist ein tendenzieller Rückgang zu beobachten (Abbildung 1), der allerdings von konjunkturellen Schwankungen und insbesondere dem starken Anstieg der Recalls im Zuge der COVID-19-Krise im Jahr 2020 überlagert wurde. Auch wurde die kräftige Zunahme der Arbeitslosigkeit bis 2016 nicht von einem Anstieg der Recall-Quote begleitet. In jüngster Zeit steigt die Recall-Quote im Kontext der aktuellen Rezession, parallel zum Anstieg der Arbeitslosigkeit und ausgehend von dem nach der Pandemie erreichten nied-

rigen Niveau, wieder leicht an. 2024 lag sie mit 11,1% etwa auf dem Niveau von 1990.

Die Gründe für den Rückgang der Recall-Quote ab der Mitte der 2010er-Jahre dürften vielfältig sein:

- **Einpendeln aus dem Ausland:** Mit der Arbeitsmarktöffnung gegenüber den neuen EU-Mitgliedsländern ist der Anteil der aus den Nachbarländern nach Österreich einpendelnden Arbeitskräften deutlich gestiegen. Arbeitslosigkeit während einer Beschäftigungsunterbrechung wird bei diesen Personen unter Umständen nicht in Österreich, sondern im Herkunftsland registriert und fällt somit nicht unter die hier verwendete Definition von Recalls.

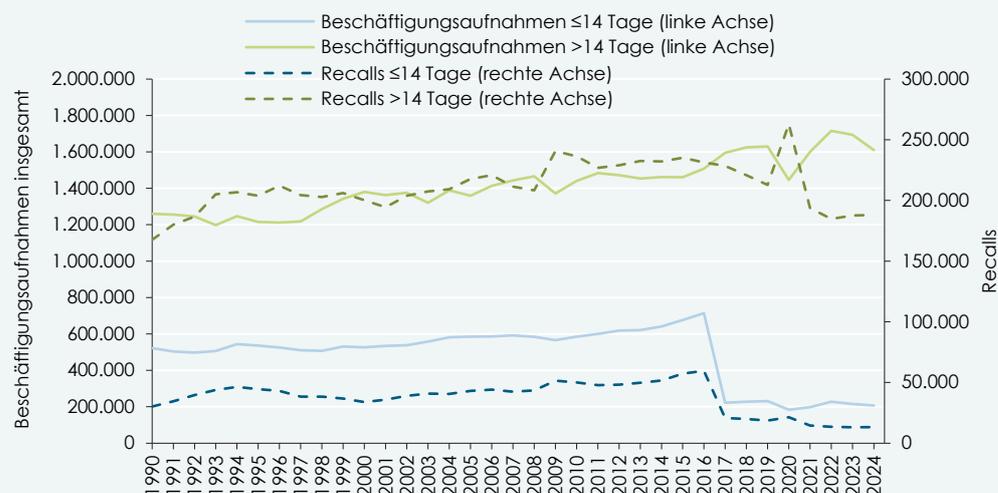
Die Recall-Quote zeigt seit Mitte der 2010er-Jahre einen rückläufigen Trend.

Ein Hinweis auf die Unterschätzung der Recall-Quote aufgrund von im Ausland erfolgten Arbeitslosmeldungen von Einpendler:innen ist etwa der Umstand, dass die Quote für 2011 bis 2016 – also die Jahre nach der Arbeitsmarktöffnung – im Einklang mit der steigenden Arbeitslosigkeit ansteigt (von 40,2% auf 43,4%), anstatt zu stagnieren (13,2% im Jahr 2011 versus 13,1% im Jahr 2016), sobald alle Wiedereinstellungen innerhalb eines Jahres berücksichtigt werden und nicht nur jene Fälle, in denen während der Unterbrechung eine in Österreich registrierte Arbeitslosigkeit vorlag. Zudem sinkt in diesem Fall die Quote nach dem Strukturbruch im Jahr 2017 etwas weniger stark (von 30,5% 2017 auf 29,3% 2024 statt von 13,7% auf 11,1%) – ein weiteres Indiz für eine Zunahme des Anteils von Einpendler:innen, deren Unterbrechungsphasen

nicht in der heimischen Arbeitslosenquote aufscheinen, an allen von Recalls betroffenen Personen.

- **Arbeitskräftemangel:** Auch das schwächer werdende Wachstum des Arbeitskräfteangebotes und die von Unternehmen zunehmend wahrgenommenen Probleme bei der Rekrutierung geeigneter Arbeitskräfte könnten Betriebe veranlassen haben, verstärkt auf Personalbindung zu setzen. Um den Verlust von Humankapital zu vermeiden, greifen sie möglicherweise seltener auf temporäre Layoffs zurück.
- **Regulatorische Maßnahmen:** Auch verschärfte Maßnahmen zur Bekämpfung von Sozialbetrug und Meldeverstößen könnten dazu beigetragen haben, dass Unternehmen zunehmend von kurzfristigen Beschäftigungsunterbrechungen Abstand nehmen⁴⁾.

Abbildung 2: Zahl sehr kurzer Beschäftigungsverhältnisse und Wiedereinstellungen – Strukturbruch im Jahr 2017



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Neuaufnahmen unselbständiger, voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in Österreich (ausgenommen Werkverträge).

3.2 Anteil der beteiligten Betriebe und betroffenen Arbeitskräfte

Jeder vierte einstellende Betrieb und ein Achtel der neu eingestellten Arbeitskräfte sind von temporären Layoffs betroffen.

Temporäre Layoffs sind in Österreich in einer beträchtlichen Zahl von Betrieben gängige Praxis und betreffen zahlreiche Arbeitskräfte. Im Jahr 2024 stellten rund 188.000 Betriebe mindestens eine Person neu ein⁵⁾. In etwa 47.000 (24,9%) dieser Betriebe erfolgte mindestens ein Recall, also eine Wiederein-

stellung nach einer bis zu einjährigen Unterbrechung, während der die betreffende Person arbeitslos gemeldet war. Im Jahr 1990 hatten 27,1% der Betriebe zumindest einmal ein Arbeitsverhältnis ausgesetzt. Während des Höhepunktes der COVID-19-Pandemie im Jahr 2020 lag dieser Anteil bei 34,8%.

Betrachtet man ausschließlich kurze Unterbrechungen von bis zu zwei Monaten, lag

⁴⁾ Neu in Kraft traten z. B. das Sozialbetrugsbekämpfungsgesetz und die verpflichtende elektronische Anmeldung zur Pflichtversicherung (ab 1. Jänner 2016). Zudem bleibt seit einer Neuregelung im ASVG ab 1. Juli 2018 der Anspruch auf Entgeltfortzahlung bei Krankheit oder Unfall auch dann bestehen, wenn das Arbeitsverhältnis einvernehmlich während eines Krankenstandes oder im Hinblick auf einen bevorstehenden Krankenstand beendet wird.

⁵⁾ In der vorliegenden Analyse wird ein Betrieb bzw. Unternehmen über ein Dienstgeberkonto beim Dachverband der Sozialversicherungsträger definiert. Diese Definition unterscheidet sich insofern vom Unternehmensbegriff des Unternehmensregisters, als ein Unternehmen mehrere Dienstgeberkonten führen kann – etwa für verschiedene Standorte (Arbeitsstätten) in unterschiedlichen Bundesländern. Dies ergibt sich daraus, dass die Meldung der Beschäftigten jeweils bei der zuständigen Gebietskrankenkasse erfolgt.

der Anteil der betroffenen Betriebe im Jahr 2024 bei 12,1% – also etwa einem Achtel. Auch dieser Wert ist über die Zeit hinweg

bemerkenswert stabil: 1990 betrug der Anteil 11,0%. Ein deutlicher Ausreißer ist jedoch das Krisenjahr 2020 mit 16,9% (Übersicht 2).

Übersicht 2: Recall-Anteil an den Betrieben mit Beschäftigungsaufnahmen

	Betriebe mit Beschäftigungsaufnahmen insgesamt	Betriebe mit Recalls			
		Recall innerhalb von 2 Monaten		Recall innerhalb eines Jahres	
		Absolut	Anteile in %	Absolut	Anteile in %
1990	161.942	17.746	11,0	43.948	27,1
1995	168.494	21.156	12,6	48.982	29,1
2000	180.516	21.077	11,7	48.840	27,1
2005	179.880	22.626	12,6	51.482	28,6
2010	183.585	25.633	14,0	53.635	29,2
2015	188.169	26.652	14,2	54.865	29,2
2019	190.743	24.843	13,0	50.989	26,7
2020	185.515	31.409	16,9	64.516	34,8
2021	189.452	21.947	11,6	46.786	24,7
2022	192.482	23.062	12,0	46.485	24,2
2023	190.461	23.156	12,2	46.984	24,7
2024	188.479	22.722	12,1	46.907	24,9

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktser-vice Österreich. Anteil der Betriebe mit mindestens einem Recall an allen Betrieben mit mindestens einer Beschäftigungsaufnahme. Ungewichtet: Jeder Betrieb zählt unabhängig von seiner Größe gleich.

Auch auf Seiten der Beschäftigten ist das Phänomen der Recalls weit verbreitet: 12,6% aller Personen, die im Jahr 2024 eine neue Beschäftigung aufnahmen, kehrten mindestens einmal im selben Kalenderjahr nach einer bis zu einjährigen Unterbrechung zu ei-

nem früheren Arbeitgeber zurück (1990 14,2%). Betrachtet man lediglich kürzere Unterbrechungen von höchstens zwei Monaten, waren im Jahr 2024 6,1% der neu eingestellten Personen betroffen (Übersicht 3).

Übersicht 3: Recall-Anteil an den Personen mit Beschäftigungszugang

	Personen mit Beschäftigungszugang insgesamt	Von Recalls betroffene Personen			
		Recall innerhalb von 2 Monaten		Recall innerhalb eines Jahres	
		Absolut	Anteile in %	Absolut	Anteile in %
1990	1.068.161	59.251	5,5	151.989	14,2
1995	1.033.184	75.557	7,3	184.593	17,9
2000	1.147.059	76.177	6,6	183.191	16,0
2005	1.163.654	81.274	7,0	200.468	17,2
2010	1.227.608	101.183	8,2	217.356	17,7
2015	1.294.978	101.359	7,8	215.981	16,7
2019	1.356.577	93.017	6,9	191.115	14,1
2020	1.239.388	113.674	9,2	242.785	19,6
2021	1.335.994	83.743	6,3	177.681	13,3
2022	1.424.416	85.468	6,0	168.308	11,8
2023	1.416.436	84.460	6,0	170.181	12,0
2024	1.349.884	82.362	6,1	170.697	12,6

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktser-vice Österreich. Anteil der Personen mit mindestens einem Recall an allen Personen mit mindestens einer Beschäftigungsaufnahme im Jahr. Ungewichtet: Jede Person wird unabhängig von der Dauer ihrer Beschäftigung gleich berücksichtigt.

3.3 Beitrag zur Gesamtarbeitslosigkeit und Kosten für die Arbeitslosenversicherung

Temporäre Layoffs sind – gemäß der hier verwendeten Definition – mit Arbeitslosigkeit und dem Bezug von Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung verbunden. Von der Gesamtzahl aller Tage, die in Österreich pro Jahr in registrierter Arbeitslosigkeit verbracht

wurden, entfielen 2023 14,0% auf "Layoff-Arbeitslosigkeit", also die Arbeitslosigkeit während vorübergehenden, weniger als ein Jahr dauernden Beschäftigungsunterbrechungen (Übersicht 4, Abbildung 3). Damit trugen temporäre Layoffs 2023 rund 1 Prozentpunkt zur Arbeitslosenquote von 6,4% bei. Gut ein Viertel der Layoff-Arbeitslosigkeit und 3,9% der gesamten registrierten Arbeitslosigkeit

Im Jahr 2023 entfielen 14% der gesamten registrierten Arbeitslosigkeit auf temporäre Layoffs. Sie waren damit für rund 1 Prozentpunkt der Arbeitslosenquote von 6,4% verantwortlich.

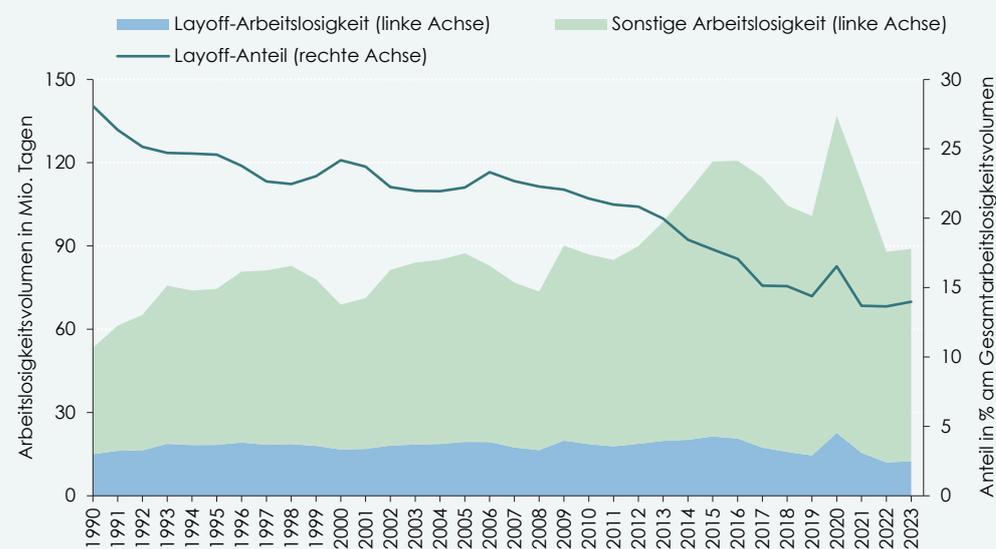
gingen auf besonders kurze Unterbrechungen von bis zu zwei Monaten zurück.

Seit 1990 hat sich der Anteil der Layoffs an der Gesamtarbeitslosigkeit – mit Ausnahme eines Anstiegs im COVID-19-Jahr 2020 – in etwa halbiert. Der Rückgang setzte besonders deutlich ab 2007 ein. Nach der COVID-19-Krise stabilisierte sich der Anteil und liegt seither weitgehend konstant bei rund 14%.

Langfristig ist der Rückgang des Layoff-Anteils an der Gesamtarbeitslosigkeit vor allem dem Bedeutungsgewinn anderer Formen von Arbeitslosigkeit – insbesondere der verfestigten Langzeitarbeitslosigkeit – zuzuschreiben, während die Zahl der Layoff-Arbeitslosigkeitstage relativ stabil blieb. Ab dem Jahr 2017 ging allerdings das Volumen der Layoff-Arbeitslosigkeit zurück, im Einklang mit dem Rückgang der Zahl der Recalls seit diesem strukturellen Wendepunkt⁶⁾.

Abbildung 3: **Beitrag temporärer Layoffs zur registrierten Arbeitslosigkeit**

Wiedereinstellungen innerhalb eines Jahres



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Registrierte Arbeitslosigkeit (Status "arbeitslos") laut Arbeitsmarktservice Österreich. Layoff-Arbeitslosigkeit: registrierte Arbeitslosigkeit zwischen Beschäftigungsbeendigung und Wiedereinstellung beim selben Dienstgeber.

Übersicht 4: **Beitrag temporärer Layoffs zur registrierten Gesamtarbeitslosigkeit**

Wiedereinstellungen innerhalb eines Jahres

	Arbeitslosigkeit insgesamt	Layoff-Arbeitslosigkeit	Layoff-Anteil
	Tage		In %
1990	53.259.856	14.957.865	28,1
1995	74.548.944	18.320.936	24,6
2000	68.836.312	16.639.815	24,2
2005	87.369.984	19.403.718	22,2
2010	86.873.792	18.606.308	21,4
2015	120.380.704	21.363.024	17,7
2019	100.746.616	14.486.920	14,4
2020	136.928.944	22.623.002	16,5
2021	113.036.528	15.469.839	13,7
2022	87.891.208	11.994.742	13,6
2023	88.955.944	12.431.967	14,0

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Registrierte Arbeitslosigkeit (Status "arbeitslos") laut Arbeitsmarktservice Österreich. Layoff-Arbeitslosigkeit: registrierte Arbeitslosigkeit zwischen Beschäftigungsbeendigung und Wiedereinstellung beim selben Dienstgeber.

⁶⁾ Unter Einbeziehung von AMS-Schulungen und Lehrstellensuche lag der Anteil der Layoff-Arbeitslosigkeit

an der Gesamtarbeitslosigkeit im Jahr 2023 bei 12,1%. 1990 hatte er noch 27,1% betragen.

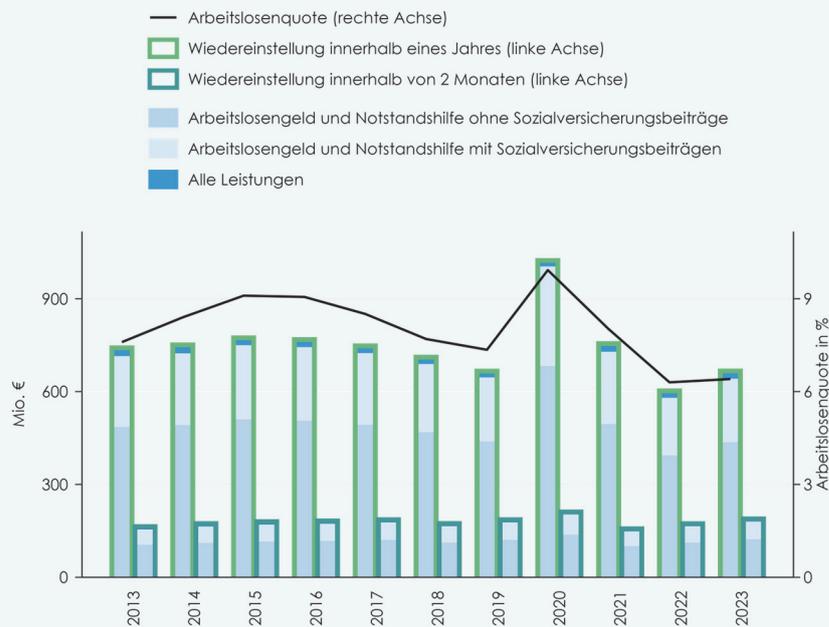
Temporäre Layoffs sind mit erheblichen Kosten für die Arbeitslosenversicherung verbunden, sofern die betroffenen Arbeitskräfte während der Beschäftigungsunterbrechung Lohnersatzleistungen beziehen. In den vergangenen Jahren lagen die Ausgaben für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe während registrierter Layoff-Arbeitslosigkeit bei jährlich rund 400 bis 500 Mio. €. Allein für jene Personen, die innerhalb von zwei Monaten zu ihrem früheren Arbeitgeber zurückkehr-

ten, wendete das AMS über 100 Mio. € pro Jahr auf (Abbildung 4).

Rechnet man die pauschalen Sozialversicherungsbeiträge hinzu, die das AMS während der Arbeitslosigkeit an die zuständigen Sozialversicherungsträger (für Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung) abführt – sie betragen rund 47% des ausbezahlten Arbeitslosengeldes bzw. der Notstandshilfe –, ergeben sich geschätzte jährliche Gesamtkosten zwischen 600 und 700 Mio. €.

Temporäre Layoffs sind – einschließlich der vom AMS übernommenen Sozialversicherungsbeiträge – jährlich mit Kosten zwischen 600 und 700 Mio. € für die Arbeitslosenversicherung verbunden.

Abbildung 4: **Aufwendungen für Existenzsicherungsleistungen während temporärer Layoffs**



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Auszahlungen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bei registrierter Arbeitslosigkeit (Status "arbeitslos"), sonstige Leistungen der Arbeitslosenversicherung, die auch während AMS-Schulungen und Zeiten der Lehrstellensuche ausbezahlt werden, sowie vom AMS für Arbeitslose an die zuständigen Sozialversicherungsträger abgeführte Sozialversicherungsbeiträge.

Für das Jahr 2023 – das aktuellste Jahr mit vollständig abschätzbaren Kosten – weist Abbildung 4 Ausgaben in Höhe von 436 Mio. € für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bei bis zu einjährigen Beschäftigungsunterbrechungen aus. Einschließlich der entsprechenden Sozialversicherungsbeiträge ergibt sich ein Gesamtbetrag von 641 Mio. € (Arbeitslosengeld 604 Mio. €, Notstandshilfe 38 Mio. €). Werden zusätzlich auch andere Leistungen der Arbeitslosenversicherung während AMS-Schulungen

oder Zeiten der Lehrstellensuche berücksichtigt, so steigen die Gesamtkosten (einschließlich Sozialversicherungsbeiträge) im Jahr 2023 auf 659 Mio. €. Die nur geringe Differenz deutet darauf hin, dass das AMS die zeitlichen Freiräume während temporärer Beschäftigungsunterbrechungen bislang kaum für Schulungsmaßnahmen nutzt⁷⁾.

Für kurze Unterbrechungen von bis zu zwei Monaten beliefen sich die geschätzten Kosten im Jahr 2023 auf 123 Mio. € für Arbeits-

⁷⁾ Die Kostenschätzungen beruhen nicht auf einer kontrafaktischen Wirkungsanalyse. Grundlage der Berechnungen ist die Annahme, dass Betriebe grundsätzlich über Handlungsspielräume verfügen, um auf Auslastungsschwankungen zu reagieren. Es wird unterstellt, dass die betroffenen Arbeitskräfte ohne Aussetzung ihres Beschäftigungsverhältnisses durchgehend beschäftigt geblieben wären – möglicherweise bei reduzierter Arbeitszeit – und daher keine Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen hätten. Nicht enthalten sind langfristige Folgekosten wie eine dau-

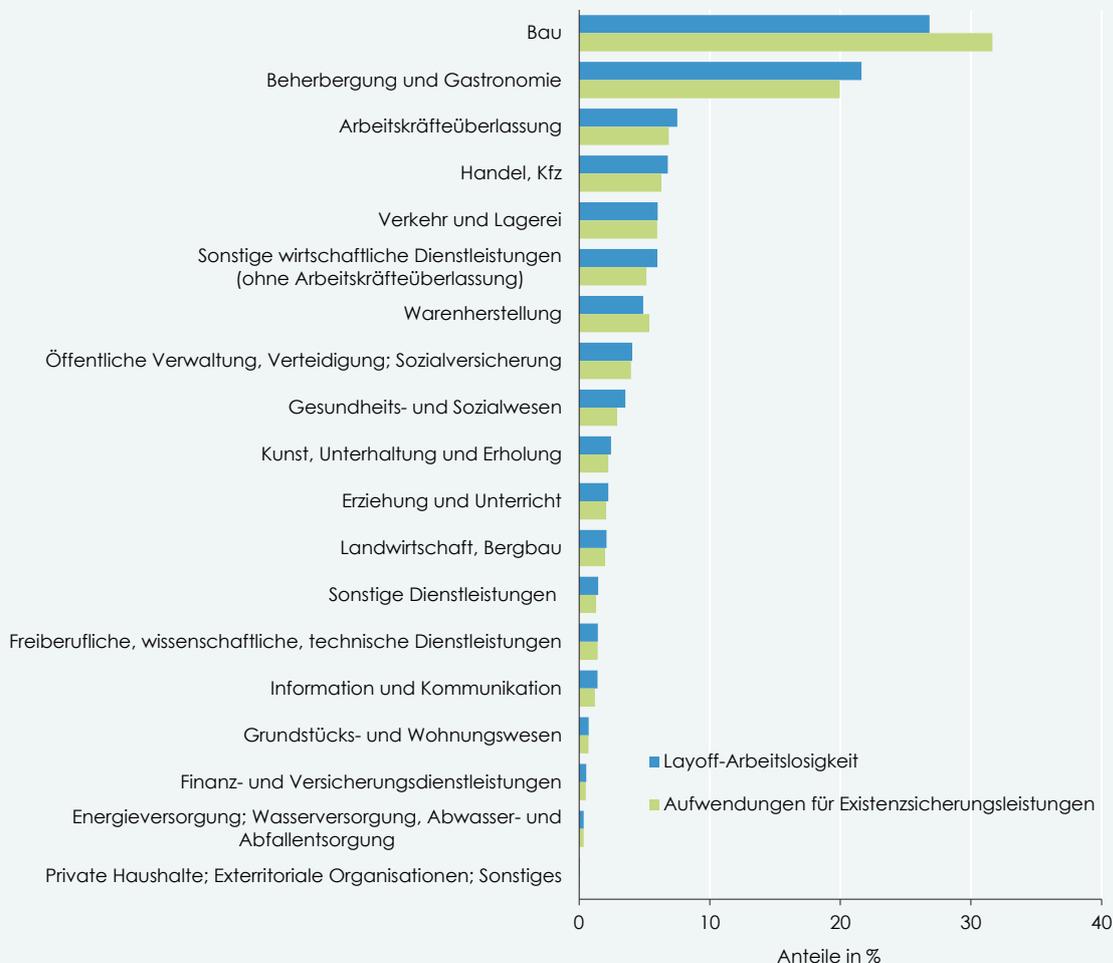
erhaft geringere Beschäftigungsintegration (z. B. in Form längerer Arbeitslosigkeitsphasen oder erhöhter zukünftiger Leistungsansprüche) sowie potenzielle Einnahmenverluste durch entgangene Lohnsteuer- und Sozialversicherungsbeiträge. Diese lassen sich nur schwer beziffern, da unklar ist, in welchen Fällen eine durchgehende Beschäftigung ohne temporären Layoff realistisch gewesen wäre und welche Auswirkungen ein genereller Wegfall dieses Instruments auf betriebliche Beschäftigungsentscheidungen gehabt hätte.

losengeld und Notstandshilfe während registrierter Arbeitslosigkeit. Einschließlich der Sozialversicherungsbeiträge ergibt sich ein Betrag von 180 Mio. €. Durch die Einbeziehung weiterer Leistungen im Rahmen einer erweiterten Arbeitslosigkeitsdefinition steigt der Betrag nur leicht auf 181 Mio. €, da Schulungen bei so kurzen Unterbrechungen besonders selten stattfinden.

Im Jahr 2020 summierten sich die Ausgaben für Existenzsicherungsleistungen während temporärer Layoffs auf rund 1 Mrd. €. Dieser außergewöhnlich hohe Betrag ist vor allem

auf die Anfangsphase der COVID-19-Krise – insbesondere die Monate März und April 2020 – zurückzuführen, als die Infektionen mit dem neuartigen Virus rasch zunahmen und die österreichische Wirtschaft vom ersten und zugleich schärfsten bundesweiten Lockdown getroffen wurde. Wie die Höhe der Ausgaben verdeutlicht, leisteten temporäre Layoffs – und die währenddessen ausbezahlten Leistungen der Arbeitslosenversicherung – zusätzlich zu anderen staatlichen Unterstützungsmaßnahmen für Unternehmen und private Haushalte einen wesentlichen Beitrag zur Abfederung der Krisenfolgen.

Abbildung 5: Anteil der Branchen an der Layoff-Arbeitslosigkeit sowie an den Ausgaben für Arbeitslosengeld und Notstandshilfe während temporärer Layoffs 2023



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Layoff-Arbeitslosigkeit: registrierte Arbeitslosigkeit zwischen Beschäftigungsbeendigung und Wiedereinstellung beim selben Dienstgeber. Auszahlungen von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe während registrierter Arbeitslosigkeit (Status "arbeitslos") im Rahmen temporärer Layoffs.

Die durch temporäre Beschäftigungsunterbrechungen erzielten Personalkosteneinsparungen der Betriebe übersteigen die damit verbundenen Ausgaben der Arbeitslosenversicherung deutlich, da letztere lediglich einen teilweisen Einkommensersatz leistet. Die Nettoersatzrate beträgt im Fall des Arbeitslosengeldes grundsätzlich 55% des

früheren Nettoeinkommens und kann durch Zuschläge auf höchstens 80% steigen. Die Notstandshilfe beläuft sich auf 92% bis 95% der Höhe des vorangegangenen Arbeitslosengeldbezugs. Ein Teil der ausgelagerten Kosten wird somit von den betroffenen Arbeitskräften selbst getragen – in Form nicht kompensierter Einkommensverluste.

Nach Branchen entfallen sowohl die Layoff-Arbeitslosigkeitstage als auch die während der Erwerbsunterbrechung aufgewendeten Leistungen zur Existenzsicherung (Arbeitslosengeld und Notstandshilfe bei registrierter Arbeitslosigkeit) etwa zur Hälfte auf das Bauwesen und den Tourismus (Beherbergung und Gastronomie). An erster Stelle stand 2023 die Bauwirtschaft, auf die 26,8% aller Layoff-Arbeitslosigkeitstage und 31,6% der Kosten entfielen (Abbildung 5). Dahinter folgten die Beherbergung und Gastronomie mit 21,6% der Tage und 20,0% der Ausgaben, die Arbeitskräfteüberlassung (7,5% der Tage bzw. 6,9% der Kosten), der Handel (6,8% bzw. 6,3%), Verkehr und Lagerei (jeweils 6,0%) sowie die sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ohne Arbeitskräfteüberlassung (6,0% bzw. 5,1%).

Um die Bedeutung temporärer Layoffs für einzelne Branchen genauer zu erfassen, wurden die in Layoff-Arbeitslosigkeit verbrachten Tage der Summe der Beschäftigungstage einer Branche (einschließlich der Layoff-Phasen) gegenübergestellt. In der Bauwirtschaft und im Tourismus (Beherbergung und Gastronomie) entfielen im Jahr 2023 jeweils 3,1% dieser "Beschäftigungszeit" auf Layoffs (Übersicht 5). Somit wurden mehr als 3% der gesamten Beschäftigungstage – einschließlich Unterbrechungsphasen – durch Arbeitslosigkeit im Rahmen temporärer Layoffs abgedeckt. Ähnlich hoch war der Anteil in der Arbeitskräfteüberlassung mit

2,7%. Damit stehen diese drei Branchen nicht nur beim absoluten Volumen an Layoff-Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen Kosten an der Spitze (Abbildung 5), sondern auch relativ zum Beschäftigungsumfang.

Gemessen an der Beschäftigungszeit weniger bedeutsam sind temporäre Layoffs etwa im Handel, wo sie nur 0,4% ausmachen. Der hohe Beitrag des Handels zum Gesamtausmaß der Layoff-Arbeitslosigkeit folgt somit aus dem großen Beschäftigungsvolumen der Branche und nicht aus der überdurchschnittlichen Nutzung dieser Personalstrategie.

Überdurchschnittliche Anteile an Layoff-Zeiten zeigen sich auch in der Landwirtschaft (2,2%), im Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (1,9%), in den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (1,4%) sowie in Verkehr und Lagerei (1,0%). Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt lag der Anteil temporärer Layoff-Zeiten im Jahr 2023 bei 0,9%.

Mit jeweils 0,2% (2023) sehr gering sind die Anteile in den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen, den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen sowie in der öffentlichen Verwaltung. Gleichwohl werden temporäre Layoffs in allen Wirtschaftsbereichen eingesetzt und haben – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – durchweg messbare Relevanz.

Bauwirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung nutzen temporäre Layoffs – auch im Verhältnis zu ihrem Beschäftigungsvolumen – am intensivsten.

Übersicht 5: Anteil temporärer Layoffs an der Beschäftigungszeit nach Branchen 2023

Layoff-Tage in % aller Beschäftigungstage (einschließlich Zeiten der Layoff-Arbeitslosigkeit)

	Layoff-Anteil in %
Beherbergung und Gastronomie	3,1
Bau	3,1
Arbeitskräfteüberlassung	2,7
Landwirtschaft, Bergbau	2,2
Kunst, Unterhaltung und Erholung	1,9
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Arbeitskräfteüberlassung)	1,4
Verkehr und Lagerei	1,0
Erziehung und Unterricht	0,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,5
Sonstige Dienstleistungen	0,5
Handel, Kfz	0,4
Gesundheits- und Sozialwesen	0,4
Information und Kommunikation	0,4
Sonstige (vor allem private und sonstige Dienstleistungen)	0,3
Warenherstellung	0,3
Energieversorgung; Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	0,3
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	0,2
Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleistungen	0,2
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	0,2
Insgesamt	0,9

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Layoff-Anteil: Summe der Layoff-Tage in % der Summe der registrierten Beschäftigungs- und Layoff-Tage der jeweiligen Branche.

4. Merkmale temporärer Layoffs

Ein Beschäftigungsverhältnis wird häufig nur kurz und nicht nur einmal, sondern mehrmals hintereinander unterbrochen. Die betroffenen Arbeitskräfte sind während der Beschäftigungsunterbrechung typischerweise durchgehend arbeitslos.

Temporäre Layoffs lassen sich u. a. wie folgt charakterisieren:

- **Layoff-Dauer:** Ein großer Teil der Beschäftigungsunterbrechungen ist kurz. Bei Berücksichtigung aller Wiedereinstellungen innerhalb eines Jahres dauern zwei Drittel (69,6%; 2024) nicht länger als drei Monate und annähernd die Hälfte (48,3%) höchstens zwei Monate. Ein gutes Fünftel der Layoffs (21,7%) dauert nicht länger als einen Monat. Der Median liegt bei etwa zwei Monaten (63 Tagen), das arithmetische Mittel aufgrund einiger weniger sehr langer Unterbrechungen bei knapp drei Monaten (88 Tagen; Übersicht 6).
- Die durchschnittliche Dauer der Layoffs veränderte sich lange Zeit kaum, verlängerte sich jedoch 2017 deutlich: Das arithmetische Mittel stieg von 82 auf 89 Tage, der Median von 59 auf 65 Tage. Ursächlich dafür war der markante Rückgang der Zahl sehr kurzer Beschäftigungsunterbrechungen, der mit den erwähnten Gesetzesänderungen zusammenhängen dürfte. Der Anteil der Layoffs mit einer Dauer von höchstens einer Woche schrumpfte von 10,3% im Jahr 2016 auf nur noch 3,2% im Jahr 2017 (Abbildung 6).
- **Erwerbsstatus während des Layoffs:** Arbeitskräfte, die zwischen Beschäftigungsbeendigung und Wiedereinstellung arbeitslos sind, verbringen in der Regel den Großteil oder den gesamten Aussetzungszeitraum in Arbeitslosigkeit. Sie gehen nur äußerst selten während der Beschäftigungsunterbrechung irgendeiner sonstigen Form der Erwerbstätigkeit nach. Bei Berücksichtigung aller Wiedereinstellungen innerhalb eines Jahres verbrachten betroffene Personen im Jahr 2024 im arithmetischen Mittel 85,4% der Layoff-Tage in registrierter Arbeitslosigkeit und nur 7,6% in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Der Medianwert liegt bei 100% Arbeitslosigkeit, was bedeutet, dass mindestens die Hälfte der Betroffenen für die gesamte Dauer der Unterbrechung arbeitslos gemeldet war. Bei kurzen Unterbrechungen von höchstens zwei Monaten verbrachten die Betroffenen im Durchschnitt sogar 93,9% der Layoff-Tage in Arbeitslosigkeit. Der Median beträgt ebenfalls 100%.

Übersicht 6: Verteilung der Beschäftigungsunterbrechungen (Layoffs) nach der Dauer 2024

Wiedereinstellungen innerhalb eines Jahres

	Österreich	Wien	Nieder- österreich	Burgenland	Ober- österreich	Steiermark	Kärnten	Salzburg	Tirol	Vorarlberg
	Anteile in %									
1 bis 7 Tage	2,3	2,6	3,3	1,6	3,4	2,3	1,9	1,9	0,8	1,7
8 bis 14 Tage	3,7	4,0	4,2	2,3	5,0	3,9	3,0	3,2	2,3	3,6
15 bis 31 Tage	15,8	14,9	16,0	10,9	18,9	17,0	13,7	16,0	14,7	15,0
32 bis 61 Tage	26,5	17,6	23,5	25,0	25,8	25,5	27,2	30,1	36,7	27,8
62 bis 92 Tage	21,3	16,8	23,3	26,4	19,8	24,4	22,8	21,4	21,8	18,0
93 oder mehr Tage	30,4	44,1	29,7	33,8	27,0	26,9	31,3	27,4	23,8	33,9
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	Tage									
Arithmetisches Mittel	88	108	84	88	80	81	88	87	83	100
Median	63	81	65	73	59	62	66	61	58	63

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich.

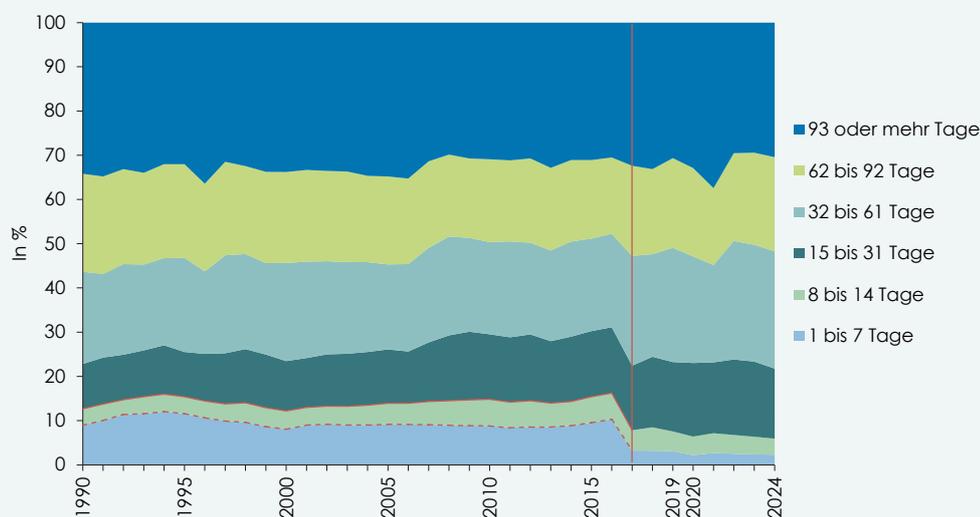
- **Wiederholte Unterbrechungen:** Beschäftigungsverhältnisse werden häufig nicht nur einmal, sondern mehrfach unterbrochen und nach einer Phase des temporären Layoffs erneut aufgenommen. Beschäftigungsbeendigung, Arbeitslosigkeit und Wiedereinstellung beim selben Arbeitgeber folgen somit wiederholt aufeinander. Um dieses Muster adäquat abzubilden, wurden im Rahmen der Analyse zusammenhängende Beschäftigungsepisoden zu sogenannten "Jobs" zusammengefasst: Beschäftigungsverhältnisse, die durch einen temporären Layoff unterbrochen und anschließend wieder aufgenommen wurden, gelten als ein durchgängiger Job. Bei den im Jahr 2024 beendeten Jobs gab es in Einzelfällen bis zu 280 Wiedereinstellungen. Im Durchschnitt waren es drei Recalls pro Job, der Median lag bei einem Recall.
- **Zeitliche Dynamik temporärer Layoffs im Jahresverlauf:** Wie Eppel et al. (2018a, 2018b) zeigten, folgen temporäre Layoffs einem ausgeprägten saisonalen Muster, das eng mit den für Österreich typischen Schwankungen der Arbeitslosigkeit im Jahresverlauf verbunden ist. Zu Winterbeginn kommt es vermehrt zu Beschäftigungsbeendigungen – insbesondere in der Bauwirtschaft, wo viele Produktionsunterbrechungen saisonal bedingt sind.

Entsprechend erreicht der Bestand an registrierten Arbeitslosen im Jänner seinen Höchststand. Auch der Anteil jener Arbeitslosen, die über eine Einstellzusage verfügen, ist zu diesem Zeitpunkt am höchsten. Mit dem Frühling beginnt auch die Wiedereinstellung zahlreicher Arbeitskräfte für die Sommersaison, wodurch die Arbeitslosigkeit und der Anteil der vorgemerkten Personen mit Einstellzusage bis zum Sommer einen Tiefstand erreichen.

- Die Recall-Quote für besonders kurze Unterbrechungen von bis zu zwei Monaten verläuft dagegen deutlich flacher. Da in diesem Fall klassische, saisonal bedingte

Unterbrechungen weitgehend ausgeklammert sind, sind die saisonalen Spitzen weniger ausgeprägt. Gleichwohl zeigt sich auch hier ein Anstieg im Jänner und Februar. Dienstverhältnisse dürften somit auch unabhängig von der Saisonalität der Tätigkeit verstärkt während der Winterferien unterbrochen werden. Insgesamt sind zwar viele temporäre Layoffs saisonal bedingt, es handelt sich jedoch keineswegs um ein rein saisonales Phänomen. Wiedereinstellungen erfolgen das ganze Jahr hindurch in relevanter Zahl (Eppel et al., 2018a, 2018b).

Abbildung 6: Verteilung der Beschäftigungsunterbrechungen (Layoffs) nach der Dauer



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Die vertikale Linie kennzeichnet den Strukturbruch im Jahr 2017.

5. Die beteiligten Betriebe

Betriebe in Bauwirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung setzen Beschäftigungsverhältnisse besonders häufig aus, um auf Auslastungsschwankungen zu reagieren. In diesen Branchen spielen Saisoneffekte eine zentrale Rolle. In der Bauwirtschaft lag die Recall-Quote im Jahr 2024 bei 33,4%, womit jede dritte Beschäftigungsaufnahme als Wiedereinstellung nach einem temporären Layoff erfolgte. Damit weist die Bauwirtschaft den mit Abstand höchsten Wert auf. Es folgen die Arbeitskräfteüberlassung mit 14,4% und der Tourismus (Beherbergung und Gastronomie) mit 13,8%. Dahinter liegen Verkehr und Lagerei (10,2%), die sonstigen wirt-

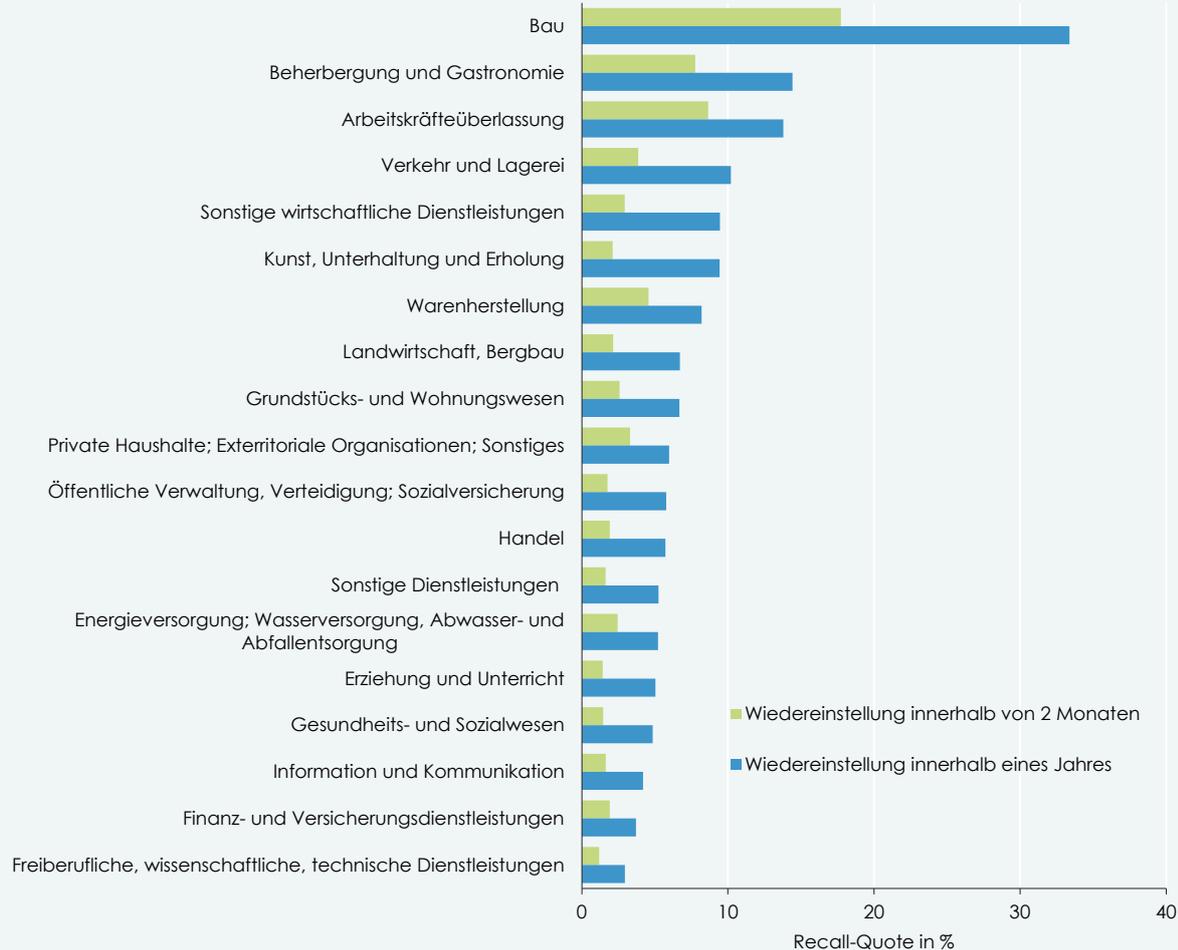
schaftlichen Dienstleistungen (ohne Arbeitskräfteüberlassung; 9,5%), der Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung (9,4%) sowie die Warenherstellung (8,2%). Am seltensten ausgesetzt werden Beschäftigungsverhältnisse in den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen, den Finanz- und Versicherungsdienstleistungen sowie in der Information und Kommunikation. Obwohl die Unterschiede zwischen den Branchen ausgeprägt sind, dienen temporäre Layoffs in allen Wirtschaftsbereichen als Instrument, um den Personalstand flexibel an saisonale und sonstige Schwankungen anzupassen (Abbildung 7)⁸⁾.

Temporäre Layoffs dienen branchenübergreifend der Flexibilisierung des Personalbestandes. Besonders häufig genutzt werden sie in den Bereichen Bauwirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung.

⁸⁾ Die Nutzung temporärer Layoffs als Personalstrategie entwickelte sich über die Zeit je nach Branche unterschiedlich. Während ihre Bedeutung in Landwirtschaft und Bergbau stark abnahm (Recall-Quote 1990: 20,7%, 2024: 6,7%) und auch im Tourismus deutlich zurückging (1990: 22,1%, 2024: 14,4%), nahm sie in der Bauwirtschaft weiter zu (1990: 25,9%, 2024: 33,4%).

Auch in der Arbeitskräfteüberlassung (von 9,0% auf 13,8%) und den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen ohne Arbeitskräfteüberlassung (von 5,7% auf 9,5%) war ein deutlicher Anstieg zu beobachten. In anderen Branchen veränderte sich die Recall-Quote langfristig hingegen weniger.

Abbildung 7: Recall-Quote nach Branchen 2024



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr.

Auch innerhalb der einzelnen Branchen zeigen sich erhebliche Unterschiede in der Häufigkeit temporärer Layoffs:

- **Bauwirtschaft:** Besonders hohe Recall-Quoten finden sich im Tiefbau (46,9%) und Hochbau (41,0%). Im Bereich "Vorbereitende Baustellenarbeiten, Bauinstallation und sonstiges Ausbaugewerbe" ist die Quote mit 27,5% zwar ebenfalls hoch, aber viel niedriger als in den beiden anderen Zweigen der Bauwirtschaft.
- **Tourismus:** Temporäre Beschäftigungsunterbrechungen sind in der Beherbergung (17,9%) deutlich üblicher als in der Gastronomie (11,1%).
- **Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen:** Die Gebäudebetreuung, Garten- und Landschaftspflege weist besonders hohe Recall-Quoten auf. In anderen Teilbereichen wie Reisebüros oder Wach- und Sicherheitsdiensten liegen sie weit darunter.
- **Herstellung von Waren:** In der Herstellung von Holz-, Flecht-, Korb- und Korkwaren (ohne Möbel) sowie der Herstellung von

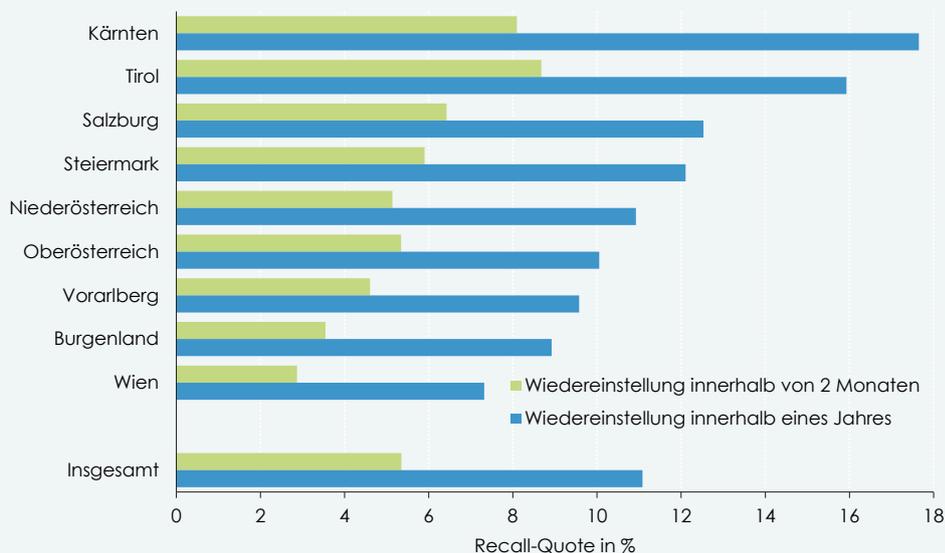
Glas, Keramik und der Verarbeitung von Steinen und Erden liegt die Recall-Quote über 25%. Auch in der Metallverarbeitung (12,8%), der Möbelherstellung (10,3%) und der Kfz-Industrie (9,4%) sind Layoffs überdurchschnittlich häufig. In anderen Teilbereichen der Industrie ist die Nutzung deutlich seltener.

- **Verkehr und Lagerei:** Die insgesamt hohe Recall-Quote ist vor allem auf den Landverkehr, den Transport in Rohrfernleitungen und die Schifffahrt zurückzuführen. In der Luftfahrt, der Lagerei sowie bei Post-, Kurier- und Expressdiensten ist die Nutzung hingegen gering.
- **Information und Kommunikation:** Während temporäre Layoffs im Bereich Film, Fernsehen, Kinos, Tonstudios und Musikverlage (12,3%) relativ verbreitet sind, ist ihre Bedeutung in den übrigen Bereichen – etwa im Verlagswesen, bei Rundfunkveranstaltern, in der Telekommunikation oder in Nachrichtenagenturen – gering.
- **Kunst, Unterhaltung und Erholung:** Besonders hoch ist die Recall-Quote in Bibliotheken, Archiven, Museen sowie botanischen Gärten.

nischen und zoologischen Gärten sowie im Bereich Sport, Unterhaltung und Erholung. Geringer ist sie in künstlerischen

Tätigkeiten, besonders niedrig im Spiel-, Wett- und Lotteriewesen.

Abbildung 8: **Recall-Quote nach Bundesländern 2024**



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr.

Abgesehen von der Branchenzugehörigkeit lassen sich die beteiligten Betriebe durch folgende Merkmale charakterisieren (vgl. Übersicht 7):

- **Betriebsgröße:** Wengleich Betriebe unterschiedlicher Größe die Strategie der temporären Layoffs nutzen, zeigen sich deutliche Unterschiede in der Häufigkeit. Kleine Betriebe mit bis zu 50 Beschäftigten greifen häufiger darauf zurück als große Unternehmen, insbesondere als solche mit mehr als 250 Beschäftigten. Betrachtet man ausschließlich sehr kurze Unterbrechungen von weniger als zwei Monaten, zeigt sich jedoch ein anderes Bild: Diese kommen in Kleinstbetrieben mit weniger als zehn Beschäftigten ebenso selten vor wie in Großbetrieben mit über 250 Beschäftigten. Die höchste Recall-Quote für kurze Unterbrechungen findet sich in mittleren Betrieben mit 10 bis 49 Beschäftigten.
- **Beschäftigungsumschlag:** Zahlreiche Betriebe, die temporäre Layoffs einsetzen, zeichnen sich durch eine hohe Personalfluktuation, d. h. durch überdurchschnittlich viele Einstellungen und Abgänge, aus. Die Recall-Quote ist in Betrieben mit hoher Fluktuation deutlich höher als in Betrieben mit niedriger Fluktuation. Als Maß für den Beschäftigungsumschlag dient hier die sogenannte Labour-Turnover-Quote. Sie ist definiert als Anteil der Summe aus Zugängen und Abgängen

am jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsbestand eines Betriebes.

- **Beschäftigungswachstum:** Auch im Hinblick auf die betriebliche Beschäftigungsdynamik zeigen sich Unterschiede: Schrumpfende Betriebe weisen tendenziell höhere Recall-Quoten auf als wachsende.
- Ein weiterer Einflussfaktor ist das **Lohnniveau**. Betriebe mit mittlerem Lohnniveau zeigen insgesamt die höchste Recall-Quote. Vergleicht man den betrieblichen Medianlohn lediglich mit dem gesamtwirtschaftlichen Medianlohn, ist das Muster noch nicht eindeutig erkennbar. Der Vergleich wird dann durch branchenbedingte Unterschiede in der Nutzungshäufigkeit temporärer Layoffs überlagert, etwa durch die intensive Nutzung in der Bauwirtschaft, die einen hohen Anteil an Hochlohnbetrieben und zugleich einen vergleichsweise geringen Anteil an Niedriglohnbetrieben aufweist. Wird jedoch der betriebliche Medianlohn relativ zum jeweils branchenspezifischen Median betrachtet – also im Verhältnis zu typischen Löhnen in der jeweiligen Branche zum Zeitpunkt der Arbeitsaufnahme – ergibt sich der oben genannte Befund: Betriebe mit einem mittleren Lohnniveau (zwischen zwei und vier Drittel des Branchenmedians) weisen deutlich höhere Recall-Quoten auf als Niedriglohnbetriebe (weniger als zwei Drittel des Branchenmedians) oder Hochlohnbetriebe

Relativ verbreitet sind temporäre Layoffs in kleineren Betrieben, schrumpfenden Unternehmen sowie Betrieben mit hohem Personalumschlag, mittlerem Lohnniveau und überwiegend männlicher Belegschaft. Regional werden sie besonders in Kärnten und Tirol häufig eingesetzt.

- (mehr als vier Drittel des Branchenmedians).
- **Betriebsalter:** Die Recall-Quote ist in Betrieben, die erst vor höchstens fünf Jahren in den Markt eintraten, deutlich unterdurchschnittlich. Unter etablierten Betrieben zeigen sich hingegen nur geringe Unterschiede in der Nutzungshäufigkeit.
 - **Belegschaftsstruktur:** Temporäre Layoffs werden häufiger von Betrieben eingesetzt, in denen ein hoher Männer- und ein niedriger Frauenanteil an der Belegschaft vorherrscht. Mit steigendem Durchschnittsalter der Belegschaft nimmt die Recall-Quote tendenziell zu. Insgesamt lässt sich jedoch kein starker Zusammenhang zwischen der Altersstruktur der Beschäftigten und dem Einsatz temporärer Layoffs erkennen.
 - **Regionale Verteilung:** Temporäre Layoffs sind österreichweit verbreitet, treten jedoch allerdings unterschiedlich häufig auf. Am häufigsten sind sie in Kärnten und Tirol, gefolgt von Salzburg und der Steiermark. Am seltensten werden sie in Wien eingesetzt (Abbildung 8).

Übersicht 7: Recall-Quote nach Betriebsmerkmalen 2024

	Recall innerhalb von 2 Monaten Recall innerhalb eines Jahres	
	In %	
Insgesamt	5,3	11,1
Branche		
Landwirtschaft, Bergbau	2,1	6,7
Warenherstellung	4,6	8,2
Energieversorgung; Wasserversorgung, Abwasser- und Abfallentsorgung	2,5	5,2
Bau	17,7	33,4
Handel	1,9	5,7
Verkehr und Lagerei	3,9	10,2
Beherbergung und Gastronomie	7,8	14,4
Information und Kommunikation	1,6	4,2
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	1,9	3,7
Grundstücks- und Wohnungswesen	2,6	6,7
Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienstleistungen	1,2	2,9
Arbeitskräfteüberlassung	8,7	13,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (ohne Arbeitskräfteüberlassung)	2,9	9,5
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung; Sozialversicherung	1,8	5,8
Erziehung und Unterricht	1,4	5
Gesundheits- und Sozialwesen	1,5	4,8
Kunst, Unterhaltung und Erholung	2,1	9,4
Sonstige Dienstleistungen	1,6	5,2
Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen; Sonstiges	3,3	6,0
Bundesland		
Wien	2,9	7,3
Niederösterreich	5,1	10,9
Burgenland	3,5	8,9
Oberösterreich	5,3	10,1
Steiermark	5,9	12,1
Kärnten	8,1	17,6
Salzburg	6,4	12,5
Tirol	8,7	15,9
Vorarlberg	4,6	9,6
Betriebsalter		
Bis unter 5 Jahre	3,4	7,2
5 bis unter 10 Jahre	5,3	11,7
10 bis unter 15 Jahre	5,6	12,4
15 bis unter 20 Jahre	5,8	12,4
20 Jahre und mehr	6,1	11,9

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr.

Übersicht 7/Fortsetzung: Recall-Quote nach Betriebsmerkmalen 2024

	Recall innerhalb von 2 Monaten	Recall innerhalb eines Jahres
	In %	
Betriebsgröße		
1 bis 9 Beschäftigte	4,9	12,9
10 bis 49 Beschäftigte	6,8	12,9
50 bis 99 Beschäftigte	5,7	10,2
100 bis 249 Beschäftigte	5,2	9,2
Ab 250 Beschäftigte	4,1	8,1
Beschäftigungswachstum¹⁾		
Stark wachsend (mehr als +0,2%)	2,6	5,5
Wachsend (+0,02% bis +0,2%)	4,4	9,1
Stagnierend (über -0,02% bis unter +0,02%)	5,5	11,3
Schrumpfend (-0,2% bis -0,02%)	7,9	15,9
Stark schrumpfend (mehr als -0,2%)	8,8	19,6
Beschäftigungsumschlag²⁾		
Zugangsquote ab 100%	6,6	13,6
Abgangsquote ab 100%	7,4	15,1
Labour-Turnover-Quote ³⁾		
Niedrig (unter 50%)	0,9	2,7
Eher niedrig (50% bis 100%)	2,9	6,3
Eher hoch (über 100% bis 200%)	6,9	14,0
Hoch (über 200%)	6,9	14,1
Lohnniveau⁴⁾ gemessen am Median der Gesamtwirtschaft		
Keine Lohninformation	3,3	11,8
Hoch	6,2	11,3
Mittel	5,8	11,7
Niedrig	2,6	8,0
Lohnniveau gemessen am Median der Branche		
Keine Lohninformation	3,3	11,8
Hoch	3,4	7,7
Mittel	6,4	12,4
Niedrig	2,3	7,5
Belegschaftsstruktur		
Frauenanteil		
Bis 33%	7,9	14,9
Weniger als 60%	6,4	12,4
Mindestens 60%	3,4	7,8
Medianalter der Beschäftigten		
Bis 34 Jahre	4,3	9,3
35 bis 45 Jahre	5,9	11,0
45 Jahre oder höher	5,7	12,8

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr. – ¹⁾ Gemessen an der symmetrischen Wachstumsrate der Beschäftigung, d. h. der Veränderung des jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsbestandes gegenüber dem Vorjahr; standardisiert zwischen [-2; +2]. ²⁾ Anteil der Zu- bzw. Abgänge gemessen am jahresdurchschnittlichen Beschäftigungsstand. – ³⁾ Anteil des Turnover (Summe aus Zugängen und Abgängen) in % des Beschäftigungsbestandes im Jahresdurchschnitt. – ⁴⁾ Das betriebliche Lohnniveau wird auf zwei Arten gemessen: Gesamtwirtschaftlich . . . Vergleich des betrieblichen Medianlohns (monatlicher Bruttolohn ohne Sonderzahlungen auf Basis der Beitragsgrundlage zur Sozialversicherung, bis zur Höchstbeitragsgrundlage) mit dem Medianlohn auf Basis aller Beschäftigungsaufnahmen im Jahr 2024. Branchenspezifisch . . . Vergleich des betrieblichen Medianlohns mit dem Medianlohn innerhalb der jeweiligen Branche (ebenfalls auf Basis aller Beschäftigungsaufnahmen 2024). Auf dieser Grundlage erfolgt die Einteilung in Niedriglohnbetriebe (unter zwei Drittel des jeweiligen Medianlohns), Mittellohnbetriebe (zwei bis vier Drittel) und Hochlohnbetriebe (über vier Drittel). Die Berechnung berücksichtigt das Einstellungsvolumen eines Betriebes – je mehr Stellenbesetzungen, desto stärker fließt der Betrieb in die Medianberechnung ein.

6. Die betroffenen Arbeitskräfte

Überdurchschnittlich häufig von temporären Layoffs betroffen sind Arbeiter:innen, Männer, Personen im mittleren und höheren Erwerbsalter, Erwerbstätige mit niedriger oder mittlerer Ausbildung, sowie Personen aus den traditionellen Gastarbeiterländern.

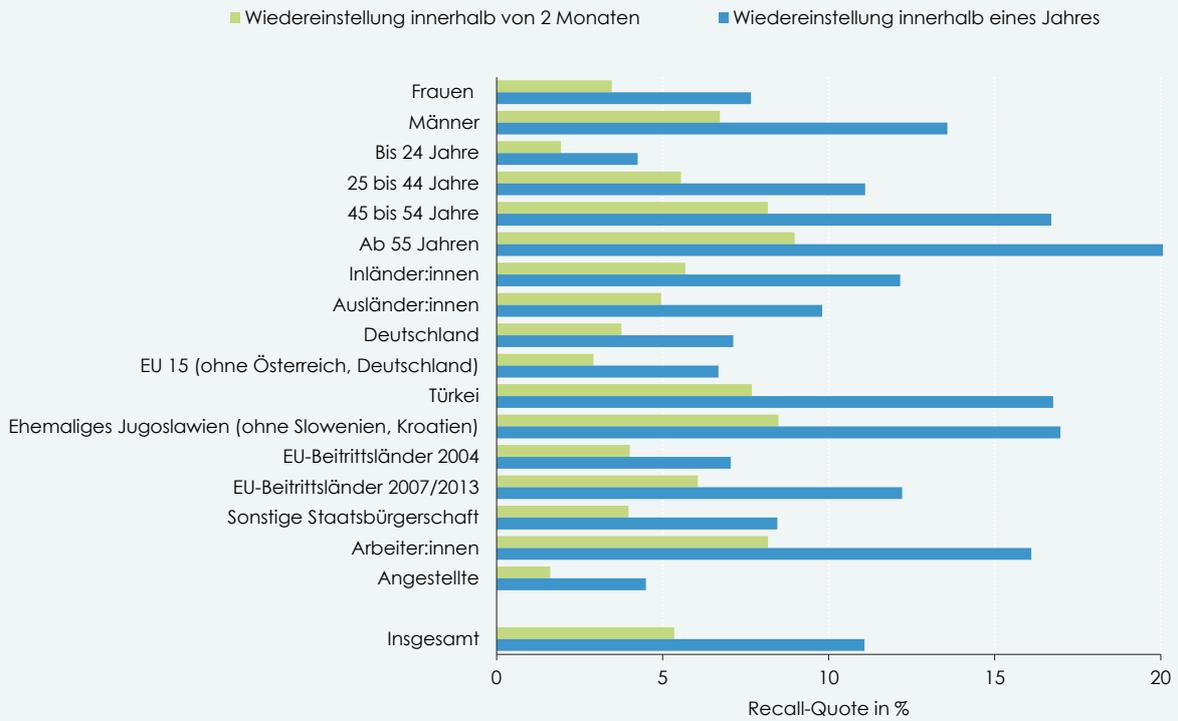
Zu den betroffenen Personen lässt sich Folgendes feststellen:

- **Berufsgruppe:** Arbeiter:innen sind deutlich häufiger von temporären Layoffs betroffen als Angestellte. Dies hängt vor allem mit der Branchenstruktur und einer stärkeren Konzentration von Arbeiter:innen in einschlägigen Sektoren wie Bauwirtschaft, Tourismus und Arbeitskräfteüberlassung zusammen.
- **Geschlecht:** Männer sind wesentlich häufiger von temporären Layoffs betroffen als Frauen. Dies ist insbesondere auf die intensive Nutzung dieser Personalstrategie in der Bauwirtschaft zurückzuführen.
- **Alter:** Die Betroffenheit nimmt in beiden Geschlechtern mit dem Alter zu. Besonders 45- bis 54-Jährige und vor allem 55- bis 64-Jährige weisen deutlich höhere Recall-Quoten auf als Jüngere. Ein Grund dürfte sein, dass ältere Personen seltener neue Beschäftigungen aufnehmen – etwa wegen stabilerer Erwerbsverläufe –, wodurch Wiedereinstellungen rechnerisch stärker ins Gewicht fallen. Zudem verbleiben viele Betroffene offenbar langfristig in instabilen Beschäftigungsmustern. Neueinstiege bei anderen Arbeitgebern sind im höheren Alter seltener, was auf eine verringerte berufliche Mobilität und ein erhöhtes Ausgrenzungsrisko hinweisen könnte.
- **Staatsangehörigkeit:** Inländer:innen sind im Durchschnitt häufiger von Recalls betroffen als Ausländer:innen. Innerhalb der ausländischen Arbeitskräfte zeigen sich jedoch ausgeprägte Unterschiede: Überdurchschnittlich betroffen sind vor allem Personen aus den traditionellen Gastarbeiterländern (Türkei und ehemaliges Jugoslawien), aber auch aus den 2007 bzw. 2013 der EU beigetretenen osteuropäischen Ländern (Bulgarien, Rumänien, Kroatien). Dies dürfte ihrer stärkeren Präsenz in Branchen mit hoher Recall-Nutzung (z. B. Bau, Tourismus)⁹⁾ zuzuschreiben sein. Geringer sind die Recall-Quoten hingegen unter Arbeitskräften aus Deutschland, anderen EU-15-Ländern, den Ländern der EU-Osterweiterung von 2004 sowie unter Personen mit sonstiger Staatsangehörigkeit. Die Quoten könnten jedoch teilweise unterschätzt sein, da temporäre Layoffs nicht erfasst werden, wenn Grenzgänger:innen – etwa viele Deutsche oder Arbeitskräfte aus osteuropäischen EU-Ländern – während der Unterbrechung nicht in Österreich, sondern im Land ihres Wohnsitzes als arbeitslos gemeldet sind und dort ihren Anspruch auf Arbeitslosengeld geltend machen.
- **Mutterschaft:** Insgesamt unterscheiden sich Frauen mit bzw. ohne Kinder kaum in der durchschnittlichen Recall-Quote, im Detail zeigen sich jedoch deutliche Unterschiede nach der Familiensituation. Bei Müttern mit Kleinkindern (unter 3 Jahre) sind temporäre Layoffs selten. Mit höherem Kindesalter und steigender Anzahl der Kinder nimmt allerdings auch die Recall-Quote zu; erhöht ist sie insbesondere bei Müttern mit schulpflichtigen Kindern.
- **Ausbildungsniveau:** Wie Eppel et al. (2018a, 2018b) zeigten, sind Geringqualifizierte mit höchstens Pflichtschulabschluss und insbesondere Arbeitskräfte mit Lehrabschluss deutlich häufiger von temporären Layoffs betroffen als höherqualifizierte Arbeitskräfte. Ein Grund liegt in der Branchenverteilung: Personen mit Lehrabschluss sind oft in Sektoren mit hohem saisonalen Beschäftigungsumschlag tätig. Personen mit Matura und Akademiker:innen sind hingegen seltener von Layoffs betroffen – möglicherweise auch deshalb, weil Betriebe das Risiko scheuen, deren spezifisches Know-how zu verlieren, wenn keine Wiedereinstellung erfolgt.
- **Frühere Arbeitslosigkeitsepisoden:** Personen, die in den fünf Jahren vor der Beschäftigungsaufnahme häufiger arbeitslos waren, weisen eine deutlich höhere Recall-Quote auf. Das deutet auf eine strukturelle Beschäftigungsinstabilität hin: Wer bereits zuvor temporäre Layoffs erlebt hat, ist häufiger erneut betroffen. Ein Grund ist die Branchenzugehörigkeit: viele dieser Personen arbeiten in Sektoren wie Bau oder Tourismus, wo temporäre Layoffs üblich sind. Zudem bleiben Beschäftigte, die schon einmal wieder eingestellt wurden, oft im selben Betrieb oder derselben Branche, wo diese Praxis zur Personalstrategie gehört. Wer eine instabile Erwerbsbiografie aufweist, könnte zudem geringere Chancen auf eine dauerhafte Anstellung in anderen Betrieben haben und so in einem Kreislauf aus befristeter Beschäftigungsbeendigung und Wiedereinstellung verbleiben. Außerdem kann häufige Arbeitslosigkeit auf eine schwächere Arbeitsmarktposition hindeuten – etwa durch geringe Qualifikation oder gesundheitliche Einschränkungen –, die möglicherweise eine stabile Erwerbskarriere erschwert.

⁹⁾ Ein möglicher Zusatzgrund ist, dass für diese Gruppen keine (neue) Beschäftigungsbewilligung erforderlich ist – im Unterschied zu Drittstaatsangehörigen, für

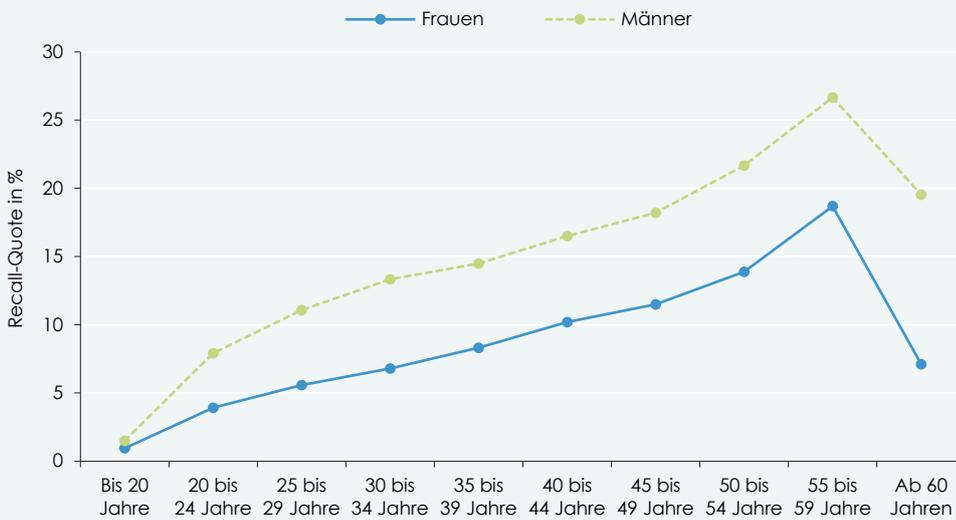
die eine Wiedereinstellung mit zusätzlichen Aufenthalts- und arbeitsrechtlichen Hürden verbunden sein kann.

Abbildung 9: **Recall-Quote nach Merkmalen der betroffenen Personen 2024**



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr.

Abbildung 10: **Recall-Quote nach Alter und Geschlecht 2024**



Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktservice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr.

Übersicht 8: Recall-Quote nach Merkmalen der betroffenen Personen 2024

	Recall innerhalb von 2 Monaten	Recall innerhalb eines Jahres
	Anteile in %	
Insgesamt	5,3	11,1
Berufliche Stellung		
Angestellte	1,6	4,5
Arbeiter:innen	8,2	16,1
Geschlecht		
Frauen	3,5	7,7
Männer	6,7	13,6
Altersgruppe		
Bis 24 Jahre	1,9	4,2
25 bis 44 Jahre	5,6	11,1
45 bis 54 Jahre	8,2	16,7
Ab 55 Jahren	9,0	20,3
Bis 20 Jahre	0,5	1,2
20 bis 24 Jahre	2,8	6,2
25 bis 29 Jahre	4,4	8,9
30 bis 34 Jahre	5,4	10,8
35 bis 39 Jahre	6,0	12,0
40 bis 44 Jahre	7,0	13,9
45 bis 49 Jahre	7,6	15,4
50 bis 54 Jahre	8,8	18,2
55 bis 59 Jahre	10,6	23,2
Ab 60 Jahren	6,1	15,2
Staatsbürgerschaft		
Österreich	5,7	12,2
Ausland	5,0	9,8
Deutschland	3,8	7,1
EU 15 (ohne Österreich, Deutschland)	2,9	6,7
Türkei	7,7	16,8
Ehemaliges Jugoslawien (ohne Slowenien, Kroatien)	8,5	17,0
EU-Beitrittsländer 2004	4,0	7,1
EU-Beitrittsländer 2007/2013	6,1	12,2
Sonstige	4,0	8,5
Mutterschaft		
Ohne Kind	5,4	11,0
Mit Kind	5,2	11,7
1 Kind	4,5	9,8
2 Kinder	5,7	12,8
3 oder mehr Kinder	6,0	14,6
Alter des jüngsten Kindes		
Bis 2 Jahre	0,9	2,0
3 bis 7 Jahre	5,0	12,0
8 bis 10 Jahre	6,1	13,9
11 bis 15 Jahre	6,4	14,4
Ab 16 Jahre	7,9	17,7
Arbeitslosigkeit in den letzten 5 Jahren¹⁾		
1 bis 92 Tage	9,8	15,4
93 bis 182 Tage	12,7	25,0
183 bis 365 Tage	9,2	24,1

Q: WIFO-INDI-DV auf Basis von Daten des Dachverbandes der Sozialversicherungsträger und des Arbeitsmarktser-vice Österreich. Recall-Quote: Anteil der Wiedereinstellungen an allen Beschäftigungsaufnahmen im jeweiligen Kalenderjahr. – ¹⁾ Breit definiert: alle AMS-Vormerkstatus.

7. Zusammenfassung und Schlussfolgerungen

Temporäre Layoffs, definiert als Beendigung von Beschäftigungsverhältnissen und Wiedereinstellung dieser Arbeitskräfte nach einer Arbeitslosigkeitsepisode durch denselben Arbeitgeber, spielen in Österreich nach wie vor eine wichtige Rolle, auch wenn ihre Bedeutung seit Mitte der 2010er-Jahre leicht rückläufig ist. Diese Flexibilisierungsstrategie wird seit Jahrzehnten von einem Teil der Betriebe gewählt, um nicht nur saisonbedingte, sondern auch andere kurzfristige Schwankungen des Arbeitskräftebedarfs auszugleichen. Diese Betriebe übertragen so das mit Produktionsschwankungen verbundene Risiko auf die betroffenen Arbeitskräfte und wälzen Personalkosten, die sie in Zeiten geringerer Auslastung hätten, teilweise auf die Arbeitslosenversicherung ab, da die Beschäftigungsunterbrechungen in der Regel in Arbeitslosigkeit verbracht werden.

Temporäre Layoffs sind für rund 1 Prozentpunkt der Arbeitslosenquote verantwortlich und – einschließlich der vom AMS übernommenen Sozialversicherungsbeiträge – jährlich mit Kosten zwischen 600 und 700 Mio. € für die Arbeitslosenversicherung verbunden.

Die gegenwärtige Ausgestaltung des arbeits- und sozialrechtlichen Rahmens setzt Anreize, kurzfristige Auslastungsschwankungen durch temporäre Beschäftigungsbeendigungen und spätere Wiedereinstellungen zu überbrücken (vgl. Eppel et al., 2015a):

- **Schwacher Kündigungsschutz:** Unbefristete Beschäftigungsverhältnisse können vergleichsweise leicht beendet werden.
- **Finanzielle Absicherung:** Betriebe können darauf vertrauen, dass während einer Beschäftigungsunterbrechung die Arbeitslosenversicherung die Einkommensabsicherung der betroffenen Arbeitskräfte übernimmt.
- **Geringer Vermittlungsdruck:** Arbeitslose mit Einstellzusage werden von der öffentlichen Arbeitsvermittlung kaum zur Aufnahme einer anderweitigen Beschäftigung angehalten.
- **Betriebliche Fehlanreize:** Es bestehen keine wirksamen betrieblichen Anreize, die Verlagerung von Arbeitskräften in die Arbeitslosigkeit zu vermeiden. Im Gegenteil: Die Arbeitgeberbeiträge zur Arbeitslosenversicherung sind pauschal und nicht risikodifferenziert ausgestaltet. Betriebe führen daher unabhängig von ihrer Kündigungspraxis und ungeachtet der Folgekosten, die ihre Personalpolitik der Arbeitslosenversicherung verursacht, den gleichen Beitragssatz ab. Dieser Umstand reizt zum übermäßigen Einsatz temporärer Layoffs an. Betriebe, die ihre Arbeitskräfte stabil beschäftigen, leisten in

der Folge überhöhte Beiträge und quersubventionieren jene Betriebe, die häufig auf temporäre Unterbrechungen von Dienstverhältnissen und spätere Wiedereinstellungen setzen (Fath & Fuest, 2005).

Ein möglicher Ansatz zur stärkeren Internalisierung der durch temporäre Layoffs entstehenden Kosten wäre die Einführung eines "Experience Rating" in der Arbeitslosenversicherung. In einem solchen System würden die Arbeitgeberbeiträge an das Kündigungsverhalten der Betriebe und somit an die tatsächliche Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung gekoppelt. Betriebe, die häufig auf vorübergehende Beschäftigungsunterbrechungen setzen, müssten dann – entsprechend dem Verursacherprinzip – höhere Beiträge leisten, während stabil beschäftigende Betriebe finanziell entlastet würden.

Ein "Experience Rating" könnte – bei weiterhin geringen Kündigungskosten und hoher Arbeitsmarktflexibilität – dazu beitragen, die übermäßige Inanspruchnahme der Arbeitslosenversicherung einzudämmen. Gleichzeitig würde ein Anreiz gesetzt, Arbeitskräfte auch in Phasen schwacher Auslastung kontinuierlich weiter zu beschäftigen, anstatt das Dienstverhältnis temporär zu unterbrechen (Feldstein, 1976, 1978; Genosko et al., 1999; Fath & Fuest, 2005; Blanchard & Tirole, 2008; Cahuc & Zylberberg, 2008). Wie Erfahrungen aus den USA zeigen, lassen sich durch ein solches System die Zahl temporärer Layoffs, die Arbeitslosigkeit und die damit verbundenen Kosten der sozialen Sicherung wirksam senken (Anderson & Meyer, 1993, 1994, 2000; Card & Levine, 1994; Topel, 1983; O'Leary & Barnow, 2016; Lenaerts et al., 2017).

Eine Alternative zu einem herkömmlichen Experience Rating wäre eine anfängliche Kostenbeteiligung der Betriebe an den Existenzsicherungsleistungen. Denkbar wäre etwa, dass Betriebe – analog zur Sperrfrist für Arbeitslose – im ersten Monat nach einer Beschäftigungsbeendigung das Arbeitslosengeld tragen ("Ein-Monats-Experience-Rating"; vgl. Eppel & Mahringer, 2020). Die daraus resultierenden Einsparungen in der Arbeitslosenversicherung könnten zur Budgetkonsolidierung, zur Senkung der Lohnnebenkosten oder zur Verbesserung der Leistungen genutzt werden. Gleichzeitig müsste ein solches Modell so ausgestaltet sein, dass die betriebliche Flexibilität erhalten bleibt und Reallokationen auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere angesichts des strukturellen Wandels der Wirtschaft notwendig sind, nicht behindert werden.

Institutionelle Rahmenbedingungen begünstigen in Österreich temporäre Layoffs.

Die Einführung eines "Experience Rating" könnte Betriebe dazu anreizen, ihr Personal dauerhaft zu halten.

Eine intensivere Vermittlung und eine stärkere Einbeziehung von Personen mit Einstellzusage in arbeitsmarktpolitische Fördermaßnahmen könnten ebenfalls dazu beitragen,

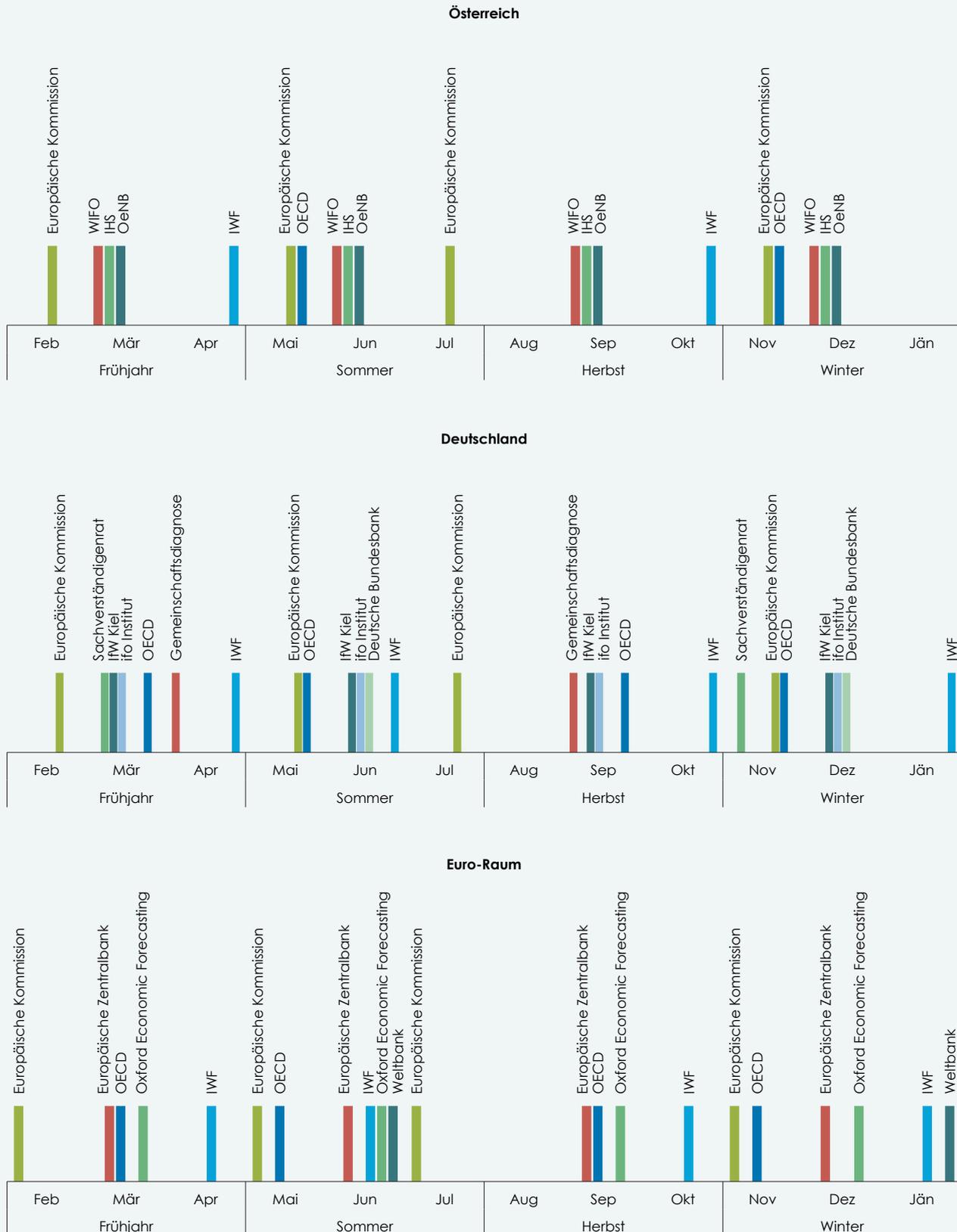
nicht zwingend notwendige temporäre Layoffs zu vermeiden und Beschäftigungsunterbrechungen z. B. für die Weiterbildung zu nutzen.

8. Literaturhinweise

- Anderson, P. M., & Meyer, B. D. (1993). Unemployment Insurance in the United States: Layoff Incentives and Cross Subsidies. *Journal of Labor Economics*, 11(1, Part 2), 70-95. <https://doi.org/10.1086/298329>.
- Anderson, P. M., & Meyer, B. D. (1994). The Effects of Unemployment Insurance Taxes and Benefits on Layoffs Using Firm and Individual Data. *NBER Working Papers*, (4960). <https://doi.org/10.3386/w4960>.
- Anderson, P. M., & Meyer, B. D. (2000). The Effects of the Unemployment Insurance Payroll Tax on Wages, Employment, Claims and Denials. *Journal of Public Economics*, 78(1-2), 81-106. [https://doi.org/10.1016/S0047-2727\(99\)00112-7](https://doi.org/10.1016/S0047-2727(99)00112-7).
- Blanchard, O., & Tirole, J. (2008). The Joint Design of Unemployment Insurance and Employment Protection: A First Pass. *Journal of the European Economic Association*, 6(1), 45-77. <https://doi.org/10.1162/JEEA.2008.6.1.45>.
- Böheim, R. (2006). 'I'll be Back' – Austrian Recalls. *Empirica*, 33(1), 1-18. <https://doi.org/10.1007/s10663-006-0001-1>.
- Cahuc, P., & Zylberberg, A. (2004). *Labor Economics*. MIT Press, 245-304.
- Cahuc, P., & Zylberberg, A. (2008). Optimum Income Taxation and Layoff Taxes. *Journal of Public Economics*, 92(11-12), 2003-2019. <https://doi.org/10.1016/j.jpubeco.2007.12.006>.
- Card, D., & Levine, P. B. (1994). Unemployment Insurance Taxes and the Cyclical and Seasonal Properties of Unemployment. *Journal of Public Economics*, 53(1), 1-29. [https://doi.org/10.1016/0047-2727\(94\)90011-6](https://doi.org/10.1016/0047-2727(94)90011-6).
- de Raaf, S., Motte, A., & Vincent, C. (2005). A Literature Review of Experience-Rating, Employment Insurance in Canada. *Social Research and Demonstration Corporation, Working Paper Series*, (05-03).
- Eppel, R., Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., & Mahringer, H. (2018). Der österreichische Arbeitsmarkt seit der Wirtschaftskrise. *WIFO-Monatsberichte*, 91(3), 191-204. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4136814>.
- Eppel, R., Horvath, T., & Mahringer, H. (2013). Die Struktur und Dynamik von Arbeitslosigkeit, atypischer Beschäftigung und Niedriglohnbeschäftigung in der Längsschnittanalyse 2000/2010. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4088481>.
- Eppel, R., Horvath, T., & Mahringer, H. (2017). Die Auswirkungen temporärer Layoffs auf die weitere Erwerbskarriere der betroffenen Arbeitskräfte. *WIFO Working Papers*, (539). <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4130909>.
- Eppel, R., Horvath, T., & Mahringer, H. (2018a). Das Aussetzen von Beschäftigungsverhältnissen als betriebliche Strategie zum Ausgleich von Schwankungen des Personalbedarfs. Ein Update. *WIFO-Monatsberichte*, 91(11), 799-810. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4139480>.
- Eppel, R., Horvath, T., & Mahringer, H. (2018b). Das Aussetzen von Beschäftigungsverhältnissen als betriebliche Strategie zum Ausgleich schwankenden Personalbedarfs. Ein Update. WIFO. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4139460>.
- Eppel, R., Horvath, T., Mahringer, H., & Zulehner, C. (2015a). Temporäre Layoffs – Das kurzfristige Aussetzen von Arbeitsverhältnissen und seine Bedeutung für die Arbeitslosigkeit. *WIFO-Monatsberichte*, 88(12), 885-897. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4113897>.
- Eppel, R., Horvath, T., Mahringer, H., & Zulehner, C. (2015b). Die Branchenstruktur und zeitliche Dynamik temporärer Layoffs. *WIFO-Monatsberichte*, 88(12), 899-910. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4113941>.
- Eppel, R., Horvath, T., Mahringer, H., & Zulehner, C. (2015c). Die von temporären Layoffs betroffenen Arbeitskräfte und Betriebe. *WIFO-Monatsberichte*, 88(12), 911-927. <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/4113999>.
- Eppel, R., & Mahringer, H. (2020). Die Chancen und Risiken eines Experience rating in der Arbeitslosenversicherung. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, 21(1), 90-104. <https://doi.org/10.1515/pwp-2019-0009>.
- Fath, J., & Fuest, C. (2005). Experience Rating of Unemployment Insurance in the US: A Model for Europe?. *CEifo DICE Report*, 3(2), 45-50.
- Feldstein, M. (1976). Temporary Layoffs in the Theory of Unemployment. *The Journal of Political Economy*, 84(5), 937-958. <https://doi.org/10.1086/260491>.
- Feldstein, M. (1978). The Effect of Unemployment Insurance on Temporary Layoff Unemployment. *The American Economic Review*, 68(5), 834-846.
- Fujita, S., & Moscarini, G. (2017). Recall and Unemployment. *American Economic Review*, 107(12), 3875-3916. <https://doi.org/10.1257/aer.20131496>.
- Genosko, J., Hirte, G., & Weber, R. (1999). Quersubventionierung in der Arbeitslosenversicherung. *Wirtschaftsdienst – Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 79(1), 44-49.
- Lenaerts, K., Paquier, F., & Simonetta, S. (2017). Unemployment Insurance in America: A model for Europe?. *CEPS Policy Insight*, (2017/23).

- Liebig, S., & Hense, A. (2007). Die zeitweise Verlagerung von Arbeitskräften in die Arbeitslosigkeit: eine "neue" personalpolitische Flexibilisierungsstrategie?. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung*, 40(4), 399-417.
- Nekoei, A., & Weber, A. (2015). Recall Expectations and Duration Dependence. *American Economic Review*, 105(5), 142-146. <https://doi.org/10.1257/aer.p20151064>.
- Nivorozhkin, A. (2008). Layoffs, Recalls and Unemployment Duration: Evidence from Sweden. *International Review of Applied Economics*, 22(6), 725-744. <https://doi.org/10.1080/02692170802407692>.
- O'Leary, C. J., & Barnow, B. S. (2016). Lessons from the American Federal-State Unemployment Insurance System for a European Unemployment Benefits System. *Upjohn Institute Working Paper*, (16-264). <http://dx.doi.org/10.17848/wp16-264>.
- Topel, R. H. (1983). On Layoffs and Unemployment Insurance. *The American Economic Review*, 73(4), 541-559.
- Vroman, W., Maag, E., O'Leary, C., & Woodbury, S. (2017). *A Comparative Analysis of Unemployment Insurance Financing Methods*. Research report prepared for the U.S. Department of Labor by the Urban Institute.

Abbildung 2: **Übliche Veröffentlichungstermine der Prognosen nationaler und internationaler Institutionen**



Q: WIFO. Die OeNB veröffentlicht erst seit dem Jahr 2024 zu vier Zeitpunkten Prognosen, bis dahin wurde nur im Juni und Dezember eine Prognose veröffentlicht. Die Juli-Interimsprognose der Europäischen Kommission wird den Herbstprognosen zugerechnet. Im Falle Österreichs wird die Oktober-Prognose des IWF den Winterprognosen zugerechnet, OECD und IWF veröffentlichen in ihren Interimsprognosen keine Werte für Österreich.

Evaluierung der FTI-Strategie 2030 zur Hälfte der Laufzeit

Jürgen Janger (Koordination), Julia Bock-Schappelwein, Werner Hölzl, Agnes Kügler (WIFO), Bernhard Dachs (Koordination), Katja Lamprecht, Cornelia Reiter, Karl-Heinz Leitner (AIT)



Die vorliegende Studie evaluiert den Umsetzungsstand der FTI-Strategie 2030 der österreichischen Bundesregierung. Darüber hinaus wird untersucht, welche Auswirkungen veränderte Rahmenbedingungen auf die Relevanz der Ziele und die Bedeutung der Maßnahmen für die Zielerreichung haben.

Im Auftrag des Bundeskanzleramtes, des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft, des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft und Forschung, des Bundesministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie (Stand 2024) • Juni 2025 • 180 Seiten • Kostenloser Download: <https://www.wifo.ac.at/publication/pid/57605085>

9/2024 Österreichs Wirtschaft verharrt in der Krise • Veranlagungsergebnis stützte 2023 die Schaden-Unfallversicherung • Österreichs Landwirtschaft erlitt 2023 Einkommenseinbruch und unterliegt anhaltendem Strukturwandel • Konjunktur und Wachstum in Österreich: Ein Rendezvous mit der Realität

10/2024 Rezession in Österreich hält sich hartnäckig. Prognose für 2024 und 2025 • Wettbewerbsnachteile bremsen Wachstum der österreichischen Wirtschaft. Mittelfristige Prognose 2025 bis 2029 • Deutlicher Anstieg der relativen Lohnstückkosten im Jahr 2023 • EU-weite CO₂-Bepreisung und Optionen zur Einnahmenverwendung. Effekte auf Emissionen, Wirtschaft und Verteilung

11/2024 Weiterhin keine Trendwende in Österreichs Industrie und Bauwirtschaft • Konjunkturbeurteilungen bleiben unterdurchschnittlich. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Oktober 2024 • Österreichs Innovationsleistung im internationalen Vergleich • Stellenmeldungen an das Arbeitsmarktservice und die Rekrutierung von Arbeitslosen durch österreichische Unternehmen

12/2024 Produktion erneut rückläufig, Erwartungen stabilisiert • Digitalisierung in Österreich: Fortschritt und Nutzung künstlicher Intelligenz in Unternehmen • Nächtigungsnachfrage 2024 erstmals höher als vor der COVID-19-Pandemie • Emissionen entkoppeln sich von Wirtschaftsleistung. Mittelfristige Prognose des Treibhausgasausstoßes 2025 bis 2029

1/2025 Zaghaftes Wirtschaftswachstum erschwert Budgetkonsolidierung. Prognose für 2025 und 2026 • Investitionsbereitschaft auch 2025 rückläufig. Ergebnisse der WIFO-Investitionsbefragung vom Herbst 2024 • Das WIFO-Radar der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft 2024 • Österreichs Industrieproduktion im internationalen Vergleich. Aktualisierung 2025

2/2025 Noch keine Aussicht auf Konjunkturaufhellung • Konjunkturerwartungen auch zu Jahresbeginn gedämpft. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom Jänner 2025 • Bauwesen in Europa vor moderater Erholung. Euro-construct-Prognose bis 2027 • Erwerbstätige mit Migrationshintergrund in Wien. Beitrag zur Wirtschaft und Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt

3/2025 Rezession in Österreich hält an • Europäische Wirtschaftspolitik 2024. Zwischen externen Schocks, strukturellen Problemen und der Notwendigkeit eines Produktivitätsschubs • Produktneueinführungen stiegen trotz stagnierender Investitionen • Digitalisierung in der österreichischen Landwirtschaft. Ein Überblick zu vorliegenden Befunden und Herausforderungen

4/2025 Österreich steckt im dritten Rezessionsjahr. Prognose für 2025 und 2026 • Handelskonflikte, Spardruck und Strukturprobleme hemmen das Wirtschaftswachstum in Österreich. Update der mittelfristigen Prognose 2025 bis 2029 • Öffentliche Haushalte unter erheblichem Konsolidierungsdruck. Mittelfristige Budgetprojektion 2025 bis 2029 • Zweites Rezessionsjahr in Österreich. Die österreichische Wirtschaft im Jahr 2024 • Schwächere Inflationsdynamik ermöglicht Senkung der Leitzinssätze

5/2025 Konjunktur in Österreich weiter schwach • Konjunktüreinschätzungen blieben im Frühjahr verhalten. Ergebnisse der Quartalsbefragung des WIFO-Konjunkturtests vom April 2025 • Hartnäckige Konjunkturschwäche belastet den Arbeitsmarkt • Exporte und Industriekonjunktur im Abschwung. Entwicklung von Warenproduktion, Außenhandel und Investitionen im Jahr 2024

6/2025 Aufhellung der Industriekonjunktur bei anhaltend hoher Unsicherheit • Rezession traf Österreichs Regionen unterschiedlich hart. Die Wirtschaft in den Bundesländern 2024 • Budgetpolitik im Spannungsfeld zwischen Zukunftsaufgaben und Sanierungszwängen. Bundesvoranschlag 2025/26 und Mittelfristiger Finanzrahmen 2025 bis 2029 • Zur Güte von Konjunkturprognosen in Zeiten außergewöhnlicher Krisen

Präsident

Dr. Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer Österreich

Vizepräsidentin

Renate Anderl, Präsidentin der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien und der Bundesarbeitskammer

Vorstand

Mag. Jochen Danninger (kooptiert), Generalsekretär der Wirtschaftskammer Österreich

Univ.-Prof. Dr. Robert Holzmann, Gouverneur der Oesterreichischen Nationalbank

Wolfgang Katzian, Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

Georg Knill, Präsident der Vereinigung der Österreichischen Industrie

Anton Matfle, Landeshauptmann von Tirol

Kuratorium

Silvia Angelo, Andreas Brandstetter, Andrea Faast, Johannes Fankhauser, Günther Goach, Marcus Grausam, Erwin Hameseder, Peter Haubner, Alexander Herzog, Gerhard K. Humpeler, Robert Leitner, Johannes Mayer, Johanna Mikl-Leitner, Helmut Naumann, Christoph Neumayer, Peter J. Oswald, Ranja Reda Kouba, Johannes Rehulka, Walter Ruck, Hermann Schultes, Tobias Schweitzer, Reinhard Schwendtbauer, Andreas Stangl, Michael Streb, Michael Strugl, Barbara Thaler, Andreas Treichl, Kurt Weinberger, Thomas Weninger, Josef Wöhrer, Norbert Zimmermann

WIFO-Partner:innen

A1 Telekom Austria AG, AIC Androsch International Management Consulting GmbH, Berndorf AG, Energie-Control Austria, Julius Blum GmbH, ÖBB-Holding AG, Österreichische

Direktorium

Direktor: Univ.-Prof. MMag. Gabriel Felbermayr, PhD

Stellvertretende Direktor:innen:

Mag. Alexander Loidl, MSc, Mag. Christine Mayrhuber, Priv.-Doz. Mag. Dr. Michael Peneder

Ökonom:innen

Stefan Angel, Julia Bachtrogler-Unger, Susanne Bärenthaler-Sieber, Josef Baumgartner, Jürgen Bierbaumer, Sandra Bilek-Steindl, Benjamin Bittschi, Julia Bock-Schappelwein, Michael Böheim, Anna Burton, Elisabeth Christen, Alexander Daminger, Stefan Ederer, Rainer Eppel, Katharina Falkner, Ulrike Famira-Mühlberger, Elisabeth Fidrmuc, Marian Fink, Klaus Friesenbichler, Oliver Fritz, Christian Glocker, Werner Hölzl, Thomas Horvath, Peter Huber, Alexander Hudetz, Ulrike Huemer, Jürgen Janger, Serguei Kaniovski, Heider Kariem, Bernhard Kasberger, Claudia Kettner-Marx, Daniela Kletzan-Slamanig, Michael Klien, Agnes Kügler, Ines Kusmenko, Simon Loretz, Sergey Lychagin, Hendrik Mahlkow, Helmut Mahringer, Christine Mayrhuber, Birgit Meyer, Ina Meyer, Asjad Naqvi, Thomas Neier, Klaus Nowotny, Harald Oberhofer, Atanas Pekanov, Michael Peneder, Michael Pfaffermayr, Isabel Pham, Philipp Piribauer, Hans Pitlik, Pauline Pohl, Anna Renhart, Silvia Rocha-Akis, Tobias Scheckel, Marcus Scheiblecker, Stefan Schiman-Vukan, Margit Schratzenstaller-Altzinger, Anja Sebbesen, Franz Sinabell, Mark Sommer, Martin Spielauer, Gerhard Streicher, Viktoria Szenkurök, Thomas Url, Gayline Vuluku, Philipp Warum, Yvonne Wolfmayr, Manuel Zerobin, Christine Zulehner

Wissenschaftliche Assistent:innen

Anna Albert, Sara Aref Zahed, Astrid Czaloun, Sabine Ehn-Fragner, Irene Fröhlich, Martina Einsiedl, Nathalie Fischer,

Vizepräsidentin

Univ.-Prof. DDr. Ingrid Kubin, Universitätsprofessorin für Internationale Wirtschaft am Department Volkswirtschaft der Wirtschaftsuniversität Wien

Josef Moosbrugger, Präsident der Landwirtschaftskammer Österreich

Barbara Novak, MA (kooptiert), Amtsführende Stadträtin für Finanzen, Wirtschaft, Arbeit, Internationales und Digitales der Stadt Wien

Mag. Tobias Schweitzer (kooptiert), Bereichsleiter Wirtschaft der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

Dr. Gertrude Tumpel-Gugerell

Mag. Harald Waiglein, MSc, Sektionschef im Bundesministerium für Finanzen

Hagelversicherung VVaG, PHARMIG – Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs, Raiffeisen Bank International AG, Raiffeisen-Holding NÖ-Wien reg.Gen.mbH, Raiffeisenlandesbank Oberösterreich AG, UNIQA Insurance Group AG, Verbund AG, voestalpine AG, Wien Energie GmbH

WIFO Associates

Karl Aiginger, Harald Badinger, Kurt Bayer, Gudrun Biffl, René Böheim, Fritz Breuss, Jesús Crespo Cuaresma, Peter Egger, Jarko Fidrmuc, Matthias Firgo, Georg Fischer, Helena Fornwagner, Alois Guger, Martin Halla, Heinz Handler, Angela Köppl, Mario Larch, Markus Leibrecht, Peter Mayerhofer, Peter Mooslechner, Ewald Nowotny, Karl Pichelmann, Stefan Schleicher, Philipp Schmidt-Dengler, Gunther Tichy, Gernot Wagner, Andrea Weber, Hannes Winner, Josef Zweimüller

Stefan Fuchs, Fabian Gabelberger, Ursula Glauning, Lydia Grandner, Kathrin Hofmann, Christine Kaufmann, Marion Kogler, Katharina Köberl-Schmid, Christoph Lorenz, Susanne Markytan, Sena Ökmen, Maria Riegler, Nicole Schmidt-Padickakudy, Cornelia Schobert, Birgit Schuster, Tim Slickers, Martha Steiner, Doris Steininger, Anna Strauss-Kollin, Andrea Sutrich, Moritz Uhl, Dietmar Weinberger, Michael Weingärtler, Stefan Weingärtner

Mitarbeiter:innen im Dienstleistungsbereich

Birgit Agnezy, Daniel Luca Agnezy, Tobias Bergsmann, Georg Böhs, Alexandros Charos, Tamara Fellingner, Jürg Flamm, Thomas Földesi, Thomas Haas, Claudia Hirschall, Peter Holzer, Gabriela Hötzer, Nikolai Iliadis, Christian Isnardi, Peter Janecek, Markus Kiesenhofer, Clemens Kleinhagauer, Annemarie Klotz, Verena Kraushofer, Gwendolyn Kremser, Gina Lanik, Thomas Leber, Sarah Ledl, Christoph Markytan, Florian Mayr, Anja Merfinkat, Aloisia Michl, Birgit Novotny, Robert Novotny, Ingo Oberortner, Lorenz Pahr, Peter Reschenhofer, Gabriele Schiessel, Lukas Schmoigl, Gabriele Schober, Klara Stan, Petra Taschner, Agnes Tischler-Lechthaler, Fabian Unterlass, Tatjana Weber, Ulrike Weissenlechner, Philipp Welz, Sabine Wiesmühler, Michaela Zinner-Dobhofer

